

# Globalisierung

Wirtschaft im Dienst des Lebens –  
Stellungnahme der  
Evangelischen Kirche von Westfalen  
zum Soesterberg-Brief

# Materialien für den Dienst in der Evangelischen Kirche von Westfalen

Herausgegeben vom Landeskirchenamt der  
Evangelischen Kirche von Westfalen  
Altstädter Kirchplatz 5, 33602 Bielefeld

Layout und Satz: Jesse Konzept & Text GmbH  
Produktion: Evangelischer Presseverband für Westfalen und Lippe e. V.  
Cansteinstraße 1, 33647 Bielefeld  
[www.evangelisches-medienhaus-bielefeld.de](http://www.evangelisches-medienhaus-bielefeld.de)

Das Materialheft kann auch auf der Internetseite [www.ekvw.de](http://www.ekvw.de)  
unter „Service/Download“ heruntergeladen werden.

# Globalisierung

Wirtschaft im Dienst des Lebens –  
Stellungnahme der  
Evangelischen Kirche von Westfalen  
zum Soesterberg-Brief



# INHALTSVERZEICHNIS

<b>1. Vorwort Präses Buß</b>	5
<b>2. Stellungnahme der Landessynode zum Soesterberg-Brief</b>	7
<b>3. Beschlüsse zur Stellungnahme der Landessynode zum Soesterberg-Brief</b>	43
<b>4. Globalisierung</b>	45
Eine andere Globalisierung – Widerstände und Möglichkeiten Privatdozent Dr. Hans Diefenbacher	45
<b>5. Anhang</b>	65
5.1 Brief der Weltbünde	65
5.2 Brief an die Kirchen in Westeuropa – Soesterberg-Brief	67
5.3 Mitglieder Arbeitskreis Soesterberg	76
5.4 Pressemitteilungen	77



# 1. Vorwort

Der *Soesterberg-Brief* zum Thema „Wirtschaft im Dienst des Lebens“ aus dem Jahr 2002 hat im Zusammenhang des weltweiten ökumenischen Konsultationsprozesses zur wirtschaftlichen Globalisierung die westeuropäischen Kirchen zur Stellungnahme herausgefordert (vgl. Anhang 2). Die Evangelische Kirche von Westfalen hat im Rahmen der *Ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt* Globalisierung zum Schwerpunktthema der Jahre 2003 und 2004 gemacht. Die Landessynode 2003 hat beschlossen, das Thema Globalisierung zu einem Schwerpunktthema der Landessynode 2004 zu machen.

Zur Erarbeitung des Entwurfs einer Stellungnahme zum Soesterberg-Brief hat die Kirchenleitung einen Arbeitskreis aus Mitgliedern des Ständigen Ausschusses für Weltmission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung und des Sozialausschusses unserer Landeskirche (vgl. Anhang 3) eingesetzt. Nach intensiver Beratung hat die diesjährige Landessynode die Stellungnahme in der jetzt vorliegenden Form (2.) zusammen mit Beschlüssen zur Umsetzung und Weiterarbeit (3.) bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen (vgl. dazu auch Anhang 4 Pressemitteilungen).

Gleichzeitig hatte Präses Sorg die Kirchenkreise und Kirchengemeinden dazu aufgerufen, sich am Diskussionsprozess in der westfälischen Landeskirche zu beteiligen. Dieser Bitte haben zahlreiche Kirchengemeinden und Kirchenkreise entsprochen – auch mit Hilfe von Materialheften unserer Landeskirche zum Thema „Globalisierung – es geht auch anders“. Als Ergebnis dieses Prozesses sind zahlreiche Anträge der Kreissynoden der Landessynode vorgelegt worden, die in den Beratungsprozess zum Entwurf einer Stellungnahme zum Soesterberg-Brief eingeflossen sind.

Um die Perspektive unserer Partnerkirchen in die Diskussion einzubringen, haben wir *ökumenische Gäste* aus Nord- und Südamerika, Afrika, Asien, Osteuropa und Vertreter der Konferenz Europäischer Kirchen zur Landessynode eingeladen, die in ihren Heimatkirchen oder in ihrem Aufgabengebiet am Thema Globalisierung als Schwerpunktthema arbeiten und deren Länder teilweise in besonderem Maße von der wirtschaftlichen Globalisierung betroffen sind.

Dies waren

- *Dr. Fidon Mwombeki*, Generalsekretär der NW Diözese, ELC Tanzania
- *Bishop Ebenezer C. Camino* aus der United Church of Christ Philippines
- *Dr. Wallace Ryan Kuroiwa*, United Church of Christ USA
- *Präsident Federico Schäfer* und *Altpräsident Juan Pedro Schaad* aus der Evangelischen Kirche am La Plata (Argentinien, Paraguay, Uruguay)

- *Pfarrer Piotr Gás*, Internationales Dietrich-Bonhoeffer-Studien- und Begegnungszentrum Szczecin/ Polen, sowie
- *Pfarrer Rüdiger Noll* und *Dr. Dr. Peter Pavlovic* für die Konferenz Europäischer Kirchen.

Unsere *ökumenischen Gäste* haben sich intensiv an der Diskussion beteiligt, dies ist an einigen Punkten der Stellungnahme sehr deutlich geworden.

Die Evangelische Kirche von Westfalen sieht ihre Stellungnahme zum Soesterberg-Brief sowohl innerhalb der EKD als auch im Rahmen der Konferenz Europäischer Kirchen zugleich als Beitrag zu einer europäischen Positionierung im Vorfeld der kommenden Vollversammlung des Weltrates der Kirchen (ÖRK) 2006 in Porto Alegre.

Damit die Stellungnahme der westfälischen Landeskirche auch über den deutschen Sprachraum hinaus unseren Partnerkirchen und dem weiteren ökumenischen Diskussionszusammenhang zugänglich ist, haben wir daher die Stellungnahme, die diesbezüglichen Beschlüsse der Landessynode sowie das Einführungsreferat von Dr. Diefenbacher (4.) ins Englische übersetzen lassen. Aus Kostengründen geben wir das Materialheft zweisprachig in einem Heft heraus.

Ich hoffe, dass aus dieser Stellungnahme viele Anregungen und Impulse innerhalb und außerhalb der EKvW entspringen, die sich segensreich für einen Globalisierungsprozess auswirken, der in der Verantwortung für jetzige und künftige Generationen gestaltet wird.

Präses Alfred Buß

A handwritten signature in black ink, reading "Alfred Buß". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

## 2. Stellungnahme der Landessynode zum Soesterberg-Brief

Die Kirchenleitung hat in Ausführung der Beschlüsse der Landessynode 2003 einen Arbeitskreis zur Erarbeitung einer Stellungnahme zum Thema Globalisierung eingesetzt als Antwort auf Anfragen von Kirchen, die im sogenannten „Soesterberg-Brief – Wirtschaft im Dienst des Lebens“ formuliert sind. Der Soesterberg-Brief an die Kirchen in Westeuropa ist das Ergebnis der ökumenischen Konsultation zur Wirtschaft im Dienst des Lebens, die vom 15. bis 19. Juni 2002 in Soesterberg (Niederlande) stattfand. Die Konsultation war Teil eines weltweiten ökumenischen Prozesses, in dem die Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), des Lutherischen Weltbundes (LWB) und des Reformierten Weltbundes (RWB) gemeinsam die durch die ökonomische Globalisierung gestellten Herausforderungen in ihren Auswirkungen auf das Leben von Menschen und Mitwelt beraten und auf sie antworten.

Der Arbeitskreis, der den jetzt vorliegenden Entwurf „Wirtschaft im Dienst des Lebens“ zur Landessynode 2004 erarbeitet hat, bestand aus Mitgliedern des Ständigen Ausschusses für Weltmission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung sowie aus Mitgliedern des Sozialausschusses.

## *Inhaltsverzeichnis*

### **1. Hinführung**

- 1.1 Die Soesterberg-Dokumente: Wirtschaft im Dienst des Lebens
- 1.2 Die ökumenische Perspektive im Spannungsfeld zwischen Verlierern und Gewinnern der wirtschaftlichen Globalisierung

### **2. Globalisierung**

- 2.1 Was nehmen wir wahr?
- 2.2 Die Rückkehr des wirtschaftlichen Liberalismus als Herausforderung für die Kirchen
- 2.3 Auf der Suche nach einer anderen Globalisierung

### **3. Kirchliche Herausforderungen**

- 3.1 Die theologisch-ethische Herausforderung
- 3.2 Christliches Wirklichkeitsverständnis und wirtschaftsliberales Denken – Perspektivenunterschiede und Verständigungsblockaden
- 3.3 Biblische Gerechtigkeit, Option für die Armen, Suche nach dem Wohlergehen der gesamten Schöpfung
- 3.4 Das kirchliche Handeln – ekklesiologische Herausforderungen

### **4. Ansatzpunkte und Ebenen der Veränderung und Mitgestaltung**

- 4.1 Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik
  - 4.1.1 Nachhaltige Entwicklung
  - 4.1.2 Soziale, ökologische und kulturelle Menschenrechte
  - 4.1.3 Welthandel – Grundfragen der Wirtschaftspolitik
    - 4.1.3.1 Welthandel, internationale Organisationen und Abkommen (WTO, ILO, IWF, Weltbank, GATS, TRIPS)
    - 4.1.3.2 Privatisierung von öffentlichen Aufgaben im Bereich der Grundversorgung
    - 4.1.3.3 Erwerbsarbeit und Grundsicherung
- 4.2 Organisationen und Unternehmen
  - 4.2.1 Ökumenische Partnerschaften
  - 4.2.2 Weltweite Mitverantwortung von Unternehmen: UN Global Compact
  - 4.2.3 Kirche und Diakonie als Arbeitgeberin
  - 4.2.4 Umgang mit kirchlichen Finanzmitteln
- 4.3 Bürgerschaftliches Engagement

### **5. Schlusswort**

## 1. Hinführung

### 1.1 Die Soesterberg-Dokumente: Wirtschaft im Dienst des Lebens

Viele Kirchen in den Ländern des Südens und zunehmend auch in Osteuropa, u. a. unsere Partnerkirchen in Afrika, Asien und in Lateinamerika, aber auch Menschen und Gruppen in unserer Kirche und Gesellschaft fragen angesichts wirtschaftlicher Ungerechtigkeiten und ökologischer Zerstörungen: Was sind die Gründe, dass sich die Gegensätze zwischen gesellschaftlich und wirtschaftlich Ausgegrenzten und denjenigen, die aus dem wirtschaftlichen Wachstum Nutzen ziehen und zum Teil extremen Reichtum anhäufen, vertiefen? Sie machen uns mit aller Deutlichkeit darauf aufmerksam: Wir sind als weltweite Gemeinschaft christlicher Kirchen herausgefordert, wenn unsere Geschwister im Glauben von menschenwürdigen Lebensbedingungen ausgeschlossen sind.

„Wenn ein Glied leidet, so leiden alle Glieder mit“, sagt der Apostel Paulus im Blick auf die Einheit der Kirche als Leib Christi (1. Kor. 12,26). Ausgehend von 1. Kor. 12,26 bittet der Soesterberg-Brief, verfasst von einer ökumenischen Konferenz im Jahr 2002 in Soesterberg/NL, uns westeuropäische Kirchen, aus Gründen unseres Glaubens die weltwirtschaftlichen Entwicklungen kritisch zu analysieren und politisch Einfluss zu nehmen, um eine menschengerechte und nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Diese Tagung fand statt im Zusammenhang eines gemeinsamen Prozesses der Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), des Lutherischen Weltbundes (LWB) des Reformierten Weltbundes (RWB) sowie der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK), der zum Ziel hat, wachsende Verbindlichkeit in Fragen weltweiter Gerechtigkeit zu erzielen.<sup>1</sup> Eine „Glaubenserklärung zur globalen Krise des Lebens“, die 2003 ein Forum der Kirchen des Südens in Buenos Aires verabschiedet hat, nennt in einer zugespitzten Weise Privatisierungen und die Deregulierung<sup>2</sup> der Märkte, legitimiert durch eine neoliberale Wirtschaftspolitik, als entscheidende Gründe, dass sich in vielen Ländern des Südens die Armut vertieft und die Menschen von jeglicher Entwicklung ausgeschlossen sind.

Da die Heilszusagen Gottes umfassend allen Menschen gelten und wirtschaftliche Verelendung im Widerspruch zum Willen Gottes steht, gehört auch die Frage,

---

*1 Beteiligt am weltweiten Prozess sind auch die regionalen ökumenischen Zusammenschlüsse, in Europa die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK), die für die Soesterberg-Konferenz ein eigenes Positionspapier erarbeitet hat: „Die europäische soziale Marktwirtschaft – ein Alternativmodell zur Globalisierung? Ein Diskussionspapier, vorgelegt von der Nord-Süd-Arbeitsgruppe der Kommission für Kirche und Gesellschaft“ (www.cec-kek.org). Der dieser Stellungnahme beigefügte Soesterberg-Brief ist auch allgemein zugänglich unter [www.ekvv.de](http://www.ekvv.de).*

*2 Unter Deregulierung des Marktes versteht man den Abbau oder den vollständigen Verzicht des Staates auf regulierende Eingriffe in Marktabläufe.*

inwieweit eine Wirtschaftsform im Dienst des Lebens steht, zum Grundauftrag der Kirche. Deshalb sind wir als Evangelische Kirche von Westfalen unsererseits herausgefordert, zu den in den genannten Dokumenten angesprochenen Fragen der Deregulierung der Märkte und der Politik der Privatisierung Stellung zu nehmen. Differenziert ist nach den vielfältigen Gründen wirtschaftlicher Fehlentwicklungen und der dramatischen Armut, besonders von Frauen<sup>3</sup>, in vielen Teilen der Welt zu fragen.

So sind in den Ländern des Südens und in Osteuropa sehr unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten. Vor allem in Ostasien, in Südostasien und in Südamerika sind in den letzten zehn Jahren beeindruckende wirtschaftliche Wachstumsraten zu beobachten, sodass diese Länder z. T. in eine erfolgreiche Konkurrenz mit Produktionsstätten des Nordens eintreten. Die Zahl der Hungernden konnte in diesen Teilen der Welt um rund 70 Millionen Menschen verringert werden. In anderen Erdteilen verschärft sich die wirtschaftliche Lage, speziell die Situation der Ärmsten: So nahm die Zahl der Hungernden in Nahost, in Subsahara-Afrika und zwischenzeitlich in einigen GUS-Nachfolgestaaten stark zu. In diesen Ländern sehen wir den *Ausschluss* unzähliger Menschen von einem menschenwürdigen Leben. Insbesondere in Afrika finden sich ganze Länder und Völker daran gehindert, den Prozess wirtschaftlicher Globalisierung aktiv mitzugestalten. Neben hausgemachten Ursachen, z. B. die Misswirtschaft korrupter Machteliten, die ethnischen Konflikte, das Fehlen von Rechtssicherheit, sind es auch die für viele Länder ungerechten Rahmenbedingungen des Welthandels, die sie in eine schwierige Situation hineingeführt haben, insbesondere die stark protektionistische Haltung der USA und der EU im Bereich der Landwirtschaft. So subventionieren die EU und die USA ihre Landwirtschaften mit mehr als 200 Mrd. Dollar pro Jahr. Innerhalb der OECD-Länder<sup>4</sup> wird die Landwirtschaft vom Staat mit Beträgen subventioniert, die zusammen das Bruttosozialprodukt ganz Afrikas übersteigen.<sup>5</sup>

Die Entwicklungen sind somit unterschiedlich und in ihren Ursachen genau zu analysieren. Als drängende Herausforderung für alle politisch und wirtschaftlich

---

3 Die Weltbank bestimmt die Grenze absoluter Armut für Afrika (südlich der Sahara) mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 1 USD und für Lateinamerika von 2 USD pro Tag. Weltweit müssen gegenwärtig 3 Mrd. Menschen mit weniger als 2 USD pro Tag auskommen. Ein Fünftel der Menschheit (1,2 Mrd. Menschen) fristet ihr Leben mit weniger als 1 USD pro Tag, 70 % von ihnen sind Frauen. Die Anzahl der Frauen, die in absoluter Armut leben, stieg in den letzten beiden Jahrzehnten um 50 %. Mehr und mehr erhält Armut ein weibliches Gesicht, zunehmend auch in Industrieländern.

4 Organisation for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit): Zusammenschluss in führenden Industrienationen und wirtschaftlich relativ hoch entwickelten Staaten wie z. B. Australien, Island, Neuseeland, Schweiz, Tschechische Republik, Ungarn.

5 epd-Dokumentation 49/2001, S. 34.

Verantwortlichen bleibt die Frage, ob die von der UNO, der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und führenden Industrienationen bekräftigten sog. „Millenniumsziele“<sup>6</sup> zur Halbierung der Armut in der Welt bis 2015 erreicht werden können. Gegenwärtig besteht Anlass zu ernster Sorge, dass diese Ziele nicht erreicht werden können. In der alle Grenzen überschreitenden ökumenischen Gemeinschaft von Kirchen erleben wir es als einen Skandal, dass unzählige Menschen von menschenwürdigen Lebensbedingungen ausgeschlossen werden. Ebenso gravierend ist die weltweite Verschärfung der ökologischen Krise. Allein in den letzten zehn Jahren gingen fast 100 Millionen Hektar Waldfläche verloren, zum großen Teil deshalb, weil Millionen armer Bauern in Afrika und Lateinamerika gezwungen sind, Wälder zu roden, um an Ackerland oder Energie zu kommen. Nur 15 % der Bevölkerung in den reicheren Ländern sind für 50 % des weltweiten Kohlendioxidausstoßes verantwortlich, aber die ärmeren Länder tragen schon jetzt und werden auch in Zukunft einen Großteil der „Kosten“ des dadurch forcierten Klimawandels zu tragen haben. Sie verlieren durch Umweltzerstörung jährlich bis zu 8 % ihres Bruttoinlandsprodukts und leiden unter den verheerenden Auswirkungen auf Gesundheit und Wohlergehen der Menschen. Obgleich die Regierungen fast aller Länder sich bereits 1992 auf der UN-Weltkonferenz in Rio de Janeiro zu einer ökologisch nachhaltigen Wirtschafts- und Entwicklungspolitik verpflichtet haben, werden auch hier die gesetzten Mindestziele nicht erreicht. Die Erde wird weiterhin um kurzfristiger wirtschaftlicher Interessen willen über die Grenzen ihrer ökologischen Belastbarkeit hinaus langfristig geschädigt. Die Anzeichen eines globalen Klimawandels werden immer deutlicher, dessen Ursachen zu einem wesentlichen Teil in der übermäßigen Nutzung fossiler Energieträger in den industrialisierten Ländern liegen. Insbesondere die nachfolgenden Generationen werden den Preis dafür zahlen müssen. Auch hier werden die Länder des Südens in besonderer Weise die Leidtragenden sein.

## 1.2 Die ökumenische Perspektive im Spannungsfeld zwischen Verlierern und Gewinnern der wirtschaftlichen Globalisierung

Unsere Geschwisterkirchen aus dem Süden und Osten stellen uns insbesondere folgende Fragen:

- Wie erlebt ihr in eurer eigenen Lebens- und Erfahrungswelt die Prozesse der Globalisierung?
- Was bedeutet für euch im Zusammenhang der wirtschaftlichen Globalisierung die Einheit der Kirchen als der eine Leib Christi?
- Wie geht ihr in euren Gemeinden, Kirchenkreisen und Landeskirchen mit euren eigenen Geldern um?
- Was tut ihr dafür, dass Wirtschaft und Handel in der Einen Welt fairer werden?

---

<sup>6</sup> Die Millenniumsziele legen als vorrangiges Politikziel die Bekämpfung der Armut fest.

Der mit der wirtschaftlichen Globalisierung verknüpfte Umbruchprozess ist auch bei uns angekommen.

In unserer Gesellschaft erleben sich Menschen zunehmend ausgegrenzt. Der Skandal der seit Mitte der 1970er Jahre anhaltenden Massenarbeitslosigkeit ist zu einer Generationenerfahrung geworden. Im Gesundheitsbereich, in der Altersversorgung und in der sozialen Absicherung kommt es zu schmerzlich erfahrenen Einschränkungen. Diese kritischen Entwicklungen hängen *nicht nur* ursächlich mit dem Prozess wirtschaftlicher Globalisierung zusammen, sondern auch z. B. mit der jahrzehntelangen Vernachlässigung des demographischen Faktors und den hohen Produktivitätsfortschritten.

Auch in unserem Land leben viele Menschen in Armut. Gleichzeitig werden arbeitsintensive Produktionsbereiche rund um den Globus verlagert, sodass Menschen mit geringeren Qualifikationen immer weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten. Dadurch fühlen sich Mitbürgerinnen und Mitbürger zunehmend existentiell verunsichert. Beinahe täglich berichten Medien über Entscheidungen international tätiger Firmen, Arbeitsplätze in Deutschland abzubauen und in sogenannte Billiglohnländer zu verlagern.

Insgesamt hat sich die Verteilungsschieflage in den letzten dreißig Jahren in einem starken Maße zugespitzt: 1973 lebten in Deutschland 6,5 Prozent der Haushalte in „relativer Armut“, hatten also ein Einkommen von unter 50 Prozent des durchschnittlichen Einkommens aller deutschen Haushalte. Bis 1998 stieg dieser Anteil auf 10,9 Prozent. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger in Deutschland hat sich in den vergangenen 40 Jahren verfünffacht. 2002 erhielten 2,76 Millionen Menschen Hilfe zum Lebensunterhalt. Das entspricht einem Anteil an der Bevölkerung von 3,3 Prozent. Gleichzeitig hat sich der Anteil der Haushalte, die als „relativ reich“ gelten, mehr als verfünffacht. Für 1998 gilt: Das obere Drittel der privaten Haushalte hat mit einem Anteil von 59 Prozent der gesamten verfügbaren Haushaltseinkommen in der Bundesrepublik Deutschland mehr als die beiden unteren Drittel zusammen, auf die nur 41 Prozent entfallen. Dramatisch verlief die Entwicklung für die einkommensärmsten Haushalte: Das unterste Zehntel büßte in 25 Jahren 13 Prozent, das zweite immer noch 6,8 Prozent seines Einkommensanteils ein. Zwanzig Prozent der westdeutschen Haushalte, das sind über 13 Millionen Menschen, rutschen also immer weiter weg von der durchschnittlichen Einkommensausstattung.<sup>7</sup>

Menschen fragen sich besorgt: Kann ich in Zukunft meinen gesellschaftlichen Status halten? Droht mir – speziell als ältere Arbeitnehmerin oder älterer Arbeitnehmer

---

<sup>7</sup> Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.) (2001), *Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*, Berlin, S. 26.

– angesichts der hohen Arbeitslosigkeit ungeachtet meines bisherigen Verdienstes innerhalb von wenigen Jahren der Absturz in die Sozialhilfe? Wie lange kann ich dem hohen Konkurrenzdruck standhalten? Wann werde ich wohl resignieren und was wird dann aus meiner Familie und mir?

Die Kirche ist als Teil unserer Gesellschaft von dieser Entwicklung mit betroffen. Es sind auch unsere Gemeindeglieder, die von Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg betroffen sind. Dies wirkt sich neben anderen Faktoren auch auf die Einnahmesituation der Kirche aus. Werden wir als Kirche uns aus bestimmten Arbeitsfeldern zurückziehen und Mitarbeitende in die Arbeitslosigkeit entlassen müssen?

Noch leben wir in einer wohlhabenden Gesellschaft mit einem ausgebauten sozialen Sicherungssystem. Im Verhältnis zu vielen marginalisierten<sup>8</sup> Kirchen im Süden haben die Kirchen in Deutschland noch eine recht starke gesellschaftliche und vom Staat ausdrücklich anerkannte Stellung und finden Gehör in wichtigen gesellschaftlichen Fragen. Über die Kirchensteuer haben die Kirchen durch ihre Mitglieder in hohem Maße Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung des Standortes Deutschland als größter Exportnation. Dies gilt es in die Überlegungen mit einzubeziehen, wenn wir die im Soesterberg-Brief an uns gestellten Fragen aus der weltweiten Ökumene verbindlich beantworten wollen.

Unsere Stellungnahme folgt dem ökumenischen Dreischritt von „Sehen“ (Kapitel 2) – „Urteilen“ (Kapitel 3) – „Handeln“ (Kapitel 4).

- *Im zweiten Kapitel fragen wir zunächst genauer nach: Was nehmen wir wahr an dem vielschichtigen Phänomen „Globalisierung“?*
- *Im dritten Kapitel versuchen wir zu benennen, in welcher Weise die wirtschaftliche Globalisierung uns als Kirche herausfordert. Um welche theologisch-ethischen Fragen geht es und was fordert unser christliches Menschen- und Gesellschaftsbild? Gibt es in den gegenwärtigen Wirtschaftsprozessen eine Tendenz zur Verabsolutierung des Ökonomischen, eine quasi-religiöse Dimension? Welche Bedeutung haben in diesem Zusammenhang die biblischen Traditionen der Gerechtigkeit Gottes, seiner Option für die Armen und das Wohlergehen der gesamten Gesellschaft? In welcher Weise hilft uns unsere Ekklesiologie, Eckdaten für eine Wirtschaft im Dienst des Lebens zu benennen?*
- *Das vierte Kapitel befasst sich mit unseren innerkirchlichen Handlungsfeldern und unserer Verantwortung als Kirche, dialogorientiert in die eigene Gesellschaft und in die weltweite ökumenische Gemeinschaft hineinzureden und zu handeln.*

---

<sup>8</sup> *Marginalisierte Kirchen sind solche, deren Wort gesellschaftlich nicht gehört wird.*

## 2. Globalisierung

### 2.1 Was nehmen wir wahr?

Der schillernde Begriff „Globalisierung“ meint aus wirtschaftlicher Sicht in erster Linie das Entstehen weltweiter Märkte für Finanzkapital, Produkte, Dienstleistungen und Arbeitsangebote. In diesem Sinne bezeichnet Globalisierung einen Prozess, der bis in die Anfänge der Industrialisierung zurückreicht. In den letzten Jahrzehnten hat dieser Prozess einer fortschreitenden Integration der weltweiten Märkte eine neue Dynamik gewonnen: In wirtschaftspolitischer Hinsicht ist seit Mitte der siebziger Jahre eine starke Tendenz der Liberalisierung des Welthandels sowie der Weltfinanzmärkte zu beobachten. Diese Dynamik hat insbesondere zu einem unglaublich starken Anwachsen der internationalen Finanzströme geführt. Aber auch der Welthandel sowie Direktinvestitionen in anderen Ländern haben sich übermäßig stark entwickelt.

Diese Prozesse konnten sich aufgrund der Veränderungen politischer Rahmenbedingungen und technologischer Neuerungen in den letzten zwanzig Jahren besonders stark auswirken. Der Zusammenbruch der Staaten des Warschauer Paktes sowie die Grenzöffnungen fast aller Länder dieser Erde haben der Wirtschaft neue Möglichkeiten eröffnet. Hinzu kommt die geradezu revolutionäre Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien, welche einen weltweiten Umgang mit Informationen in „Echtzeit“ ermöglichen. Die Verkehrs- und Transportmittel haben sich in einer Weise entwickelt, dass der Warentransport und die menschliche Mobilität eine neue Qualität erreicht haben. Vor diesem Hintergrund erleben wir eine alle Grenzen überschreitende Vernetzung der Handelsströme von Waren, Dienstleistungen und Finanzen sowie eine weltweite Mobilität im Geschäftsverkehr, im Tourismus und in der Migration. Kulturelle und religiöse Lebensmuster mischen sich. Dies führt zu intensiven interkulturellen und -religiösen Begegnungen, aber häufig nährt es auch die Angst vor kultureller Bevormundung und Entfremdung. Die sich daraus ergebenden Verunsicherungen und versuchten Abgrenzungen stützen und stärken fundamentalistische Positionen. Was längst überwunden schien, lebt ganz neu auf: Konflikte verbergen sich hinter kulturellen und religiösen Motiven. Der unheilige Krieg wird wieder heilig.

Der Informationsaustausch durch die Massenmedien lässt ein Bewusstsein dafür wachsen, dass alles weltweit zusammenhängt und sich gegenseitig bedingt. Dies betrifft neben den genannten ökonomischen Aspekten auch Fragen einer globalen Menschenrechts- und Umweltpolitik. Ökologische Gefährdungen und umweltpolitische Maßnahmen können nur begrenzt im nationalstaatlichen Rahmen betrachtet werden.

So ist ein Netzwerk weltweiter Kommunikation und Interaktion entstanden. Wir nehmen wahr, wie die ökonomischen Austauschbeziehungen wachsen, aber auch der Austausch von Informationen, Ideen, politischen Überzeugungen sowie religiösen und kulturellen Lebensmustern. Räumliche Entfernungen verlieren fortschreitend an Bedeutung. Immer mehr Ereignisse werden weltweit gleichzeitig wahrgenommen und mit immer kürzeren Verzögerungen an unterschiedlichen Orten der Welt wirksam.

Die vielfältigen und in kürzester Zeit über immer größere Entfernungen sich verknüpfenden zwischenmenschlichen Handlungsebenen verstärken einen Eindruck von Vielschichtigkeit und Unübersichtlichkeit. Wirtschaftliches wie politisches Handeln gerät in eine wachsende Abhängigkeit von Faktoren, auf die kaum oder nur sehr indirekt Einfluss genommen werden kann. Ein wesentlicher Grund hierfür liegt darin, dass lokales soziales Handeln immer stärker von räumlich entfernten Einflüssen – etwa von Preisentwicklungen auf fernen Märkten oder auch von ökologischen Schäden, die in ganz anderen Teilen der Welt verursacht worden sind – bestimmt und geprägt wird. Im Prozess der Globalisierung haben sich veränderte Bedingungen des Verhältnisses von Staat, Markt und Zivilgesellschaft entwickelt.

Gleichwohl darf die Globalisierung nicht als ein unveränderlicher Sachzwang verstanden werden. Vielmehr sind die politischen, speziell wirtschafts- und unternehmenspolitischen Entscheidungen zu benennen, die Globalisierung mitgestalten oder vorantreiben und die konkret bestimmbareren Interessen dienen. Das weltweit entstehende Netzwerk von Information und Entscheidung erhöht zwar generell wechselseitige Abhängigkeiten, aber es ist keinesfalls ein Netzwerk Gleichberechtigter, sondern es ist geprägt von deutlichen Ungleichgewichten, von mehr oder weniger bestimmenden Machtzentren, von direkten und indirekten Abhängigkeiten bis hin zum Ausschluss von jeder nennenswerten Einflussnahme.

Im Einzelnen nehmen wir wahr,

- dass immer mehr Staaten – auch wirtschaftlich schwächere – Handelsbeschränkungen aufheben müssen,
- dass zwischen den Kulturen sich neue Begegnungsmöglichkeiten eröffnen,
- dass der Weltmarkt einen Druck zur kulturellen Anpassung verstärkt,
- dass die Verantwortung für viele Bereiche unseres Lebens zunehmend als globale Aufgabe begriffen wird,
- einen zunehmenden Verdrängungswettbewerb mit einer wachsenden Verunsicherung bei uns,
- die abnehmenden Einflussmöglichkeiten des politischen Systems auf wirtschaftliche Prozesse,

- wachsende Migrationsbewegungen<sup>9</sup> bei gleichzeitiger Verschärfung des Asylrechts,
- zunehmende ökologische Belastungen, Raubbau an den Ressourcen,
- eine zunehmende öffentliche Armut,
- die Entkopplung ganzer Regionen / Kontinente (Afrika) vom Welthandel,
- soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklungen in Europa, besonders den Prozess der EU-Erweiterung und seine Konsequenzen für das Leben von Einzelnen und Gesellschaften.

## 2.2 Die Rückkehr des wirtschaftlichen Liberalismus als Herausforderung für die Kirchen

In den ökumenischen Stellungnahmen wird der Prozess der wirtschaftlichen und kulturellen Globalisierung größtenteils als „Neoliberalismus“ gekennzeichnet. Da es sich hierbei in der bundesdeutschen wirtschaftswissenschaftlichen Debatte um einen Begriff handelt, der als ideologisch besetzt gilt und der deshalb die Gespräche erschwert, wählen wir stattdessen den Begriff des wirtschaftlichen Liberalismus.<sup>10</sup>

In Kontext der wirtschaftlichen Globalisierung ist es zu einer weltweiten Wiedergeburt wirtschaftsliberalen Denkens gekommen. Es handelt sich hier um eine Konzeption, die das individuelle unternehmerische Handeln, die Freiheit der einzelnen Wirtschaftssubjekte<sup>11</sup> und die positive Kraft des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs betont. Wesentliches Gestaltungsprinzip ist, die Erfolge wirtschaftlichen Handelns durch einen leistungsmotivierenden Wettbewerb zu steigern. Der Staat hat vorrangig die privaten Eigentumsrechte zu garantieren, die Vertragsfreiheit festzulegen, die Voraussetzungen für wertbeständiges Geld zu schaffen und die Märkte offen zu halten. Eine solche stabile Rahmenordnung soll dem Einzelnen größtmögliche, dauerhaft gesicherte Freiheit bieten und fördert Eigeninitiative und Selbstverantwortung. Wirtschaftspolitisches Ziel ist es, Konjunktur, Wachstum und Beschäftigung zu beleben.

Inwiefern ist dieses Konzept, das in vielen ökumenischen Stellungnahmen als „Neoliberalismus“ bezeichnet wird, aus kirchlicher Sicht zu kritisieren?

<sup>9</sup> Unter Migration versteht man weltweite Wanderungsbewegungen von Einzelpersonen und Gruppen auf der Suche nach neuen Überlebensperspektiven.

<sup>10</sup> Dieser Begriff ist nicht zu verwechseln mit dem des Ordoliberalismus, dessen Begründer (Eucken, Röpke, Müller-Armack) sich für die Verbindung von wirtschaftlicher Freiheit und staatlich sichergestelltem sozialen Ausgleich einsetzten. Siehe hierzu auch Abschnitt 3.2.

<sup>11</sup> Ökonomischer Fachbegriff, der das individuelle wirtschaftliche Handeln kennzeichnet.

Drei Gesichtspunkte sind zu benennen:

- Die ideellen Grundlagen des wirtschaftlichen Liberalismus:  
Leitende Idee des Liberalismus ist die Ordnung immer weiterer Bereiche der Gesellschaft nach dem Prinzip des Marktes, auf dem Menschen rational-kalkulierend und eigennutzorientiert handeln. Dieses Denken folgt einem strikt individualistischen Denkansatz. Der Vorrang des Individuums und ein Verständnis von Freiheit als Willkür- und Wahlfreiheit sind die ideellen Grundlagen dieses Konzepts. Maßstab der Gesellschaftsentwicklung sind die Handlungen und Entscheidungen der einzelnen Akteure, deren Freiheit – speziell als Freiheit wirtschaftlichen Handelns – zu schützen ist. Demgegenüber spielen Fragen nach einem guten Leben für alle, nach gemeinsamen gesellschaftlichen Zielen und der Sicherung von Solidarität höchstens eine untergeordnete Rolle. In dieser einseitigen Ausrichtung steht das Menschen- und Gesellschaftsbild des wirtschaftlichen Liberalismus in einer Spannung zu dem christlichen Menschenbild.
- Die politischen Gestaltungsmöglichkeiten im wirtschaftlichen Liberalismus:  
Entscheidungen in der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) werden wesentlich durch informellen Konsens der Vertreter der G-7/G-8-Staaten bestimmt. Die Entwicklungsländer sind dem weitgehend ausgeliefert. Grundlegende Reformen hinsichtlich einer echten Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeit der Mehrheit der Weltbevölkerung scheitern an den gegenwärtigen Stimmrechtsverhältnissen im IWF und der Weltbank. Die USA nutzen ihre Sperrminorität, um wirtschaftsliberale Politik durchzusetzen, und verhindern grundlegende Reformen. Auch die Europäische Union gibt ihren besonderen wirtschaftlichen Interessen politisch Vorrang, selbst wenn sie in mancher Hinsicht stärker Nachhaltigkeitsgesichtspunkte berücksichtigt. Insofern bilden die weltwirtschaftlichen Steuerungsmechanismen faktisch eine undemokratische Parallelstruktur zu den Vereinten Nationen, bei der die Entwicklungsländer keine Möglichkeit haben, ihre Interessen in den internationalen Finanzinstitutionen zu vertreten. Das Scheitern der Welthandelskonferenz in Cancun 2003 ist ein Zeichen des Protestes vieler Entwicklungs- und Schwellenländer.
- Die realen Folgen des wirtschaftlichen Liberalismus:  
Die liberale Wirtschaftspolitik hat in Teilen der Welt erfolgreich wirtschaftliches Wachstum und Wohlstandsentwicklung befördert, in anderen Teilen der Welt jedoch zu keiner Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerungsmehrheit (z. B. Indien) geführt. Weite Teile Afrikas sind fast völlig von der weltweiten Entwicklung ausgeschlossen. Weltweit hat sich die Situation der Ärmsten kaum geändert. Der Hauptgrund dafür liegt in der nun schon mehr als 30 Jahre andauernden Überschuldung des Südens. Sie führt dazu, wie am Beispiel Argen-

tinien sichtbar<sup>12</sup>, dass die aufgebrachten Gelder für Schuldendienst und Zinszahlungen immer wieder höher sind als die Kapitalzuflüsse durch ausländisches Direktinvestment und internationale Entwicklungshilfe. Darüber hinaus ist festzustellen, dass sich die gesellschaftlichen Ungleichheiten in fast allen Ländern vertiefen, weil dort, wo eine allgemeine Wohlstandsentwicklung einsetzt, die Einkommen der wirtschaftlichen Eliten in besonderer Weise ansteigen. Aus christlich-sozialethischer Sicht ist angesichts dieser Entwicklungen eine grundlegende Problemstellung festzustellen: Lässt sich die Vertiefung von Ungleichheiten rechtfertigen, wenn die Ärmsten von der Gesamtentwicklung profitieren? Inwieweit ist eine solche Verbesserung der Lage der Ärmsten in den letzten beiden Jahrzehnten zu beobachten? Welche Perspektiven eröffnet die gegenwärtige Entwicklung denen, die am schlechtesten gestellt sind? Mit diesen Fragen wollen wir die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft konfrontieren, um eine menschengerechte Entwicklung zu fördern.

**Rahmenbedingungen, die die armen Länder von der Mitgestaltung weltwirtschaftlicher Prozesse ausschließen, stehen im Widerspruch zum christlichen Verständnis von Teilhabe und Gerechtigkeit. Das christliche Verständnis schließt den Abbau struktureller Ursachen von Ungerechtigkeit ein.**

### 2.3 Auf der Suche nach einer anderen Globalisierung

Viele Menschen im Süden und Norden fragen angesichts der problematischen Auswirkungen des herrschenden wirtschaftlichen Liberalismus nach einer „anderen“ Globalisierung. Plattform dieser Suche ist das Weltsozialforum (WSF), das im Januar 2004 in Indien zum vierten Mal stattfand. Das WSF ist eine Gegenver-

---

<sup>12</sup> So galt Argentinien früher als reichstes Land in Lateinamerika. Argentinien's Auslandsverschuldung begann mit der Militärdiktatur von 1976 bis 1983 außer Kontrolle zu geraten. Sie stieg von 7,8 Mrd. USD 1976 auf 43 Mrd. USD 1983. Während Argentinien in den 90er Jahren mustergültig die Auflagen des IWF erfüllte, stiegen gleichzeitig die Auslandsschulden auf 146 Mrd. USD bis 1999. Nutznießer waren die korrupte politische und wirtschaftliche Elite des Landes sowie die internationalen Geldgeber, deren finanzielle Interessen mit neuen Darlehen des IWF abgesichert wurden. Eine massive Verarmung breiter Teile der Bevölkerung führte im Jahr 2001 zu Hunger-Demonstrationen und zu einer massiven Protestbewegung sowie dem völligen politischen Zusammenbruch: Innerhalb von zwei Wochen wechselten sich fünf Präsidenten ab. Die zweite wirtschaftliche Fehlsteuerung bestand in der Überschätzung durch eine Wirtschaftspolitik, die vor allem auf Geldmengensteuerung und währungs-politische Elemente konzentriert war. Dazu hat der Chef der Rechercheabteilung des IWF, Mussa, 2002 kritisch festgestellt: „Auf Grund der Tatsache, dass es eine permanente und tief greifende Einmischung des IWF in die Wirtschaftspolitik Argentinien's gegeben hat, dass er dieses finanziell unterstützt hat und dass er immer wieder Vertrauen und Lob für diese Politik ausgesprochen hat müssen wir schlussfolgern, dass diese Institution ihre Verantwortung für die Fehler übernehmen soll, die sie in diesem konkreten Fall gemacht hat, und dass sie bereit sein soll, die Fehler zu akzeptieren und aus ihnen zu lernen“ (Mussa, M.: *Argentina y el FMI. Del triunfo a la tragedia*, Buenos Aires, 2002).

anstaltung zum beinahe zeitgleich tagenden Davoser Weltwirtschaftsforum der Regierungschefs und Wirtschaftsführer. Das Motto des Weltsozialforums lautet: „Eine andere Welt ist möglich.“ Es geht um die Kritik an einer einseitig markt-orientierten und wirtschaftlich dominierten Globalisierung und die Hoffnung auf eine Alternative, deren Konturen allerdings nicht klar erkennbar sind.

### 3. Kirchliche Herausforderungen

#### 3.1 Die theologisch-ethische Herausforderung

Die sichtbaren Folgen der Globalisierung sind vor allem Ergebnis des zunehmend liberalisierten wirtschaftlichen Handelns. Diesem System einer globalisierten Wirtschaft fehlt gegenwärtig eine deutliche politische Einbindung. Dies verlangt nach einer neuen moralischen Grundlegung, die über den vagen Vorstellungen einer sozialen Gerechtigkeit als Herstellung von Gleichheit und der Kompensation von Ungleichheit hinausgeht. Diese neue moralische Grundlegung verlangt einen Paradigmenwechsel, eine kritische Auseinandersetzung mit den sozialetischen Grundkategorien der Freiheit, Gerechtigkeit und der politischen Solidarität. Diese ethischen Grundentscheidungen bestimmen das Verhältnis von Wirtschaft, Mensch und Gesellschaft.

Es gehört zu den besonderen kirchlichen Kompetenzen, diese Dimension eines Menschen- und Gesellschaftsbildes klären zu helfen. So haben sich die Kirchen insbesondere auf die ideellen Grundlagen des wirtschaftlichen Liberalismus zu beziehen, denn – mit den Worten der Barmer Theologischen Erklärung von 1934 formuliert – es gibt keine Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu Eigen wären, Bereiche, in denen wir nicht der Rechtfertigung und Heiligung durch ihn bedürften (Barmen II).

Es ist Aufgabe von Kirche, sich in eine vermeintlich „reine Fachdiskussion“ einzumischen.

Insbesondere wo die politisch Verantwortlichen betonen, dass die Globalisierung der Märkte keine Alternative lassen, müssen die Kirchen auf Grundlage ihres Bekenntnisses zu Gott, der Recht und Gerechtigkeit schafft und sich in besonderer Weise den Armen und Schwachen zuwendet, kritisch Einspruch erheben. Wenn im Bereich wirtschaftlichen Handelns stets auf Sachzwänge verwiesen wird, besteht offenkundig die Gefahr einer Verabsolutierung bestimmter ökonomischer Strategien, die nicht mehr hinterfragt werden sollen. Demgegenüber müssen die Kirchen ihre Gesichtspunkte für soziales, wirtschaftliches und umweltgerechtes Handeln in zeitgemäßer Neuformulierung ins Gespräch bringen.

### 3.2 Christliches Wirklichkeitsverständnis und wirtschaftsliberales Denken – Perspektivenunterschiede und Verständigungsblockaden

Der Wirtschaftsliberalismus ist problematisch, wenn das Marktprinzip nicht allein ökonomische Aktivitäten ordnen, sondern alle Lebensbereiche sozialen, politischen und gesellschaftlichen Zusammenlebens bestimmen will. Dann besteht die Gefahr, dass der Markt vom Zweck zum Selbstzweck und aus dem Mittel ein Ziel wird.

Gegenwärtig gibt es viele Verständigungsblockaden zwischen den Kritikern und Kritikerinnen und den Vertretern und Vertreterinnen einer Gestaltung weltwirtschaftlicher Prozesse nach den Vorgaben wirtschaftsliberalen Denkens. Es gibt eine prinzipielle Auseinandersetzung darüber, wie Ökonomie und Politik einander zugeordnet und vor allem wie die Rahmenordnung für die sozialen Sicherungssysteme gestaltet werden sollen, damit es dem Gemeinwohl am besten dient. Zwei ordnungspolitische Idealtypen stehen sich dabei gegenüber, nämlich:

- die Steuerung über zentral gelenkte staatliche Bürokratien oder
- die Steuerung über von dezentralen Entscheidungen bestimmte Marktsysteme.

Diese Alternative wird in vielen Debatten als ein prinzipieller Gegensatz von politischen Leitbildern verstanden. Daraus resultieren Denk- und Diskussionsblockaden, die vielfach auch zu einer Blockade des politischen Handelns führen. Es ist notwendig, diese Blockaden zu überwinden und Ansätze für politisches Handeln zu suchen. Konkret ist zu fragen, wann von einem Staatsversagen und wann von einem Marktversagen auszugehen ist. Dieser Frage gilt es in Deutschland und ebenfalls weltweit nachzugehen.

In der Bundesrepublik Deutschland hat es die erfolgreiche Einführung eines solchen Modells, das eine handlungsfähige politische Rahmenordnung mit marktwirtschaftlichen Erfordernissen verbindet, mit der Konzeption der „Sozialen Marktwirtschaft“ gegeben. Dieses Ordnungsmodell verstand sich in historischer Perspektive nach 1945 als ein Vermittlungsversuch von liberalen Wirtschaftsansätzen mit den Gerechtigkeitsvorstellungen der christlichen Kirchen und der Arbeiterbewegung. Wesentlich für das Verständnis der Sozialen Marktwirtschaft – so das Wirtschafts- und Sozialwort der Kirchen von 1997 – war und ist, „dass wirtschaftlicher Erfolg und sozialer Ausgleich als gleichrangige Ziele und jeweils der eine Aspekt als Voraussetzung für die Verwirklichung des anderen begriffen werden.“ (Nr. 143)

Die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft ist bereits in den Vorstellungen der protestantisch geprägten Widerstandsgruppen der Freiburger Denkschrift und des Kreisauer Kreises zum Ausdruck gekommen, deren Ansatz später als Ordoliberalismus der Freiburger Schule bekannt wurde. Die Grundidee besteht darin, die Vorrangstellung des Menschen im Wirtschaftsgeschehen zu sichern. Die Ordnung des

wirtschaftlichen Lebens muss insbesondere die Persönlichkeitswürde des Einzelnen respektieren, indem die Rechte und die Eigenverantwortung des Einzelnen zu garantieren sind. Eine solche Ordnung sahen die Kreisauer und die Freiburger in einer Wettbewerbsordnung der vollständigen Konkurrenz mit einem starken, die Rahmenordnung setzenden Staat. Im Unterschied zu einer zentralen Verwaltungswirtschaft, die in der Gefahr steht, die Einzelpersönlichkeiten auszuschalten und zudem die Korruption zu fördern, sowie dem reinen Kapitalismus mit der Tendenz der Ausbildung der Marktformen der Monopole und Oligopole<sup>13</sup>, die nur unzureichend zu kontrollierende Machtgebilde darstellen, führt die Wettbewerbsordnung dazu, selbstverantwortliches Handeln anzuregen, die Freiheit des Konsums einzuräumen und auf diese Weise höchst wirksam die allgemeine Güterversorgung zu gewährleisten. Durch eine möglichst breite Eigentumsverteilung sowie Mitbestimmungsrechte und ggf. auch Gewinnbeteiligungen für die Belegschaften sollte die Eigenverantwortung auf allen Ebenen wirtschaftlichen Handelns ermöglicht werden. Die Wettbewerbsordnung war nach diesen Konzeptionen grundlegend durch eine staatliche Wirtschaftspolitik und durch eine Sozialordnung zu ergänzen. Dem Staat sollte eine gestaltende Rolle zukommen, insbesondere sollte er das Wettbewerbsprinzip sichern und verteidigen.

Dieses Modell, das heute angesichts der neuen Herausforderungen eine „strukturelle und moralische Erneuerung“ im Sinn einer „Weiterentwicklung zu einer sozial, ökologisch und global verpflichteten Marktwirtschaft“ (Nr. 11) nötig hat, ist nach wie vor beispielhaft für die Verknüpfung der berechtigten Anliegen wirtschaftsliberalen Denkens mit den christlichen Vorstellungen von Gerechtigkeit und Solidarität. Gegenwärtig kommt es darauf an, in Anknüpfung und Weiterentwicklung dieses Vermittlungsversuches, Perspektiven aufzuzeigen, wie ein menschenwürdiges Leben, ein Leben in vollem Genüge für alle zu verwirklichen ist.

Bisher haben sich diese ordnungspolitischen und ethischen Orientierungen strukturell am Nationalstaat ausgerichtet. Unter den Bedingungen der Globalisierung muss dieser Rahmen weiter gefasst werden. Es ist zu fragen, wie wesentliche Prinzipien dieses Modells auf der Ebene internationaler Institutionen zu verankern sind, um den Prozess der Globalisierung verantwortlich zu gestalten.

### 3.3 Biblische Gerechtigkeit, Option für die Armen, Suche nach dem Wohlergehen der gesamten Schöpfung

Inspiziert von der biblischen Verheißung, dass alle „das Leben und volle Genüge“ (Joh 10,10) haben sollen, steht die Kirche ebenso wie jeder einzelne Christ und jede einzelne Christin vor der Frage, wie menschliches und gesellschaftliches Handeln

<sup>13</sup> Oligopole: Märkte mit nur wenigen Anbietern (eine heute weit verbreitete Marktform).

unter den Bedingungen der noch nicht erlösten Welt entsprechend der Verheißung gestaltet werden kann.

Kirche als Teil des Volkes Gottes lebt mit dem Auftrag, die Geschichte von Gottes Erbarmen und seiner Gerechtigkeit zu bewahren und immer wieder neu von ihr zu erzählen. Darin wird sie immer wieder angehalten, Einsichten und Einfälle sozialer Phantasie, wie den Armen, Schwachen und Ausgegrenzten Gerechtigkeit widerfahren kann, zu entwickeln.

Im gemeinsamen Wort des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland von 1997 unter dem Titel „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ wird mit dem Verweis auf die Befreiungserfahrung des Volkes Israel aus der Knechtschaft in Ägypten das Erbarmungshandeln Gottes zur Voraussetzung für die Lebensordnung der 10 Gebote: Sie sind Weisungen zu einem Leben in Menschenwürde, Freiheit, Gerechtigkeit und Wahrheit. So sind sie übertragbar in einen Diskussionsprozess außerhalb der Kirche.

Mit der Erinnerung an das biblische Verständnis von Gerechtigkeit und Solidarität stellt das Gemeinsame Wort dem Prozess der Desintegration und Entsolidarisierung in der Gesellschaft ein anderes Denken und Handeln entgegen, das durch die erinnerte und erzählte Geschichte vom Erbarmen Gottes „zur barmherzigen und solidarischen Zuwendung zu den Armen, Schwachen und Benachteiligten“ motiviert ist.

In dieser Tradition stehend betrachtet das Gemeinsame Wort die Botschaft Jesu als Erneuerung und Erfüllung der alttestamentlichen Verheißung des Lebens für die Armen, Kleinen, Sanftmütigen und Gewaltlosen (Mt 5,3–12; Lk 6,20–26). „Er ist selbst“ – so heißt es in Nr. 99 – „den Weg der Solidarität, der Barmherzigkeit und der Gewaltlosigkeit gegangen. Aufgrund seines Leidens und seines gewaltsamen Todes ist er den Menschen in allem solidarisch geworden“ (Phil 2,6–11). In der Bindung an den solidarischen Gott gehört das Engagement der Kirche für Solidarität und Gerechtigkeit zu ihren konstitutiven Merkmalen. So stehen die Grundaussagen der jüdisch-christlichen Tradition im Widerspruch zu allen Zuständen, in denen das „Recht des Stärkeren“ gefördert wird. Die politische Gestaltung von Recht und Gerechtigkeit hat sich stattdessen an einem Verständnis von Solidarität zu orientieren, das von Verbundenheit und gegenseitiger Abhängigkeit bestimmt ist. „Menschen, die sich solidarisch verbunden wissen“, so heißt es am Ende von Ziffer 116, „erkennen und verfolgen gemeinsame Interessen und verzichten auf eigennützige Vorteilssuche, wenn diese zu Lasten Dritter oder der Gemeinschaft geht.“ In Aufnahme und Weiterführung der Denkschrift „Gemeinwohl und Eigennutz“ von 1991 rückt das Gemeinsame Wort Solidarität in unmittelbare Nähe zur sozialen Gerechtigkeit. „Suche nach Gerechtigkeit ist eine Bewegung zu denjenigen, die als Arme und

Machtlose am Rande des sozialen und wirtschaftlichen Leben existieren und ihre Teilhabe und Teilnahme an der Gesellschaft nicht aus eigener Kraft verbessern können. Soziale Gerechtigkeit hat insofern völlig zu Recht den Charakter der Parteinahme für alle, die auf Unterstützung und Beistand angewiesen sind ... Sie erschöpft sich nicht in der persönlichen Fürsorge für Benachteiligte, sondern zielt auf den Abbau der strukturellen Ursachen für den Mangel an Teilhabe und Teilnahme an gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozessen.“<sup>14</sup>

Diese Parteinahme für die Benachteiligten und für den Abbau struktureller Ausgrenzungsmechanismen wird im Gemeinsamen Wort auf die „Rechte“ der „kommenden Generationen“ ausgedehnt. Damit wird auch für diejenigen, die am gesellschaftlichen Diskurs gar nicht oder nicht mit dem entsprechenden Gewicht beteiligt sind, „gleiche Lebenschancen“ eingefordert.

„Die Erde ist des Herrn und was darinnen ist, der Erdkreis und die darauf wohnen“ (Ps 24,1). Im biblischen Denken ist die Verantwortung des Menschen für die Schöpfung darin begründet, dass der Mensch Geschöpf unter Mitgeschöpfen ist (Gen/1 Mos 1–3; Ps 8; 104). Eingebunden in eine Lebensgemeinschaft mit allen Geschöpfen kommt dem Menschen die besondere Verantwortung zu, die Erde zu bebauen, d. h. sie zu kultivieren, zu einem bewohnbaren Lebensraum zu gestalten und als solchen zu bewahren (Gen/1 Mos 2,15). Dieser Auftrag ist unvereinbar mit willkürlichem und ausbeuterischem Umgang des Menschen mit der Natur. Gott nimmt den Menschen als Sachwalter für die mitgeschöpfliche Welt in die Pflicht, ihr mit Erfurcht zu begegnen und schonend, haushälterisch und bewahrend mit ihr umzugehen. (123)

### 3.4 Das kirchliche Handeln – ekklesiologische Herausforderungen

In der Nachfolge Jesu existiert die Kirche nicht für sich selbst. Ihre Freiheit gründet in dem Auftrag, allen Menschen in Wort und Tat die Frohe Botschaft von der freien Gnade Gottes und von seiner befreienden Gegenwart mitten in unserem Leben und in unserer Geschichte zu bezeugen (vgl. Barmen VI).

„Deshalb dürfen Glauben und Leben, Verkündigung und Praxis der Kirche sowohl im eigenen Verhalten der Kirche wie in ihrer Botschaft nicht auseinander treten. Die Christen können nicht das Brot am Tisch des Herrn teilen, ohne auch das tägliche Brot zu teilen. Ein weltloses Heil könnte nur eine heillose Welt zur Folge haben. Der Einsatz für Menschenwürde und Menschenrechte, für Gerechtigkeit und Solidarität ist für die Kirche konstitutiv und eine Verpflichtung, die ihr aus ihrem Glauben an Gottes Solidarität mit den Menschen und aus ihrer Sendung, Zeichen und Werkzeug

---

<sup>14</sup> *Gemeinwohl und Eigennutz. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, 1991, Ziff. 155.*

der Einheit und des Friedens in der Welt zu sein, erwächst. Auch in dem Bemühen um gegenseitige Annäherung und um Einheit versuchen die getrennten Kirchen, dieser ihrer Sendung zu entsprechen und Zeichen der Versöhnung zu setzen.“ (101) Taufe und Eucharistie sind heilende und einende Zeichen einer Kirche, die für eine erneuerte Menschheit lebt und arbeitet.<sup>15</sup>

Als Kirche Jesu Christi versuchen wir vor der Welt mit unserer Existenz die Wahrheit der in der Taufe zugesprochenen Verheißung zu bezeugen, dass wir teilhaben an dem einen Leib Christi. Durch dieses Bild des Leibes Christi können wir erkennen, was umfassende Teilhabe meint. In der gemeinsamen Feier des Abendmahls sind wir eingeladen, das Leben des Bundes zu teilen, der in der Menschwerdung Gottes in Christus erfahren wird, und darin einlädt, an der Absicht Gottes für die Welt teilzuhaben. Wir sind als Kirche, die in ihrer sozialen Gestalt Teil der westlichen Welt ist, herausgefordert zur Umkehr, die heute zuallererst einen selbstkritischen Umgang mit unseren eigenen Strukturen und unseren Lebensformen bedeutet. Wir sind aufgerufen, kritisch zu analysieren, in welcher Weise wir selbst dazu beitragen, dass das Leben von Menschen in anderen Teilen der Welt bedroht ist. Als Gemeinschaft der Glaubenden stellen wir uns der Herausforderung zu teilen, was wir sind und was wir haben. Wir können zeigen, wo unsere Gemeinschaft als Leib Christi demonstrativ sichtbar wird, wenn wir mit unseren Mitteln dafür einstehen, dass die Ärmsten in armen und reichen Ländern befähigt werden, sich am Prozess der Entwicklung von sozialer Gerechtigkeit zu beteiligen. Darum sind wir verpflichtet, Instrumente und Mechanismen in Gang zu setzen, mit deren Hilfe wir unsere Mittel und Möglichkeiten wirklich mit unseren Schwestern und Brüdern in der *einen Welt* teilen können.

Als Kirche Jesu Christi sind wir auch aufgefordert, die christliche Perspektive in die gesellschaftliche Gerechtigkeitsdiskussion einzubringen. Das neutestamentliche Verständnis der Liebe greift weit über eine Vorstellung von Gerechtigkeit hinaus, die jedem das Seine zuteilt. Mit dem Gedanken der Liebe sind alle Vorstellungen durchbrochen, die Gerechtigkeit mit Gleichheit identifizieren wollen und die damit die von Gott gewollte Verschiedenheit ignorieren. Liebe reagiert darauf, dass Gott

---

<sup>15</sup> *Die Taufe als eine Taufe in Christi Tod hat ethische Folgen, die nicht nur nach persönlicher Heilung rufen, sondern die Christen motivieren, sich um die Verwirklichung des Willens Gottes in allen Bereichen des Lebens zu bemühen (Röm 9,9 ff.; Gal 3,26–28; 1 Petr 2,21–4,6) (Taufe 10).*

*„Die Eucharistie umgreift alle Aspekte des Lebens. Sie ist ein repräsentativer Akt der Danksagung und Darbringung für die ganze Welt ... Alle Arten von Ungerechtigkeit, Rassismus, Trennung und Mangel an Freiheit werden radikal herausgefordert, wenn wir miteinander am Leib und Blut Christi teilhaben. Denn durch die Eucharistie durchdringt die alles erneuernde Gnade Gottes die menschliche Person und Würde und stellt sie wieder her.“ (Eucharistie 20) (Die Kirche als eucharistische Gemeinschaft – Schritte auf dem Weg zur Einheit. Fachgruppe 2 der 6. Vollversammlung des ÖRK, Bericht aus Vancouver 1983, Offizieller Bericht der Sechsten Vollversammlung des ÖRK, Frankfurt 1983, 75 f.).*

die Menschen verschieden geschaffen hat. Sie macht die Angewiesenheit der Menschen untereinander besonders deutlich. Das Bild vom Leib Christi ist die Aussage, dass alle an diesem Leib partizipieren, aufeinander angewiesen sind und dass keiner verloren gehen darf.

Insofern brauchen wir eine Erweiterung des Gerechtigkeitsbegriffs. Wir müssen fragen, ob es nicht ein Ausdruck eines erweiterten Gerechtigkeitsverständnisses ist, wenn wir über traditionale Verteilungsgerechtigkeit hinaus in Institutionen investieren, die zum Leben befähigen (wie vor allem Sozialisation, Bildung und Forschung). Ebenso geht es um die Frage, ob es nicht Ausdruck von Beteiligungsgerechtigkeit ist, sich dafür einzusetzen, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung für alle Menschen zu fördern, um ihre Lebensmöglichkeiten zu verbessern.

Umfassende Menschenrechte für *alle* Menschen einzufordern ist eine Konsequenz aus der geglaubten Gemeinschaft des Leibes Christi, in der alle in gegenseitiger Verantwortung füreinander leben. In diesem Sinne treten wir ein für die individuellen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte wie für das Recht auf Leben und das Recht auf Arbeit.

Indem die Kirche sich heute in einem weltweiten ökumenischen Prozess dafür einsetzt, in freiheitlich – partizipatorischen<sup>16</sup> Strukturen wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit für *alle* Menschen zu schaffen, unterstützt sie die Menschen zugleich darin, ihren eigenen Kampf um soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit und Freiheit mit dem weltweiten Ringen um soziale und wirtschaftliche Menschenrechte zu verknüpfen.

Das Leben auf der Erde ist eingebettet in ein empfindliches Netz komplexer Wechselbeziehungen. Wenn die ökologischen Folgen wirtschaftlicher Globalisierung sich negativ auf dieses Lebensnetz in dieser Schöpfung auswirken (Röm 8), leidet Gott als Schöpfer des Lebens mit seiner Schöpfung. Dem Handeln Gottes als Schöpfer, Erhalter, Befreier und Erlöser des Lebens in all seiner Vielfalt entspricht es, wenn seine Kirche und die Christinnen und Christen weltweit und vor Ort miteinander und mit den besonders bedrohten ethnischen Gemeinschaften (indigenen Völkern) mit sozial-ökologischen Bewegungen und Gläubigen anderer Religionen zusammenarbeiten gegen die lebensbedrohenden negativen ökologischen Auswirkungen weltweiten Wirtschaftens und um nachhaltige Alternativen zu entwickeln.

Bereits 1980 haben die Vereinten Nationen in ihrer „Erd-Charta“<sup>17</sup> darin übereingestimmt, dass die Natur einen ihr innewohnenden Wert hat, den alle menschlichen

<sup>16</sup> *partizipatorisch: auf Beteiligung aller Betroffenen ausgerichtet.*

<sup>17</sup> *Dokument, in dem grundlegende ethische Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung verankert sind (www.earthcharter.org).*

Aktivitäten zu respektieren haben. Die Kirchen haben im Zusammenhang wirtschaftlicher Liberalisierung deutlich zu machen, dass die Erde nicht Besitz der Menschheit ist. Die Schöpfung gehört nicht dem Menschen, sondern die Menschen sind Teil der Schöpfung und die Erde ist des Herrn.

Gerechtigkeit schließt auch die Beziehung zwischen Mensch und Natur, die Forderung nach ökologischer Gerechtigkeit ein. Ökologische Gerechtigkeit ist nicht nur eine ethische oder politische Forderung, sondern auch Ausdruck des christlichen Glaubens, dass die Welt Gottes Schöpfung ist. Deshalb müssen die Kirchen ernsthaft Gottes Willen und Handeln im Blick auf die Bewahrung der Schöpfung bedenken und fragen: Welche Konsequenzen hat dies für unser Handeln in Kirche und Gesellschaft auf eine nachhaltige Entwicklung hin, die Gerechtigkeit und Solidarität anstrebt im Blick auf Gesellschaft und Natur?

#### 4. Ansatzpunkte und Ebenen der Veränderung und Mitgestaltung

Dem christlichen Verständnis von in Freiheit wahrgenommener Verantwortung entspricht das Leitbild der *Nachhaltigkeit*. *Nachhaltige Entwicklung* zielt darauf, weltweit so zu leben, zu arbeiten und zu wirtschaften, dass alle Menschen – in Nord und Süd, heutiger und zukünftiger Generationen – ein menschenwürdiges Leben führen können, ohne dabei die natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören.

Grundlagen einer nachhaltigen Entwicklung sind globaler Natur- und Umweltschutz, die Bekämpfung der Armut, die Förderung der Bildung, die Stärkung der Nicht-Regierungsorganisationen und damit die Stärkung der demokratischen Mitwirkungsrechte.

Damit wird der ausschließlich ökonomischen Globalisierung ein anderes Leitbild gegenübergestellt. Es ist dem sozialetischen Prinzip von Solidarität und Gerechtigkeit zwischen Starken und Schwachen, zwischen heute lebenden und zukünftigen Generationen verpflichtet. Es fordert uns zu einem neuen Umgang mit Differenzenerfahrungen<sup>18</sup> auf und zu einem neuen Verständnis von Freiheit in Solidarität mit Mitmenschen und Mitwelt.

Im Vordergrund einer nachhaltigen Entwicklung stehen dabei Befähigungs- und Beteiligungsgerechtigkeit: die eigenständige und freie Teilnahme aller an allen gesellschaftlichen und politischen Prozessen, der freie Zugang zu Bildung, Mitbestimmung, die Lösung von Problemen unter Beteiligung der Betroffenen.

---

<sup>18</sup> Differenzenerfahrung: die bewusste Wahrnehmung der Unterschiedlichkeiten zwischen Geschlechtern, Kulturen, Generationen.

In der gemeinsamen Stellungnahme des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz zur UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002 („Rio + 10“) heißt es: „Die christlichen Kirchen treten für eine weltweite Verständigung über die ethischen Grundlagen einer nachhaltigen Gesellschaft ein, wozu unter anderem die Anerkennung des Eigenwertes aller Geschöpfe, das Eintreten für die unbedingte Würde des Menschen, Initiativen für eine verantwortliche Gestaltung der Globalisierung sowie der Einsatz für Gerechtigkeit für die Ärmsten und für die zukünftigen Generationen gehören. Wesentliche Elemente der nachhaltigen Entwicklung haben die Kirchen im Rahmen des ökumenischen Prozesses für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung aufgenommen. Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung gehört zum Kernbestand christlicher Sozialethik.“

Dabei müssen unterschiedliche Handlungsebenen beachtet und unterschiedlich handelnde Personen berücksichtigt werden:

1. Nationalstaatliche und internationale Politik gestaltet die Rahmenbedingungen der (welt)wirtschaftlichen Entwicklungen (Global Governance). Staatliche Politik gestaltet das Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft (Ordnungspolitik). Die Vereinten Nationen sind verantwortlich für die universale Formulierung von Menschenrechtsstandards und für ihre Einhaltung. Auf der politischen Ebene müssen die Menschenrechtsstandards auch für das Handeln der internationalen Institutionen (UNO, Weltbank, Internationaler Währungsfonds, Welthandelsorganisation) gelten.
2. Auf der mittleren Ebene sind handelnde Institutionen und Organisationen zu nennen, die in unterschiedlicher Weise die Aufgabe haben, allgemein formulierte Standards durchzusetzen und konkret zu gestalten. Hier ist in erster Linie an international tätige Unternehmen zu denken, aber auch an Gewerkschaften, Nicht-Regierungsorganisationen, Kirchen und andere Religionsgruppen. Letztere haben insbesondere öffentlich Einfluss zu nehmen, dass Menschenrechtsstandards eingehalten werden.
3. Nicht zuletzt trägt jede und jeder Einzelne Verantwortung als Bürgerin und Bürger, Wählerin und Wähler sowie als Verbraucherin und Verbraucher. Durch unsere Kaufentscheidungen tragen wir dazu bei, dass sich Menschenrechtsstandards durchsetzen.

## 4.1 Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik

### 4.1.1 Nachhaltige Entwicklung

Als Evangelische Kirche von Westfalen treten wir für eine nachhaltige Entwicklung ein,

- die zum Ausdruck bringt, dass die Würde des Menschen unantastbar ist und die Mitwelt als Schöpfung Gottes einen eigenen Wert hat, der über die ökonomische Verwertbarkeit hinausgeht,
- die die ökologische, ökonomische und soziale Dimension menschlichen Lebens verbindet und integriert,
- deren Glaubwürdigkeit steht und fällt mit der weltweiten Verwirklichung des sozialetischen Grundsatzes der vorrangigen Option für die Armen, der Verteilungsgerechtigkeit und der Gerechtigkeit zwischen heute lebenden und zukünftigen Generationen.

Insbesondere setzen wir uns dafür ein,

- dass das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung in politisch und gesellschaftlich wirksame Strategien umgesetzt wird,
- dass entgegen dem am kurzfristigen Ertrag orientierten Denken (shareholder value) wieder die ganze Breite der Entwicklung von Unternehmen einschließlich der Entwicklung von Personal und Umwelt berücksichtigt wird,
- dass Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nicht nur als Kostenfaktor und als bloße Ware Arbeitskraft betrachtet werden,
- dass durch eine Energiewende in unserem Land wie auch weltweit ein wirksamer Klimaschutz wie auch die Überwindung der Energiearmut für weltweit 2 Milliarden Menschen möglich wird. Hier sehen wir unser Land – wie auch alle anderen industrialisierten Länder – in der Verpflichtung, durch einen maßvollen Lebensstil, durch rationelle, effiziente Energieverwendung und die konsequente Nutzung erneuerbarer Energien Vorreiter zu sein,
- dass in unseren Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen ein Umweltmanagement eingeführt, der Ressourcen- und Klimaschutz weiterentwickelt<sup>19</sup> und dass dies zum Thema innerhalb unserer Partnerschaftsbeziehungen gemacht wird,
- dass eine nachhaltige, d. h. ökologische und sozial gerechte, gentechnikfreie Landwirtschaft verwirklicht wird, dass gentechnisch veränderte Lebensmittel in kirchlicher Verantwortung nicht verbraucht werden sowie Gentechnik auf kirchlichem Pachtland nicht angewandt wird,
- dass Initiativen unterstützt werden, die in Prozessen zur Agenda 21 eine nachhaltige Entwicklung fördern.<sup>20</sup>

<sup>19</sup> wie z. B. durch Beteiligung an der Aktion Grüner Hahn ([www.kirchliches-umweltmanagement.de](http://www.kirchliches-umweltmanagement.de)).

<sup>20</sup> wie z. B. die von der EKvW initiierten Landesagenda-Projekte „Fair Play – Fair Life“ zur Fußball-WM 2006 und „Auch die Wirtschaft hat Aids“.

#### 4.1.2 Soziale, ökologische und kulturelle Menschenrechte

Menschenrechte haben das Ziel, durch weltweite Vereinbarungen Leben, Freiheit und Würde jedes Menschen zu schützen. Die erste Generation der Menschenrechte<sup>21</sup> versuchte vor allem, die Freiheitsrechte der Einzelperson festzuhalten. Die zweite und dritte Generation erweiterte die Menschenrechte um soziale, ökologische und kulturelle Menschenrechte. Menschenrechte beziehen sich aber nicht nur auf Individuen, sondern auch auf Gesellschaften und Völker und auf ihre wirtschaftlichen Beziehungen.

Menschenrechte bilden die Grundlage dafür, dass sich eine Zivilgesellschaft entwickeln kann, der es sozial, wirtschaftlich und ökologisch wohl ergeht.

Wenn es darum geht, wirtschaftliche und soziale Menschenrechte festzulegen, wird man anfänglich kaum über die Formulierung von Mindeststandards hinauskommen. Man wird unterscheiden müssen zwischen universalen, unabdingbaren Grenzwerten, die nicht zu unterschreiten sind, und lokalen Ausprägungen. Zwischen diesen Ebenen können durchaus Spannungen bestehen, universale Mindeststandards und lokale Ausprägungen der Menschenrechte dürfen allerdings keine Widersprüche enthalten und müssen füreinander verträglich bleiben.

Es gilt die Unteilbarkeit der Menschenrechte als verbindlich für die Gestaltung der Globalisierung einzufordern und die unterschiedlichen Formen der Menschenrechte nicht gegeneinander auszuspielen. Den in der Ökumene verbundenen Kirchen kommt die Aufgabe zu, ein globales Menschenrechtsbewusstsein einzufordern und mit zu entwickeln. Dazu gehört, den Opfern von Menschenrechtsverletzungen beizustehen und ihre Situation und Anliegen öffentlich zu machen.

Für die Gestaltung der Globalisierung sind neben den klassischen Freiheitsrechten vor allem folgende soziale, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Menschenrechte zu benennen:

- die Gleichstellung von Männern und Frauen,
- die Abschaffung versklavender Arbeit,
- das Recht auf menschenwürdige Arbeit,
- elementare politische Beteiligungsrechte,
- das Recht auf Gesundheitsversorgung und Bildung
- sowie die Verantwortung für die Lebensgrundlagen der kommenden Generationen.

---

<sup>21</sup> Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (*Universal Declaration of Human Rights*) – Vollversammlung der Vereinten Nationen, 10. Dezember 1948.

### 4.1.3 Welthandel – Grundfragen der Wirtschaftspolitik

#### 4.1.3.1 Welthandel, internationale Organisationen und Abkommen (WTO<sup>22</sup>, ILO<sup>23</sup>, IWF, Weltbank, GATS<sup>24</sup>, TRIPS<sup>25</sup>)

Die Spielregeln des weltweiten Handels werden durch internationale Organisationen bestimmt, in denen einige wenige Länder, darunter Staaten der Europäischen Union (EU), einen unverhältnismäßig hohen Einfluss haben. Die Entwicklungs- und Schwellenländer der Erde sind, was ihre Einflussmöglichkeiten betrifft, unterrepräsentiert. Von den finanziellen Ressourcen her sind sie vielfach überfordert, ihre Anliegen und Interessen angemessen geltend zu machen. In diesem Zusammenhang kommt der Europäischen Union bei der Mitgestaltung der globalen Wirtschafts-, Entwicklungs- und Handelspolitik eine wichtige Rolle zu.

Aus kirchlichen Initiativen entstandene oder von den Kirchen stark unterstützte Kampagnen wie die „Erlassjahrkampagne“ oder die „Kampagne für Saubere Kleidung“ setzen sich für Veränderungen im Sinne fairen und gerechten Handels ein. Die Auswirkungen der Globalisierung machen dieses Engagement notwendig.

Viele Gemeinden, Kirchenkreise und die Landeskirche mit ihren Ämtern und Werken sind Mitglieder dieser Kampagnen oder unterstützen sie. Sie sorgen für regelmäßige Informationen und Gesprächsforen und ermutigen zu aktiver Mitarbeit. Als Evangelische Kirche von Westfalen sehen wir uns verpflichtet, über die Strukturen und Arbeitsweisen der internationalen Organisationen (ILO, Internationaler Währungsfonds, Weltbank, Welthandelsorganisation) zu informieren und so zu einem differenzierten Verständnis des Zusammenhangs von ungerechten Wirtschafts-

---

22 WTO: Welthandelsorganisation (World Trade Organisation) wurde 1995 als Nachfolgeorganisation des GATT gegründet und hat ihren Sitz in Genf. Sie hat derzeit (2001) über 130 Mitglieder. Ziel der WTO ist in erster Linie die Förderung des freien Welthandels durch den Abbau von Zöllen und anderen Handelshemmnissen. Die WTO überwacht die internationalen Handelspraktiken, bei Streitigkeiten tritt sie als Schlichter auf (vgl. [www.wto.org](http://www.wto.org)).

23 International Labour Organisation (ILO): Die Internationale Arbeitsorganisation ist die Unterorganisation der Vereinten Nationen für international anerkannte Menschen- und Arbeitsrechte und soziale Gerechtigkeit. Die ILO formuliert internationale Arbeitsstandards in Form von Konventionen und Empfehlungen und setzt Minimalstandards von grundlegenden Arbeitsrechten (vgl. [www.ilo.org](http://www.ilo.org)).

24 GATS: General Agreement on Trade in Services (allgemeines Abkommen über Handel mit Dienstleistungen) ist ein Abkommen der Mitgliedstaaten der WTO (Welthandelsorganisation) zur Liberalisierung des Dienstleistungssektors. Dieser wird nahezu uneingeschränkt dem Wettbewerb geöffnet, wobei der Staat die meisten Mittel zur Regulierung des Marktes verliert. Der Vertrag ist für alle Entscheidungs- und Regierungsebenen bindend (vgl. [www.gats.de](http://www.gats.de)).

25 TRIPS: Trade-Related aspects of Intellectual Property rights – Abkommen über Handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums: Schutz und Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums sollen zur Förderung der technischen Innovation sowie zum Transfer und zur Verbreitung von Technologie beitragen, zum gegenseitigen Vorteil für Erzeuger und Nutzer technischen Wissens und auf eine für das gesellschaftliche und wirtschaftliche Wohl zuträgliche Art und Weise und zum Ausgleich zwischen Rechten und Pflichten (vgl. [www.wto.org](http://www.wto.org)).

strukturen und dem Verhältnis von Armut und Reichtum zu kommen. Es geht darum, in der Wirtschaftspolitik Ansatzpunkte zu entdecken und zu benennen, die lebensdienliches Wirtschaften ermöglichen.

Wir fordern die Landesregierung NRW auf, darauf hinzuwirken, dass zur Erreichung dieses Zieles an den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten in NRW Lehrstühle für Wirtschaftsethik eingerichtet werden. Zur Gestaltung lebensdienlichen Wirtschaftens gehören heute eine differenzierte ethische Analyse und Ausbildung in grundlegenden wirtschaftspolitischen und wirtschaftstheoretischen Fragen:

- Wie ist das Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft zu gestalten? Was ist zeitgemäße wirtschaftliche Ordnungspolitik? In welchem normativen Verhältnis stehen heute die betriebswirtschaftliche, unternehmerische Dimension des Wirtschaftens und die gesamtwirtschaftliche Perspektive, die die Rahmenbedingungen und das Gemeinwohl ausgestaltet? Mit welchen wirtschaftspolitischen Instrumentarien kann verhindert werden, dass liberalisierte Märkte nachhaltiges Wirtschaften beeinträchtigen?
- Wie kann die wirtschaftswissenschaftliche Fachdiskussion und Ausbildung sich den Ansprüchen der gesellschaftlichen Aufgaben lebensdienlichen Wirtschaftens öffnen? Wie können ethische Grundlagen vermittelt werden? Welche ethischen Kompetenzen muss im globalen Management eine gute Führungskraft aufweisen?
- Unter welchen Bedingungen können Unternehmen gesellschaftliche Kosten mittragen? Welche Rahmenbedingungen müssen gegeben sein, damit die soziale und ökologische Verantwortung unternehmerischen Handelns gefördert wird?
- Welche Wertedimensionen tragen ökonomische Grundkategorien wie Freiheit, Nutzen, Arbeit, Leistung, Markt, Staat, Sozialstaat, Wachstum, Freihandel etc. in sich? In welche historischen Zusammenhänge müssen sie eingeordnet und wie können sie im Kontext globalisierten Wirtschaftens weiterentwickelt werden?
- Welche theologischen und ethischen Herausforderungen bestehen für die christlich geprägte Gesellschaft und Wirtschaft angesichts zunehmender Säkularisierung einerseits und wachsender wirtschaftlicher Dominanz der Lebensverhältnisse andererseits?
- Welche ethischen Fragestellungen globalen Wirtschaftens stellen sich im Kulturvergleich mit in ihren Tiefenstrukturen islamisch, buddhistisch/hinduistisch, schwarzafrikanisch etc. geprägten Wirtschaftsformen?

Als Evangelische Kirche von Westfalen sehen wir uns verpflichtet, im Gespräch mit politischen Entscheidungsträgern darauf hinzuwirken, dass die Bundesrepublik Deutschland ihren Einfluss geltend macht,

- dass in die GATS-Verhandlungen zur Liberalisierung von Handel und Dienstleistungen im Bereich der Daseinsvorsorge (Wasser, Gesundheit, Bildung) soziale und ökologische Kriterien integriert werden. Ein funktionierendes staatliches

Rechtssystem ist dafür als Kontrollinstanz unerlässlich. Die Verhandlungen müssen für die zivilgesellschaftlichen Debatten geöffnet und transparent geführt werden. Sollten diese Bedingungen nicht erfüllt sein, sind die Verhandlungen auszusetzen;

- dass Patentrechte für Medikamente eingeschränkt werden, wenn dadurch wie im Fall von HIV/Aids für Millionen von Menschen der Zugang zu lebensrettenden Medikamenten ermöglicht werden kann. Dies könnte u. a. durch einen erleichterten Zugang zu den im TRIPS-Abkommen festgehaltenen Zwangslizenzen ermöglicht werden. Wir begrüßen ausdrücklich, dass für die von Aids betroffenen Länder, die keine eigene Pharmaindustrie haben, der in Cancun festgehaltene Kompromiss weitergeführt wird. Er ermöglicht den Import von günstigen Generika<sup>26</sup>, wenn keine eigene Herstellung von AIDS-Medikamenten möglich ist;
- dass unter dem TRIPS-Abkommen mögliche Patente auf lebende Organismen ausgeschlossen werden. Patente auf Kulturpflanzen bergen die Gefahr in sich, dass die Landwirtschaft in die Abhängigkeit von wenigen multinationalen Unternehmen gerät. Durch den Patentschutz wird der freie Austausch von Saatgut, der für die Kleinbauern die Existenzgrundlage darstellt, unterbunden. Hier geht es um die Freiheit der bäuerlichen und besonders kleinbäuerlichen Landwirtschaft, ihre traditionellen und standortangepassten Sorten auch weiterhin uneingeschränkt nutzen zu können;
- dass Grundnahrungsmittel aus den Verhandlungen des Welthandelsabkommens ausgenommen sind, damit arme Länder die Ernährungsgrundsicherung ihrer Bevölkerung notfalls durch Subventionen sicherstellen und die kleinbäuerliche Landwirtschaft vor Importen schützen können;
- dass das Vorsichtsprinzip weltweit zu Geltung kommt, d. h. der Gebrauch eines Produktes oder die Anwendung eines neuen Verfahrens wird so lange ausgesetzt oder eingeschränkt, bis die Unbedenklichkeit hinreichend wissenschaftlich abgesichert ist;
- dass die Bemühungen des Ökumenischen Rates der Kirchen im kritischen Dialog mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank unterstützt werden. Dabei geht es darum, die internationalen Finanzinstitutionen zu bewegen, ihre Werkzeuge internationaler Steuerung und Gestaltung des Globalisierungsprozesses entsprechend dem Leitbild nachhaltiger Entwicklung einzusetzen. Wir sehen insbesondere die Verwirklichung der „Millenniumsziele“<sup>27</sup> zur Halbierung der Armut in der Welt als Test für die Glaubwürdigkeit der internationalen Finanzinstitutionen;

---

<sup>26</sup> Generika sind definiert als Arzneimittel, für die der Patentschutz abgelaufen ist und die unter einer chemischen Kurzbezeichnung, einem sog. Freinamen (generic name), anstelle des weiterhin geschützten Markennamens angeboten werden.

<sup>27</sup> Vgl. „1.1 Hinführung“.

- dass IWF und Weltbank reformiert werden im Blick auf eine Demokratisierung der Stimmrechte, Transparenz und Rechenschaftspflicht und dass das Verhältnis von Weltbank und IWF zu den Vereinten Nationen neu überdacht wird im Blick auf ein Gesamtkonzept nachhaltiger globaler Steuerung des Globalisierungsprozesses;
- dass die Industrienationen Handelsschranken für Produkte aus den Ländern des Südens abbauen;
- dass eine Steuer auf den Handel an Devisen (Tobin-Steuer<sup>28</sup>) eingeführt wird;
- dass die ILO-Konvention 1969 zur Stärkung der Rechte indigener Völker durch Deutschland ratifiziert wird und damit ein Durchbruch zur Wahrung der kulturellen, humanitären und wirtschaftlichen Rechte indigener Völker in der Globalisierung erreicht wird.

#### 4.1.3.2 Privatisierung von öffentlichen Aufgaben im Bereich der Grundversorgung

Seit den 90er Jahren werden die Dienstleistungen zur Grundversorgung der Bevölkerung (Wasser, Gesundheit, Bildung, Energien und Transport) zunehmend sowohl in Deutschland als auch weltweit privatisiert.

Die Privatisierung geschieht vielfach ohne die Beachtung der erforderlichen ökologischen und sozialen Rahmenbedingungen. Damit werden gesellschaftliche Voraussetzungen für die Grundversorgung ausgehöhlt.

Die Bereitstellung öffentlicher Güter muss unter klaren Rahmenbedingungen und mit einer ökologischen Folgenabschätzung gestaltet werden.

Das braucht klare Rahmenbedingungen und soziale wie ökologische Folgenabschätzung. Es muss sichergestellt sein, dass jede und jeder in der Lage ist, diese für das Leben der Menschen grundlegenden Dienstleistungen in hinreichender Qualität in Anspruch zu nehmen. Dies ist ein grundlegender Schritt zur Verwirklichung der Millenniumsziele.

Als Evangelische Kirche von Westfalen

- behandeln wir in unseren Veranstaltungen verstärkt das Verhältnis von Staat und Markt im Bereich der Grundversorgung und bringen uns aktiv in die politischen Diskussionen ein;
- setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen Zugang zu sauberem Wasser bekommen. Wir unterstützen die Aktion von Brot für die Welt „Wasser – ein

<sup>28</sup> Bekannt als die nach dem amerikanischen Nobelpreisträger James Tobin genannte Devisen-Umsatz-Steuer, die Währungsspekulationen verteuert und damit weniger attraktiv macht und deren Erlöse zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben genutzt werden können.

Menschenrecht“. Wasser ist eine allen zustehende, lebensnotwendige Gabe des Schöpfers. Bei Privatisierungen der Wasserwirtschaft muss gewährleistet sein, dass durch demokratische Gestaltung sowie durch Ausrichtung an sozialen und ökologischen Kriterien *alle* Menschen Zugang zu sauberem Wasser bekommen;

- treten wir für ein Gesundheitswesen ein, das die Gesundheitsfürsorge allen Menschen zugänglich macht. Ausreichende medizinische Versorgung darf nicht eine Frage des persönlichen Einkommens noch des Geschlechtes, noch des eigenen Status sein. Jeder Mensch hat das Recht auf Gesundheitsversorgung (Menschenrechte Artikel 25). Deshalb fordern wir auch dazu auf, Tropenkrankheiten verstärkt zu erforschen und neue Medikamente zu entwickeln<sup>29</sup>;
- weisen wir in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Gender Mainstreaming<sup>30</sup> ein – auch von der WHO – gefordertes Instrumentarium ist, um ungleiche Versorgungs- und Vorsorge-Standards kenntlich zu machen und zu beheben. Obwohl viele Forschungsberichte bereits darauf hinweisen, dass Krankheitsbilder bei Männern und Frauen unterschiedlich verlaufen und dementsprechend auch differenziert behandelt werden sollen, wird dies kaum im Rahmen von gesundheitspolitischen Konzepten bedacht. Auch ist die soziale Dimension jeder Krankheit unter Gender-Gesichtspunkten zu analysieren.

Weltweit sterben täglich 1.400 schwangere Frauen. Eine gute und zugängliche medizinische Versorgung für alle Frauen in Schwangerschaft und Geburt sollte eine Priorität im Gesundheitssystemen weltweit sein;

- machen wir uns stark für ein ganzheitlich ausgerichtetes Bildungswesen, das dazu beiträgt, Menschen zu einem eigenständigen Leben zu befähigen. Zur Bildung gehört nach ökumenischem Verständnis Orientierungswissen, nicht nur Faktenwissen und berufliches Verwertungsinteresse. Bildung muss allen zugänglich sein und darf nicht vom finanziellen Vermögen der Eltern bzw. der eigenen Person abhängen. Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung (Menschenrechte Artikel 26). Dies ist besonders für Mädchen und Frauen in Ländern des Südens einzufordern. Zwei Drittel der Menschen, die nicht lesen und schreiben können, sind weiblich.<sup>31</sup>

Um den nachgewiesenen Zusammenhang zwischen Schichtzugehörigkeit und oft erheblichen Kompetenz-Defiziten aufzuheben, ist eine deutliche Verbesserung der Bildungsförderung notwendig, die dem Ziel verpflichtet ist, soziale und regionale Startnachteile zu kompensieren. Aus diesem Grunde benötigen wir insbesondere entsprechende sozialpädagogische Konzepte für Schulen.<sup>32</sup>

29 Nur 1 % der neuen Medikamente der letzten 25 Jahre bezog sich auf Tropenkrankheiten.

30 Gender Mainstreaming bedeutet, bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen.

31 Human Development Report 2004.

32 Vgl. Humandienstleistungen gerecht gestalten. Ein Beitrag zur Zukunft der Arbeit. Landeskirchenamt der EKvW (Hrsg.), Juli 2004, S. 25.

#### 4.1.3.3 Erwerbsarbeit und Grundsicherung

Die Kirchen haben bereits in ihrem Gemeinsamen Wort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ 1997 „die den Globalisierungstendenzen Rechnung tragende Ausdehnung der wirtschaftspolitischen Verantwortung“ (Abschnitt 147) für die soziale Sicherung verlangt. Dies gilt es heute einzufordern und umzusetzen.

Vor diesem Hintergrund verpflichten wir uns,

- die biblische Perspektive eines Lebens in Gerechtigkeit in Gemeinden und Kirchenkreisen durch Gottesdienste, Bildung und Aktionen ins Bewusstsein zu bringen,
- auf den unterschiedlichen Ebenen gemeinwohlorientiert am gesamtgesellschaftlichen Dialog mitzuwirken und dabei vor allem die Auswirkungen wirtschaftlicher und politischer Entscheidungen für die sozial Schwachen in die Auseinandersetzung einzubringen,
- die in Westfalen ansässigen Unternehmen und die Gewerkschaften gezielt in Diskussionen und Aktionen einzubeziehen,
- die Option für die Armen angesichts der Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt als dringenden Impuls zu verstehen, grundlegende und nachhaltige Reformen in der Organisation und Verteilung von Erwerbsarbeit und Existenzsicherung öffentlich zu befördern. Das Ziel ist eine gerechte Verteilung der Erwerbchancen, d. h. der Arbeitszeit und der Einkommen zwischen Männern und Frauen sowie zwischen Menschen unterschiedlicher Fähigkeiten und Begabungen. Chancengleichheit zu lebenslangem Lernen und erweiterte Wahlmöglichkeiten zwischen unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnissen können dazu helfen, dieses Ziel zu erreichen. Um allen Menschen eine angemessene Teilhabe am Erwerbseinkommen und an der damit verknüpften gesellschaftlichen Wertschätzung zu gewährleisten, müssen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik grundlegender als bisher reformiert werden. Nur diese Doppelstrategie sichert die „soziale Integration“ aller Menschen. Darum ist eine öffentliche Debatte um die Umsetzung dieser Doppelstrategie nötig;
- die Erfahrung, dass Vollbeschäftigung im Sinne einer „lebenslangen Vollzeit-erwerbstätigkeit für alle“ kein realistisches Ziel mehr ist, als Herausforderung für die evangelische Wirtschafts- und Sozialethik zu verstehen und uns an der öffentlichen Debatte um ein verändertes Verständnis von Vollbeschäftigung mit unterschiedlichen Wahlmöglichkeiten zu beteiligen bzw. sie in Gang zu setzen. Diese Forderung nach Neuverteilung der Arbeit folgt aus der Einschätzung, dass die gegenwärtige Verteilung der Erwerbchancen, insbesondere das ungleich verteilte Risiko der Arbeitslosigkeit, sozial ungerecht ist und aus Gründen der Gerechtigkeit in die sozialethische Rede von Arbeit als „Grunddatum menschlicher Existenz“ einbezogen werden muss.

## 4.2 Organisationen und Unternehmen

### 4.2.1 Ökumenische Partnerschaften

Als Evangelische Kirche von Westfalen stehen wir in langjährigen ökumenischen Beziehungen zu Partnerkirchen in Asien und Afrika, Nord- und Südamerika, Ost- und Westeuropa. Sie alle sind, wenn auch in unterschiedlicher Weise, von den Folgen des globalisierten Wirtschaftens betroffen.

Da wir mit unseren Partnerinnen und Partnern in der weltweiten Solidarität der einen Kirche Jesu Christi stehen, treten wir dafür ein,

- uns regelmäßig mit ihnen über die Auswirkungen der Globalisierung in unseren Ländern auszutauschen, uns wechselseitig anzufragen und gemeinsames Handeln zu vereinbaren,
- gemeinsam theologisch an den Fragen und Herausforderungen zu arbeiten, die sich damit im Blick auf unser Glauben- und Kirchenverständnis stellen,
- ihren Erfahrungen bei uns Gehör zu verschaffen durch Einladungen, Veröffentlichungen und Lobbyarbeit,
- uns für die Streichung nicht tragfähiger Schulden betroffener Länder gegenüber unserer Regierung einzusetzen,
- Studien zu einzelnen Partnerländern und Themen anzuregen und zu fördern<sup>33</sup>,
- Menschenrechts-Aktivitäten zu unterstützen<sup>34</sup>,
- Programme und Projekte in unseren Kirchen zu fördern, die Menschen befähigen, aktiv für Menschenrechte, Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung einzutreten,
- den technologischen Austausch und den Austausch von Fachkräften zwischen unserer Kirche und den Partnerkirchen zu fördern,
- alle Formen des Menschenhandels öffentlich zu ächten und gemeinsam mit den ökumenischen Partnerkirchen durch Programme und Initiativen Präventionsarbeit zu leisten und den Opfern beizustehen<sup>35</sup>,
- Kampagnen zur Welthandelsorganisation (WTO) mitzutragen, die gerechtere Wirtschaftsstrukturen weltweit einfordern.

### 4.2.2 Weltweite Mitverantwortung von Unternehmen: UN Global Compact

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, hat im Jahr 2000 als Teil der Strategie zur Erreichung der Millenniumsziele unter der Überschrift „Global

<sup>33</sup> *Wie bereits durch die Studien des Instituts Südwind zu Argentinien und zum Kongo geschehen: Südwind e. V.: „Argentinien: Tangotanz auf dem Vulkan“, Siegburg, Januar 2004, und „Kongo: Handys, Gold & Diamanten. Kriegsfinanzierung im Zeitalter der Globalisierung“, Siegburg, Mai 2004.*

<sup>34</sup> *Zum Beispiel. Eilbrief-Aktionen und Rechtsbeihilfen der Vereinten Evangelischen Mission und des Informationszentrums 3. Welt Herne.*

<sup>35</sup> *Vgl. Auftrag der Landessynode 2003 an den Ständigen Ausschuss für Weltmission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung.*

Compact“ eine Initiative ins Leben gerufen, die weltweit tätige Unternehmen dazu motivieren will, in ihren Aktivitäten verstärkt Fragen des Umweltschutzes, der sozialen Verantwortung und des Schutzes der Menschenrechte zu berücksichtigen. Das globale Kräfteverhältnis zwischen Politik, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft hat sich verändert. Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) und Unternehmen spielen eine bedeutende Rolle in diesen neuen globalen Partnerschaften. Einige deutsche Unternehmen sind diesem Pakt bereits beigetreten, darunter auch Unternehmen aus dem Gebiet der Evangelischen Kirche von Westfalen.

Die Evangelische Kirche von Westfalen

- begrüßt diese Initiative der Vereinten Nationen,
- möchte dazu ermutigen, dass lokale Ansatzpunkte des Dialogs zwischen Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft wahrgenommen und ausgebaut werden,
- weist darauf hin, dass solche freiwilligen Selbstverpflichtungen bei sehr unterschiedlichem Engagement der beteiligten Firmen nicht international verbindliche rechtliche Rahmenbedingungen ersetzen können.

#### 4.2.3 Kirche und Diakonie als Arbeitgeberin

Diakonie ist Lebens- und Wesensäußerung der Kirche. Die täglichen Zeichen von Barmherzigkeit und die vielen Hilfen im Alltag in kleinen und großen Initiativen werden ergänzt von professionellen Diensten in den Diakonischen Werken und Einrichtungen. Dabei steht der Mensch als Subjekt im Vordergrund. So ist die Würde eines jeden Menschen von Geburt bis zum Tod zu wahren und zu schützen. Darum werden alle professionellen Dienste immer auch durch sozialpolitische Interessenvertretung gegenüber Kommunen, Land und Bund ergänzt.

Wir wissen, dass viele diakonische Einrichtungen<sup>36</sup> unter hohem Kosten- und Wettbewerbsdruck stehen. Wenn ihre Arbeit in Zukunft noch weiter eingeschränkt wird oder sogar eingestellt werden muss, belastet dies den sozialen Frieden in unserem Land. Deswegen setzen wir uns für die Stärkung und Erhaltung dieser Arbeit ein.

Dabei bleibt zu bedenken:

Die Einrichtungen der Diakonie haben, anders als gewerblich orientierte Unternehmen, den besonderen Auftrag, der Verkündigung des Evangeliums durch Wort und Tat zu dienen. Gleichzeitig sind sie Dienstgeber und damit dem geltenden Arbeitsrecht unterworfen. Als Kirche können wir nicht nachhaltige Entwicklung öffentlich einklagen, ohne sie auch unserem eigenen wirtschaftlichen Handeln zugrunde zu legen. Es ist eine Frage an unsere eigene Glaubwürdigkeit<sup>37</sup>.

<sup>36</sup> Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, Krankenhäuser in kirchlicher Trägerschaft, Beratungsdienste, Kindertagesstätten, Einrichtungen der stationären Altenpflege, ambulante Pflegedienste, Einrichtungen für Obdachlose usw.

<sup>37</sup> vgl. hierzu Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, Abschnitt 6.1.

Diakonische Einrichtungen sind gleichzeitig aber eingebunden in die wirtschaftlichen Zwänge und die Finanzierungsmöglichkeiten ihrer Arbeit, die sie nicht selbst bestimmen können. Die Konsequenzen wie etwa die Ausgliederung von Arbeitsfeldern mit langfristig erheblichen Folgen für die betroffene Mitarbeiterschaft wie auch die Reduktion tariflicher Ansprüche gerade in unteren Lohnbereichen stehen im Widerspruch zum Gerechtigkeitsempfinden. Da Kirche sich jedoch weiter ihrer oben beschriebenen diakonischen Verantwortung stellen muss, müssen diese Fragen in Verantwortung vor unserem Auftrag entschieden werden. Gerade in der fortgesetzten Wahrnehmung dieser Verantwortung können Kirche und Diakonie weiter glaubwürdig in unserer Gesellschaft ihren Beitrag leisten.

Wir verpflichten uns, auch weiterhin

- Menschen im Sinne Jesu ohne Ansehen der Person zu helfen, sie in ihrer Würde zu achten und ihnen zu ihrem Recht zu verhelfen,
- Projekte zu fördern, die sowohl das christliche Profil als auch die Wettbewerbsfähigkeit diakonischer Einrichtungen stärken,
- die Anwaltschaft für die schwächsten Glieder in unserer Gesellschaft zu übernehmen und sie in der politischen und gesellschaftlichen Lobbyarbeit zu vertreten,
- den Einsatz für entwicklungspolitische Arbeit zu verstärken, damit die Ursachen von Armut, Kriegen und Flucht dort bekämpft werden können, wo die betroffenen Menschen leben.

#### *4.2.4 Umgang mit kirchlichen Finanzmitteln*

Da wir als Evangelische Kirche von Westfalen den verantwortlichen Umgang mit Geld als Teil unserer Ethik begreifen, bekräftigen wir, dass wir bei unseren Geldanlagen auf ethische Kriterien achten.

Deshalb begrüßen wir das Engagement unserer Landeskirche im „INIK“-Fonds<sup>38</sup>, einem Investment-Fonds, der nach ökonomischen, ökologischen und sozialetischen Kriterien zusammengestellt ist.

Wir begrüßen, dass zahlreiche Kirchenkreise und Gemeinden sowie auch unsere Landeskirche Anteile bei der Ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft „Oikocredit“ haben. Sie vergibt Kredite an Gruppen aus armen Bevölkerungsschichten in den Ländern des Südens und Ostens, um dort nachhaltige Entwicklung zu fördern: ein Investment in Gerechtigkeit.

---

<sup>38</sup> INIK: Initiative für nachhaltiges Investment der Kirche.

Wir setzen uns dafür ein,

- dass die ökumenische Verpflichtung des Teilens dessen, was wir sind und was wir haben, weiterhin auf den Tagesordnungen unserer Synoden und Presbyterien bleibt<sup>39</sup>,
- dass beim Umgang mit kirchlichen Finanzmitteln auf allen Ebenen ethische Kriterien Anwendung finden und der begonnene Prozess der Anlage kirchlicher Mittel in nachhaltiges Investment fortgesetzt wird,
- dass unsere Kirche weiterhin die Arbeit von Oikocredit nach Kräften unterstützt und für dieses Anliegen in unseren Gemeinden und der weiteren Öffentlichkeit wirbt.

#### 4.3 Bürgerschaftliches Engagement

Die wirtschaftliche und kulturelle Globalisierung bedeutet auch eine weltweite Herausforderung für die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten der Menschen. Als Kirche treten wir für eine systematische Stärkung der demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten ein. Bürgerschaftliches Engagement ist eine unverzichtbare Bedingung für den Zusammenhalt der Gesellschaft, heißt es im Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“. Die Bürgerinnen und Bürger erneuern mit ihrem freiwilligen Engagement in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens Tag für Tag die Bindekräfte unserer Gesellschaft. Sie schaffen damit eine Atmosphäre der Solidarität, der Zugehörigkeit und des gegenseitigen Vertrauens.

Das vielfältige ehrenamtliche Engagement in unserer Kirche muss über die wichtige soziale Dimension hinaus verstärkt auch politisch wirksam werden.

Die Synode der EKvW ermutigt die Gemeindeglieder, Kirchengemeinden und Kirchenkreise, sich stärker als bisher in die Entwicklung der Gemeinwesen vor Ort mitgestaltend einzubringen.

Die Durchsetzung der Menschenrechte und die Bewahrung der Schöpfung sind ohne ein persönliches bürgerschaftliches Engagement nicht denkbar.

- Als Kunden haben alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, fair gehandelte Produkte anderen vorzuziehen.
- Durch die Verleihung von Siegeln wie Transfair, Flower Label oder RUGMARK und Arbeit plus werden entsprechende Firmen und Produkte gewürdigt. Wir rufen alle Ebenen kirchlichen Handels dazu auf, sich um soziale und ökologische

---

<sup>39</sup> Vgl.: *Verhandlungen der 1. (ordentlichen) Tagung der 12. Westfälischen Landessynode vom 9. bis 13. November 1992, S. 244.*

Verträglichkeit zu bemühen und die entsprechenden Siegel zu beachten, die über Verträglichkeit Auskunft geben (Blumen, Papier, Reinigungsmittel usw.). Durch öffentliche Kritik an Unternehmen wird öffentlicher Druck aufgebaut und ausgeübt. Die EKvW unterstützt in diesem Sinn alle Formen des bürgerschaftlichen Engagements, die sich für ökologische und soziale Mindeststandards bei der Produktion von Waren einsetzen.

- Bei kirchlichen Veranstaltungen werden fair gehandelte Produkte konsumiert (Kaffee, Tee, Wein, Saft usw.). In der Kirche ist das Festhalten an Produkten des *Fairen Handels* ein Zeichen der Verbundenheit mit unseren Schwestern und Brüdern in anderen Teilen der Welt.
- Wir treten dafür ein, bei allen Geldanlagen auf nachhaltige Kriterien zu achten.
- Wir ermutigen, Oikocredit zu unterstützen und dort Anteile zu erwerben.
- Wir bitten unsere Gemeindeglieder als Verbraucherinnen und Verbraucher beim Einkauf auf fair gehandelte Waren zurückzugreifen und Sozialstandards in der Produktion zu berücksichtigen.
- Wir fordern auf, dem zunehmenden Verbrauch von Rohstoffen und nicht erneuerbarer Energie durch umweltbewusste Entscheidungen bei Privat- und Dienstreisen, Bau- und Renovierungsvorhaben entgegenzuwirken.

## 5. Schlusswort

In unserer Stellungnahme zum Soesterberg-Brief haben wir versucht, sowohl Anfragen unserer weltweiten ökumenischen Geschwisterkirchen als auch die mit der Globalisierung in unserem eigenen Land verbundenen Probleme ernst zu nehmen. Die Kluft zwischen Nord und Süd, Reich und Arm, Mächtigen und Machtlosen droht sich weltweit zu vertiefen und uns immer stärker voneinander zu entfremden. Die Komplexität der Probleme und der Größe der Herausforderungen, vor denen wir als Kirche stehen, können dazu führen, dass wir uns überfordert fühlen und resignieren. Umso wichtiger ist es, dass wir uns in unseren Gemeinden vor Ort und in der weltweiten ökumenischen Gemeinschaft der Kirchen wechselseitig ermutigen, dass wir uns tiefer verbunden fühlen und mit Hilfe des Geistes Gottes und als Zeichen der Hoffnung für die Welt Schritte tun, um diese Spaltungen zu überwinden. Das Bekennen unseres christlichen Glaubens beinhaltet, dass wir als Christinnen und Christen und als Kirche geistlichen und praktischen Widerstand gegen wirtschaftliche Ungerechtigkeit und ökologische Zerstörung leisten und dass wir das uns Mögliche dazu beitragen, die Wirtschaft heute weltweit und bei uns in den Dienst des Lebens zu stellen. Dazu brauchen wir eine Vertiefung unserer Spiritualität, die Umwandlung unseres Lebens, die uns durch Jesus Christus verheißt ist.

Dazu ist uns eine besondere Kraftquelle gegeben, ein Gebet, das die Welt umspannt: das Vaterunser. Das Vaterunser ist das Gemeinschaftsgebet, in dem die besondere

Identität der weltweiten Gemeinde Jesu Christi als neue menschliche Gemeinschaft ausgedrückt ist. Weil Jesus, der Sohn Gottes, unser Bruder geworden ist, dürfen wir Gott als unseren Vater anreden.

Die vierte und die fünfte Bitte haben in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung:

„Unser tägliches Brot gib uns heute und vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern“ (Mt 6,11–12).

*„Unser tägliches Brot gib uns heute“*

Die vierte Bitte unterstreicht: Die Mittel, die wir für unseren Lebensunterhalt bekommen, sind eine Gabe Gottes. Er gibt uns, was wir brauchen, und wir sind ihm gegenüber verantwortlich für die Art, wie wir mit diesen Mitteln umgehen. Gott sorgt für das Überleben der ganzen Menschheit. Der Ausdruck „unser Brot“ in der vierten Bitte hat also nicht nur zu tun mit der Verpflichtung der Christen, alle Mittel miteinander zu teilen und für wirtschaftliche Gerechtigkeit untereinander zu sorgen. Der Ausdruck signalisiert auch ihre Verantwortung, Ungerechtigkeit zu bekämpfen, wo immer sie geschieht. „Unser Brot“ ist „Brot für die Welt“, das nicht in den Händen weniger auf Kosten der anderen angesammelt und angehäuft werden darf.

Für Christinnen und Christen im 21. Jahrhundert ist die vierte Bitte eine ständige Erinnerung an ihre Verantwortung, je nach ihrem Vermögen und ihren Gaben, die ihnen als Einzelne und als Gemeinschaft gegeben wurden, zur wirtschaftlichen Gerechtigkeit für alle Menschen beizutragen – in der Gesellschaft, in der sie leben, ebenso wie in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

Seit den Anfängen der Kirche haben die Christen die vierte Bitte um das tägliche Brot mit der Feier des Heiligen Abendmahls in Zusammenhang gebracht. Jesus wählt Brot, das gebräuchlichste Lebensmittel, von dem das Überleben der Menschen abhängt, und Wein, Zeichen der Fülle des Lebens und des Festes, zum Zeichen für seine Gegenwart als auferstandener Herr inmitten der Seinen. Er will seine Gemeinde nicht nur in ihrer leiblichen Existenz erhalten, sondern gibt ihrem Leben auch einen besonderen Auftrag. Immer wieder von neuem rüstet er sie mit Gottes Vergebung aus und gibt ihnen Kraft, einen grundlegenden Wandel in den menschlichen Beziehungen zu ermöglichen.

Wenn wir Brot und Wein teilen, bekommen wir Anteil an dem Leben in Fülle, für das Christus sich hingegeben hat. Er nimmt uns damit zugleich hinein in seinen Dienst für das Leben. Das verpflichtet uns als Christinnen und Christen in den reicheren Ländern zugleich unwiderruflich, für ein gerechtes und faires internationales Wirtschaftssystem zu arbeiten, in dem niemand verhungern muss, sondern alle ein Leben in Würde und in vollem Genüge haben.

*„Und vergib uns unsere Schuld“*

Die fünfte Bitte überzeugt uns davon, dass Christinnen und Christen, die Gottes Vergebung in ihrem tiefsten Sinn erfahren haben, einen Kraftvorrat haben, um am Frieden und für Gerechtigkeit in menschlichen Beziehungen mitzuwirken. Unser Schuldbekenntnis und unser Vertrauen auf Gottes Vergebung, die uns im Abendmahl in erfahrbarer Weise zugesprochen wird, sind die Voraussetzung für einen sinnvollen Beitrag der Kirchen für eine Globalisierung mit menschlichem Antlitz.

Beim Teilen von Brot und Wein in der Gegenwart des Auferstandenen gibt Gott uns Anteil an seiner verwandelnden Kraft und nimmt uns so mit in seinen Dienst des Lebens. Gott will, dass alle das Leben in vollem Genüge haben. Das gibt unserer Hoffnung langen Atem. Im Vertrauen auf diese Zusage schließt das Vaterunser:

*„Denn Dein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit in Ewigkeit.  
Amen.“*

### 3. Beschlüsse zur Stellungnahme der Landessynode zum Soesterberg-Brief

#### Beschluss 1:

Die Landessynode beschließt die Stellungnahme zum Soesterberg-Brief in der jetzt vorliegenden Fassung.

#### Beschluss 2:

Die Landessynode bittet den Präses, den Kirchengemeinden, Kirchenkreisen und kirchlichen Verbänden sowie Ämtern und Werken die Stellungnahme zum Soesterberg-Brief bekannt zu machen und sie zu motivieren, die darin enthaltenen Anregungen ihren Möglichkeiten entsprechend umzusetzen.

Sie bittet auch, den Dialog mit den in der Wirtschaft Verantwortlichen aufzunehmen.

Die Kirchenleitung wird gebeten, die Stellungnahme in geeigneter Form zu veröffentlichen.

Die Kirchenleitung wird gebeten, eine Zusammenstellung von Literatur, Materialien und Arbeitshilfen zum Thema Globalisierung für die verschiedenen kirchlichen Arbeitsbereiche und Zielgruppen zu veranlassen sowie eine entsprechende Referentinnen- und Referentenliste zu erstellen.

#### Beschluss 3:

Die Kirchenleitung wird gebeten, den Kirchengemeinden, Kirchenkreisen, Ämtern und Werken sowie den kirchlichen Verbänden im Jahr 2005 Hilfestellung für den Umgang mit kirchlichen Finanzen nach ethischen Kriterien anzubieten, damit der in der Landeskirche begonnene Prozess, Geld im nachhaltigen Investment anzulegen, auf allen Ebenen fortgesetzt wird.

#### Beschluss 4:

Die Landessynode beauftragt die Kirchenleitung,

1. im Zusammenhang mit der UNO-Sondervollversammlung 2005 Maßnahmen zu ergreifen, in unserer Kirche und in der gesellschaftlichen Debatte die Umsetzung der Millenniumsziele wirksam zu unterstützen;
2. dafür zu sorgen, dass im Jahr 2005 den Gemeinden Arbeitshilfen zum Thema „Wachstum der Lebensqualität von Armen“ zur Verfügung gestellt werden.

**Beschluss 5:**

Die Kirchenleitung wird beauftragt, der Landessynode 2005 Vorschläge für weitere Beschlüsse zur Umsetzung der in der Stellungnahme formulierten Ziele vorzulegen.

## 4. Globalisierung

### Eine andere Globalisierung – Widerstände und Möglichkeiten

Privatdozent Dr. Hans Diefenbacher

#### 0. Einleitung

Als Herr Dr. Möller mich vor einigen Monaten gebeten hat, heute zu Ihnen über das Thema „Globalisierung“ zu sprechen, kannte ich den Entwurf einer Stellungnahme zum sogenannten „Soesterberg-Brief“ noch nicht, den die Kirchenleitung der Landessynode zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt hat. Ich möchte nun nicht so weit gehen und sagen, dass eine Lektüre dieses Textes das Hören meines Vortrages überflüssig machen würde. Aber der Text dieser Arbeitsgruppe bietet für meinen Beitrag neue Möglichkeiten, denn ich kann mich nun auf den differenzierten und sachkundigen Diskussionsprozess beziehen, den es in Ihrer Landeskirche gibt. Ich möchte dies in fünf Schritten tun:

- Ich möchte kurz etwas zu Erscheinungsformen und zum Begriff der Globalisierung sagen. Damit verbinde ich eine These: Es ist auch deswegen so schwer, über Globalisierung zu diskutieren, weil die weltwirtschaftliche Entwicklung häufig mit sehr verschiedenen, in sich logischen und geschlossenen Erklärungsmustern interpretiert wird, die aber auf unterschiedlichen Grundannahmen beruhen und deshalb kaum miteinander ins Gespräch zu bringen sind.
- Im zweiten Schritt möchte ich die These begründen, dass es einer bewussten Gestaltung der Globalisierung bedarf, und zwar im Rahmen einer doppelten Strategie: einmal als politische Einflussnahme mit dem Ziel einer Veränderung der Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft und zum anderen als konkrete Gestaltung unseres eigenen Wirtschaftens vor Ort, in der Gemeinde und in der Region, in der wir leben.
- Im dritten und vierten Schritt möchte ich dann im Detail auf mögliche Schritte der Veränderung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der eigenen Praxis eingehen.
- In einer kurzen Zusammenfassung möchte ich die Frage nach der Realitätsnähe der vorgestellten Vorschläge ansprechen.

## 1. Zwei Weltsichten: Globalisierung, Neoliberalismus und nachhaltige Entwicklung

Jeder, der sich mit dem Thema Globalisierung für längere Zeit beschäftigt, hat einige Lieblingsbeispiele für positive und negative, für einleuchtende und für absurde Erscheinungsformen der Globalisierung.

- Im Jahr 2002 wurden auf dem Rhein-Main-Flughafen Frankfurt rund 30.000 Sendungen mit insgesamt 84 Millionen lebenden Tieren abgefertigt – darunter 9 Millionen Eintagsküken, die häufig um die halbe Welt geflogen werden. Die Route von Santiago de Chile über Frankfurt nach New York ist eine der Rennstrecken für diese Küken, die bis zur 60. Lebensstunde ohne Futter und Wasser transportiert werden dürfen.<sup>1</sup>
- Der durchschnittliche Kaffeekonsum liegt in Deutschland in den letzten Jahren ziemlich konstant zwischen 6,7 kg und 6,9 kg pro Person und Jahr. Umgerechnet auf die durchschnittlichen Hektarerträge in den Anbaugebieten bedeutet das: Jeder Bürger, jede Bürgerin Deutschlands „benutzt“ ein etwa 110 Quadratmeter großes Feld, auf dem „sein“ beziehungsweise „ihr“ Kaffee wächst. Auf maximal 2 dieser 110 Quadratmeter wächst Fair-Trade-Kaffee.<sup>2</sup>
- Kolumbien exportiert für über eine halbe Milliarde Euro im Jahr Schnittblumen. Von einem Blumenstrauß im Wert von 10 Euro, den Sie hier in einem Supermarkt oder an einer Tankstelle kaufen können, kommen 78 Cent in Kolumbien an. 7 Cent dieser 10 Euro ist der Lohnanteil der Landarbeiter. Diese Berechnung bezieht sich auf das Jahr 2000.<sup>3</sup>
- Um am Beispiel der Blumen zu bleiben: Nicht-Regierungsorganisationen haben im ständigen internationalen Kontakt ein sogenanntes „Flower Label Programm“ entwickelt, das den Produzenten in Ländern des Südens gerechtere Arbeitsbedingungen garantieren und die Umwelt schützen soll. Das Flower Label Programm beinhaltet einen internationalen Verhaltenskodex für die sozial- und umweltverträgliche Schnittblumenproduktion, in dem unter anderem existenzsichernde Löhne, die Gleichbehandlung von Frauen, der Verzicht auf hochgiftige Chemikalien und Pestizide, die Einhaltung von Gesundheitsvorschriften und das Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit festgehalten wird.<sup>4</sup> In Deutschland führten im September 2004 knapp 1.000 Blumenläden Blumen mit dem FLP-Siegel.

1 Schubert, Wolfgang (2003): „Küken fliegen um die halbe Welt – die tierärztliche Grenzkontrollstelle am Flughafen“, in: Frankfurter Rundschau vom 17. 2. 2003.

2 Diefenbacher, Hans/Wilhelmy, Stefan (2003): *Eine Welt Bilanz, Aschaffenburg 2003. Heidelberg/Aschaffenburg: FEST/Stadt Aschaffenburg/Nord-Süd-Forum, Aschaffenburg, 12.* Vgl. auch Jakobowicz, Dan (2002): *Genuss und Nachhaltigkeit – Handbuch zur Veränderung des persönlichen Lebensstils.* Wien: Promedia.

3 Pertwee, Jeremy (2000): *Production and marketing of flowers.* Doetinchem: Elsevier.

4 Vgl. u. a. VAMOS e. V. Münster (2001): *Blumen Welten – der dornige Weg vom Feld zur Vase.* Münster: Selbstverlag.

Alternativen sind also möglich – für Produzenten vor allem dann, wenn informierte Konsumenten soziale und ökologische Kriterien bei ihren Konsumentenscheidungen berücksichtigen.

- Dieses Programms konnte nur durch die Möglichkeit eines ständigen internationalen Austauschs „von unten“ entwickelt werden. Möglichkeiten dieser Art sind durch Internet und E-Mail potenziert worden. Die immer billigere Übermittlung von Informationen durch moderne Technologien macht neue Organisations- und Handelsformen möglich, die teilweise erheblich geringere Stoff- und Materialströme erfordern.

Ich wechsele die Perspektive. Gibt es einen gemeinsamen Nenner für den Begriff der Globalisierung? Zunächst einmal: Der Begriff „Globalisierung“ taucht erst nach 1990 auf. Vor 1990 findet es sich in keinem Lexikon der Welt. Der Brockhaus von 1997 definiert Globalisierung wie folgt:<sup>5</sup>

„Globalisierung, schlagwortartig benutzte Bezeichnung für die weltweite Durchdringung von Märkten, vor allem bewirkt durch die wachsende Bedeutung der internationalen Finanzmärkte, den Welthandel und die intensive internationale Ausrichtung von multinationalen Unternehmen und begünstigt durch neue Telekommunikationstechniken sowie durch Finanzinnovationen.“

Diese Definition hebt auf die ökonomische Dimension der Globalisierung ab. In der Tat hat die wirtschaftliche Verflechtung das Gefüge der Nationen und Kontinente tiefgreifend verändert. Es lassen sich jedoch auch viele kulturelle, zum Teil in sich widersprüchliche Prozesse der Globalisierung beobachten, etwa die Zunahme kultureller Vielfalt in der Lebensumgebung des Einzelnen bei einer gleichzeitigen Abnahme der weltweiten Vielfalt. Ähnliches gilt für die Zunahme der lokalen Vielfalt von Waren – bei gleichzeitiger Abnahme der globalen Vielfalt, da sehr viele Sorten, die nur lokale Bedeutung hatten, vermutlich endgültig vom Markt verschwinden.<sup>6</sup> Sie können überall zwischen Äpfeln vom Bodensee, von Tirol, Chile und Südafrika wählen, aber von den 600 vermarkteten Apfelsorten in Hessen vor 50 Jahren sind nur noch 40 übrig geblieben.

Der Begriff „Globalisierung“ wird jedoch oft auch in rein strategischer Absicht, quasi als „Kampfbegriff“ gebraucht: Ernst Ulrich von Weizsäcker, der auch Vorsitzender der diesbezüglichen Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags war, sieht folgende „Nebenzwecke“ des Begriffs:<sup>7</sup>

<sup>5</sup> Im Internet auch über den Bildungsserver Hessen:

[http://lernen.bildung.hessen.de/global\\_einf/gbein\\_01/index\\_html](http://lernen.bildung.hessen.de/global_einf/gbein_01/index_html) (5. 11. 2004).

<sup>6</sup> Vgl. Brunnhuber, Stefan/Klimenta, Harald (2003): *Wie wir wirtschaften werden*. Frankfurt/Wien: Carl Ueberreuter, 17.

<sup>7</sup> Weizsäcker, Ernst Ulrich von (2004): *Was ist Globalisierung und wie erklärt sie sich?*, im Internet unter [www.globalisierung-online.de](http://www.globalisierung-online.de) (2. 11. 2004).

- „Globalisierung wird als Entschuldigung für nationale Untätigkeit oder Misserfolge verwendet;
- mit dem Begriff wird Druck auf nationale Regierungen oder Verbände ausgeübt;
- und er dient als Ausrede für Resignation oder Rückzug in die Schmollecke.
- Ferner wird das Wort Globalisierung zuweilen auch für Phänomene in Anspruch genommen, die überhaupt nicht global sind, insbesondere regionale Blockbildung mit Ausgrenzungstendenzen.“

Diese Probleme, so v. Weizsäcker, sollte man im Kopf haben, wenn man das politische Phänomen der Globalisierung analysiert und über einen rationalen Umgang mit ihm diskutiert.

Wechseln wir noch einmal die Perspektive. Vor über 11 Jahren, in einer Ansprache in Brüssel am 4. März 1993, hat der damalige Direktor des Internationalen Währungsfonds, Michel Camdessus, folgende sechs Punkte als die wichtigsten Probleme der Weltwirtschaft benannt:<sup>8</sup>

- Die OECD-Länder leiden überwiegend unter einer Wachstumsschwäche;
- Turbulenzen auf den Devisenmärkten haben zu einer Destabilisierung des Weltwährungssystems geführt;
- die Spannungen in den Welthandelsbeziehungen haben zugenommen;
- der wirtschaftliche Erfolg beim Übergang der Länder Osteuropas zur Marktwirtschaft stellt sich nur sehr zögerlich ein;
- die ökonomische Misere in etwa der Hälfte der Entwicklungsländer zeigt keine Anzeichen der Besserung;
- es gibt eine Krise des Vertrauens in die Leistungsfähigkeit der internationalen Organisationen.

Diese Problembeschreibung ist auch heute, 11 Jahre später, mehr oder minder zutreffend. Sie ist Ausgangspunkt vieler Analysen der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Die Synopse von Camdessus ist in gewisser Weise logisch in sich schlüssig, da sie auf einem bestimmten ökonomischen Weltbild gründet, das häufig mit dem Begriff „Neoliberalismus“ bezeichnet wird. Die damit verbundene Wirtschaftspolitik erkennt sehr wohl die herausragende Bedeutung ordnungspolitischer Instrumente an. Das Leitbild des Neoliberalismus sieht jedoch prinzipiell vor, den freien Markt so weit wie nur möglich auszudehnen, da es auf der Annahme beruht, dass nur der Markt für Produzenten wie für Konsumenten eine wirklich effiziente Wirtschaftsweise hervorbringen kann. Eine effiziente Wirtschaftsweise wiederum wird als Grundbedingung angesehen, um mit knappen Ressourcen optimal wirtschaften zu können. Nur eine möglichst freie und am Markt orientierte Wirtschaftsordnung führt im Rahmen dieser neoliberalen Weltanschauung daher zu einer optimalen Wach-

<sup>8</sup> Vgl. „Finance and Development“, in: IMF-Survey, 22. Jg. No. 10, 22. Mai 1993.

tumsrate der Wirtschaft. Und Wachstum ist im neoliberalen Denken ein höchst erstrebenswertes Ziel für die Wirtschaft, auch in hoch entwickelten Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland, gleichgültig, welches Wohlstandsniveau wir bereits erreicht haben.

Ein letzter Perspektivenwechsel: Die Sicht von Camdessus ist nicht die einzig mögliche Sicht der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Man könnte eine andere Liste der sechs wichtigsten Probleme der Weltwirtschaft aufstellen, die dann etwa wie folgt lauten würde:<sup>9</sup>

- Die Wirtschaftspolitik ist weltweit nach wie vor nicht am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung orientiert, demzufolge wir unsere Bedürfnisse so befriedigen sollten, dass die nach uns kommenden Generationen auch noch die Chance haben, ihre Bedürfnisse zu befriedigen.<sup>10</sup>
- Insbesondere sind Maßnahmen zur Verringerung der Emissionen von Treibhausgasen immer noch nicht richtig angelaufen, da Eigeninteressen nationaler Ökonomie – allen voran der USA – dem entgegenstehen.
- Die derzeitigen Weltwirtschafts- und -handelsstrukturen führen zu einer fortgesetzten Umverteilung der Einkommen, sodass in der Tendenz der Unterschied zwischen Arm und Reich zunimmt. Die Einkommensschere hat sich innerhalb dreier Jahrzehnte zwischen dem ärmsten Fünftel und dem reichsten Fünftel der Menschheit von 30:1 auf 74:1 vergrößert. 1,3 Milliarden Menschen haben weniger als einen US-Dollar pro Tag, weitere 1,5 Milliarden Menschen weniger als zwei US-Dollar pro Tag zur Verfügung.<sup>11</sup>
- Die internationalen Finanzströme haben sich zunehmend vom Produktionssektor abgelöst und führen ein Eigenleben, das von den internationalen Institutionen mit ihren derzeitigen Rechten kaum noch kontrolliert werden kann. Die Akteure auf den Finanzmärkten haben sich der Regelungs- und Steuerhoheit der Nationalstaaten zunehmend entzogen.
- Schließlich haben nationale und kontinentale Eigeninteressen, etwa der Europäischen Union, zur gegenseitigen Abschottung und zum Aufbau von Strukturen geführt, mit deren Hilfe die reichen Länder ihre Produzenten vor unerwünschter Konkurrenz schützen. Diese „unfairen Strukturen“<sup>12</sup> stehen in eklatantem Widerspruch zu den Lippenbekenntnissen für eine freie Weltwirtschaft. Sie gefähr-

---

9 Vgl. zum Folgenden auch Diefenbacher, Hans (2001): *Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit – zum Verhältnis von Ethik und Ökonomie*. Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft, Kap. 11.

10 Vgl. *World Commission on Environment and Development (Hrsg.) (1987): Our Common Future*. Oxford/New York: Oxford University Press, 43 f.

11 *World Bank (Hrsg.) (2003): World Development Report*. Washington: World Bank.

12 Vgl. Stiglitz, Joseph (2004): *Die Schatten der Globalisierung*. München: Goldmann, 224 ff., der als Beispiel die Abschottung des amerikanischen Aluminium-Markts vor der Konkurrenz russischer Produzenten beschreibt.

den die positiven Errungenschaften einer Globalisierung der Wirtschaft und verkehren sie teilweise in ihr Gegenteil.

- In der internationalen Diskussion um Veränderungen der Weltwirtschaftsstrukturen werden entscheidende Fragen nach wie vor völlig ausgeklammert. Dazu gehören vor allem die irrwitzigen hohen Kosten für Rüstungsgüter und die notwendige Konversion der Rüstungsindustrie.

Auch diese Sichtweise von Problemen ist in sich schlüssig. Sie führt jedoch zur Empfehlung politischer Maßnahmen, die auf einer völlig anderen Grundüberzeugung beruhen: dass nämlich das Prinzip des Marktes erst positiv wirken kann, wenn ein ordnungspolitischer Rahmen gewährleistet ist, der sich am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung orientiert, das heißt an einer Ökonomie, die ökologische und soziale Verträglichkeit als gleichberechtigte Dimensionen mit einschließt. Auf der Ebene der Weltwirtschaftspolitik kann ein solcher Rahmen nicht durch Deregulierung, sondern nur durch eine gezielte Planung sorgfältig aufeinander abgestimmter Instrumente geschaffen werden. Eine solch andere Strategie der Globalisierung, eine Strategie der politischen Gestaltung sozialer und ökologischer Bedingungen der Weltwirtschaft kann als „aufgeklärter Interventionismus“ bezeichnet werden.<sup>13</sup>

Die beiden genannten ökonomischen „Weltsichten“ kommen bei fast allen Auseinandersetzungen über konkrete Einzelprobleme der Weltwirtschaft zu unterschiedlichen Empfehlungen, was ordnungspolitische Reformen des Welthandels- und -finanzsystems betrifft. Ihre Vertreter sind nur selten in einem konstruktiven Gespräch, denn ein solches Gespräch lässt sich im Grunde kaum an Einzelproblemen führen, sondern berührt immer auch die zentralen Fragen der Funktion, der Aufgaben und der ethischen Orientierung der Ökonomie in der globalen Gesellschaft.

In der neoliberalen Weltsicht lässt sich ein verstärktes globales Wachstum nur durch konsequente Deregulierung, durch verstärkte Bemühungen um Effizienz und durch einen weiteren Ausbau der Märkte erzielen. Dabei werden Ressourcen freigesetzt – vor allem auch Arbeitskräfte! –, durch die sich dann, so die Theorie, Wachstumspotenziale erschließen lassen. Das vermehrte Wachstum werde dann ein Wohlfahrtszuwachs für alle, nicht nur für die Reichen, zur Folge haben.

Diese Weltsicht findet man ganz überwiegend bei den Gewinnern der Globalisierung. Jene, die von ihnen am Anfang in den Beispielen angedeuteten negativen Auswirkungen betroffen sind, die sich in der Gestaltung ihres eigenen Lebens als abhängig von ökonomischen Mächten erfahren, die sie nicht beeinflussen können, haben das Vertrauen in diese Verheißung positiver Auswirkungen für alle verloren. Wie bereits gesagt, die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich seit 30 Jahren

---

<sup>13</sup> *Ibd.*, 223.

immer weiter. Und mindestens ebenso lange wissen wir, „dass der Wohlstandsmotor der Industriestaaten in seiner heutigen Form weder ewig weiterlaufen kann noch für die gesamte Menschheit taugt“<sup>14</sup>, denn die Ressourcen dieses Planeten sind endlich.

Es ist daher nur zu berechtigt, wenn Menschen, die überwiegend unter den Folgen der derzeitigen Globalisierung leiden, angesichts wirtschaftlicher Ungerechtigkeiten und ökologischer Zerstörungen fragen, was der Beitrag der Industrieländer in den nächsten Jahren sein kann, um eine andere Form der Globalisierung herbeizuführen. Globalisierung könnte sich auch andere vorrangige Ziele setzen: die Schaffung einer weltweiten medizinischen Grundversorgung oder Zugang zu Bildungseinrichtungen, die Versorgung aller Menschen mit sauberem Trinkwasser, die Sicherung der Ernährung, die Schaffung von Wohnraum, schließlich die Bewahrung der Natur. Die Kaufkraft an den Weltmärkten führt offenkundig nicht zur angemessenen Erfüllung dieser Ziele.

## 2. Zwischenergebnis: Zur Notwendigkeit einer bewussten Gestaltung der Globalisierung

Um diesen Zielen näher zu kommen, wird es notwendig sein, Globalisierung nach dem Leitbild der Nachhaltigkeit, der ökologischen und sozialen Verträglichkeit bewusst zu gestalten.

[Ich fasse vier bereits genannte, besonders wichtige Gründe noch einmal zusammen.<sup>15</sup>

1. In den letzten Jahrzehnten hat sich der Abstand zwischen „Arm“ und „Reich“ vergrößert. Das Wohlstandsgefälle zwischen den entwickelten Industrieländern und den armen Ländern des Südens ist deutlich größer geworden. Aber dieses Phänomen ist nicht nur international zu konstatieren, sondern auch zwischen den armen und den reichen Regionen innerhalb sehr vieler Länder. Ein derartiger Mittelabfluss von „Arm“ zu „Reich“ ist sogar oftmals innerhalb von Regionen festzustellen.<sup>16</sup>

<sup>14</sup> Brunnhuber, Stefan/Klimenta, Harald (2003): *op. cit.*, 14.

<sup>15</sup> Vgl. dazu unter anderem Zinn, Karl Georg (1998): *Wie Reichtum Armut schafft. Verschwendung, Arbeitslosigkeit und Mangel*, Köln: PapyRossa; Ormerod, Paul (1994): *The Death of Economics*, London/Boston: Faber and Faber; Forrester Vivianne (1996): *L'Horreur économique*, Paris: Fayard; deutsch unter dem Titel: *Der Terror der Ökonomie*, Wien: Zsolnay 1997; Kurtzman, Joel (1993): *The Death of Money*, New York: Simon und Schuster.

<sup>16</sup> Informationen finden sich dazu u. a. bei Trägerkreis des Pilotprojektes *Gerechtigkeit, Armut, Reichtum* (Hrsg.) (1994): *Armut in unserer reichen Gesellschaft*, Mannheim: Industrie- und Sozialpfarramt Nordbaden. Vgl. auch Douthwaite, Richard (1996): *Short Circuit*. Dublin: Lilliput Press.

2. Im freien globalen Wettbewerb überleben häufig nur die stärksten Marktteilnehmer. Gewerkschaften, Unternehmen und ganze Regionen sehen sich gezwungen, aggressiv gegeneinander zu konkurrieren. Die schützenden Schranken, die sie im Laufe der Jahre um ihre Aktivitäten errichtet haben, werden teilweise abgebaut. Arbeitsplätze gehen verloren, die Löhne und Gehälter der Übriggebliebenen sinken, der Absatz in der heimischen Region geht zurück, und dadurch sinkt wiederum auch die Beschäftigung im Handel und in den Zulieferfirmen. Die Gewinne können dabei durchaus steigen, wenn der Absatz im Ausland floriert. Viele Unternehmen haben ihre Bindung an die Region, in der sie ihren Stammsitz haben, zunehmend verloren.
3. Die Globalisierung der letzten beiden Jahrzehnte war insbesondere auch eine Globalisierung der Finanzmärkte. Nur etwa ein Zwanzigstel der weltweiten Finanzbewegungen dienen dazu, Rechnungen für international gehandelte Güter und Dienstleistungen zu bezahlen. Neunzehn Zwanzigstel sind Finanzbewegungen spekulativer Art. Durch die politisch gewollte Globalisierung der Finanzmärkte können Krisenphänomene von einer Großregion der Erde auf eine andere sehr schnell übertragen werden – und solche Krisen können dann wiederum sehr schnell und unmittelbar auf die Arbeitsplätze und damit auf die Arbeitseinkommen durchschlagen.
4. Im letzten Jahrhundert ist es gelungen, durch die Verbesserung der internationalen Transportmöglichkeiten die Versorgungssicherheit zunehmend zu steigern. Bei Ernteaussfällen oder Katastrophen anderer Art konnten die Defizite einzelner Regionen immer zuverlässiger durch Käufe und Transporte aus nicht betroffenen Regionen ausgeglichen werden – sofern eine entsprechende Kaufkraft vorhanden ist. Durch die fortschreitende Globalisierung ist nun jedoch ein Zustand erreicht, bei dem die leichte Verfügbarkeit von Gütern aus anderen Regionen in vielen Fällen die heimische Produktion zerstört hat. Damit ist aus einer Funktion zur Steigerung der Sicherheit – gegebenenfalls Güter von außerhalb dazukaufen zu können – ein alles beherrschendes Prinzip geworden. Schlimmer noch: Dieses System verringert immer mehr die Redundanzen, die es einmal hatte, denn die transnationalen Konzerne, auf die ein ebenfalls ständig steigender Anteil des Welthandels entfällt, beseitigen überschüssige Kapazitäten, wo immer es ihnen möglich ist – vor allem dann, wenn sie andere Firmen aufkaufen.]

Eine bewusste Gestaltung einer anderen Globalisierung kann daher nur in einer doppelten Strategie bestehen.<sup>17</sup> Zum einen muss versucht werden, die Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft so zu gestalten, dass sich ökologisch und sozial verträgliches Verhalten für die Akteure am Markt lohnt. Die zweite Aufgabe besteht

---

<sup>17</sup> Vgl. hierzu Douthwaite, Richard/Diefenbacher, Hans (1998): *Jenseits der Globalisierung – Handbuch für eine lokale Ökonomie*. Mainz: Grünewald-Verlag, Kap. 2.

darin, das Wirtschaften am jeweiligen Ort, in der jeweiligen Region so zu gestalten, dass deren Bewohnerinnen und Bewohner weder auf Kosten anderer Regionen noch in der Gefahr leben müssen, Opfer von Krisen zu werden, die über wirtschaftliche Austauschprozesse aus anderen Regionen in ihre Region hineingetragen werden. Zu diesen beiden Punkten möchte ich im dritten und vierten Schritt einige Ausführungen machen.

### 3. Rahmenbedingungen einer sozial und ökologisch verträglichen Weltwirtschaft

Ökologisch und sozial verträgliche Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft sind die wichtigsten Gestaltungselemente einer anderen Globalisierung. Es gibt hier jedoch keine einfache, große und schöne Lösung. Die schwierige Aufgabe besteht vielmehr darin, dass viele grundlegende Fragen gleichzeitig angegangen und bearbeitet werden müssen. Ich nenne im Folgenden neun Punkte. Dabei konzentrieren sich die ersten drei Punkte auf Fragen der globalen „Gerechtigkeit“, die folgenden drei Punkte auf die Erfordernisse der „ökologischen Verträglichkeit“, während die letzten drei Punkte dazu beitragen wollen, Bedingungen für die Möglichkeit einer „Entwicklung“ zu etablieren, die die beiden ersten Prinzipien integriert.

Bei allen diesen Punkten wird deutlich, dass die vordem genannte „neoliberale Weltsicht“ der Befürworter des Freihandels nicht einfach mit Hilfe ergänzender Instrumente geringfügig korrigiert werden kann. Der Konflikt zwischen einer neoliberalen Weltsicht und einer Weltsicht, die die langfristige ökologische und soziale Verträglichkeit zum wichtigsten Kriterium macht, ist grundsätzlicherer Art.<sup>18</sup>

#### 3.1 Verwirklichung von Menschenrechten im Wirtschaftsleben

Eine große Zahl sogenannter „komparativer Kostenvorteile“, die zu Handelsströmen auf der Erde führen, sind nach wie vor das Resultat der Verletzung von Menschenrechten. Bestimmte Güter werden nur deshalb so billig oder überhaupt angeboten, weil sie unter Bedingungen produziert werden, die internationalen Verträgen und Deklarationen zu den Menschenrechten zuwiderlaufen. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. 12. 1948 nennt nicht nur das Verbot der Sklaverei (Art. 4), sondern auch das Recht auf Arbeit, auf angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen und das Recht auf Schutz gegen Arbeitslosigkeit (Art. 23.1), ferner das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit (Art. 23.2) sowie das Recht auf einen für die Gesundheit und das Wohlergehen des Einzelnen

<sup>18</sup> Die nachfolgende Zusammenstellung der neun Punkte ist eine gekürzte und aktualisierte Fassung der Übersicht in Diefenbacher, Hans (2001), *op. cit.*, 224 ff.

wie seiner Familie angemessenen Lebensstandard einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung, Wohnung, ärztlicher Versorgung und notwendiger sozialer Leistungen (Art. 25).<sup>19</sup>

Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte, vor allem aber der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19. 12. 1966 führen diese Grundrechte weiter aus.<sup>20</sup> Auch das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung vom 7. 3. 1966 sowie das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau vom 18. 12. 1979 haben unmittelbare Bedeutung für den Bereich der Wirtschaft.<sup>21</sup>

So einfach diese Prinzipien zu formulieren sind, so leicht fällt auch der Nachweis, dass sie in vielen Ländern dieser Erde nicht oder nicht genügend beachtet werden.<sup>22</sup> Es wäre durchaus denkbar, den Import von Gütern, die zu Lohnsätzen unterhalb des für Art. 25 der Allgemeinen Erklärung notwendigen Mindesteinkommens produziert wurden, mit Strafzöllen zu belegen. Sollten Exportländer keine Einsicht in die Notwendigkeit von Veränderungen zeigen, könnten andere Länder den Import derartiger Produkte beschränken oder verbieten. Verbraucherinitiativen können weiter dazu beitragen, ein politisches Klima für derartige Überlegungen zu schaffen, indem sie Informationen über die Produktionsbedingungen bestimmter Importgüter öffentlich machen.<sup>23</sup>

### 3.2 Verringerung von Ungleichheit

Während in den sechziger und siebziger Jahre das Verhältnis eines Facharbeiterlohns zum Einkommen eines Spitzenmanagers noch zwischen 1:20 bis 1:40 betrug, liegt es heute bei 1:100 bis zu 1:400. Leicht gerät dabei in Vergessenheit, dass Frauen einen überproportionalen Anteil der ökonomischen und sozialen Anpassungslasten zu tragen haben, die die Politik den unteren Einkommenschichten aufgebürdet hat, da sie schon zuvor im Durchschnitt wirtschaftlich erheblich

19 Vgl. Vereinte Nationen (Hrsg.) (1951): *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948*. Zürich: Europa-Verlag.

20 Vgl. Alefsen, Heike (Hrsg.) (1998): *Menschenrechte im Umbruch*. Neuwied: Luchterhand.

21 Baum, Gerhard (Hrsg.) (1998): *Menschenrechtsschutz in der Praxis der Vereinten Nationen*. Baden-Baden: Nomos.

22 Hier mag der Hinweis auf das nach wie vor völlig ungelöste Problem der Kinderarbeit genügen: Vgl. Raman, Vasantki (1998): *Globalization and child labour*. New Delhi: Centre for Women's Development Studies.

23 Vgl. u. a. die „Clean Clothes Campaign“, die mittlerweile wie andere Fair-Trade-Kampagnen international vernetzt als selbsternanntes NGO-Kontrollorgan fungiert; im Internet unter [www.evb.ch/ccc.htm](http://www.evb.ch/ccc.htm) oder [www.cleanclothes.org](http://www.cleanclothes.org).

schlechter gestellt waren.<sup>24</sup> In den Vereinigten Staaten sind über zwei Drittel der Arbeiter in Niedriglohngruppen Frauen.<sup>25</sup> In allen Industrieländern ist der Frauenanteil bei der Altersarmut besonders hoch. Auch die Armut bei Alleinerziehenden trifft in der Regel Frauen.

Eine deutliche Verringerung intra- wie internationaler Einkommens- und Vermögensungleichheiten erscheint aufgrund des erreichten Ausmaßes der Ungleichheit – etwa unter Bezugnahme auf eine pragmatische Umsetzung der Rawls'schen Gerechtigkeitskonzeption<sup>26</sup> – zunächst als ethisch geboten. Wie bereits erwähnt, haben sich die Hoffnungen auf Armutsbekämpfung durch Wachstum bislang nicht in dem Maß realisiert, das von Vertretern der Wachstumstheorie in Aussicht gestellt wurde. Wie eine Politik zur Verringerung von Einkommensungleichheiten aussehen kann, ist bekannt und muss hier nicht im Detail vorgestellt werden; sie reicht von strukturellen Veränderungen bei der Steuer- und Abgabepolitik über die Wiedereinführung der Vermögenssteuer bis zu regionalen Struktur- und Entwicklungsfonds zur Förderung von weniger entwickelten Sektoren und Ländern.<sup>27</sup> Gerade in Bereich des internationalen Handels gibt es, auch dies soll noch einmal wiederholt werden, für jeden Konsumenten die Möglichkeit, zu Fair-trade-Produkten zu wechseln.

### 3.3 Verstärkung von Demokratisierung und Partizipation im Wirtschaftsprozess

Ökonomische Entwicklung sollte das Ergebnis eines Prozesses sein, in dem die Menschen, die von wirtschaftlichen Entscheidungen betroffen sind, so weit wie möglich das Recht haben, am Zustandekommen dieser Entscheidungen zu partizipieren – auf der Ebene von Kommunen oder von Regionen ebenso wie in Unternehmen und Betrieben. Gerade in Anbetracht einer zunehmenden internationalen Verflechtung besteht jedoch die Gefahr, dass die am Markt erfolgreichen westlichen Konzepte der Effizienz sich auch in Gesellschaften durchsetzen, deren kulturelle Prägungen dieser Art der Ökonomie keinen solch hohen Stellenwert einräumen. Ohne eine weitreichende Partizipation droht hier nicht nur eine kulturelle Uniformität, sondern vor allem eine immer weiter reichende Ökonomisierung von immer mehr Lebensbereichen.

24 Afshar, Haleh (Hrsg.) (1996): *Women and adjustment policies in the Third World*. Basingstoke: Macmillan.

25 Abowd, John/Kramarz, Francis/Margolis, David (1999): *Minimum wages and employment in France and the United States*. Cambridge, Mass.: NBER [Working Paper No. 6996].

26 Vgl. dazu Kapitel 5.2.5.

27 Vgl. Hensche, Detlev/Schumann, Harald u. a. (1998): „Globalisierung gestalten, Weltwirtschaft regulieren“, in: Kreissl-Dörfler, Wolfgang (Hrsg.): *Schicksal Globalisierung? Brüssel: Die Grünen im Europäischen Parlament*.

### 3.4 Alternative Energie- und Ressourcenpolitik

Nach wie vor gilt, was schon vor 30 Jahren bekannt war: „Wir verbrauchen von der Erde zu viel und zu schnell, und wir produzieren zu viele Abfälle.“<sup>28</sup> Vor allem die Nationen mit einem hohen Konsumniveau machen es der wachsenden Weltbevölkerung immer schwerer, auf dieser Erde ein menschenwürdiges Dasein zu führen.

In konventionellen liberalen Diskussionen über Globalisierung wird die Notwendigkeit einer Begrenzung des Wachstums von Material- und Stoffströmen nicht thematisiert. Auch liefert die traditionelle Wirtschaftstheorie den wirtschaftlich Handelnden keine „Warnlampen, die rechtzeitig eine Beschränkung und Kontrolle ökonomischer Wachstumsprozesse nach humanen, ökologischen und sozialen Gesichtspunkten anleiten könnten“<sup>29</sup>. Im Gegenteil: In vielen offiziellen Verlautbarungen wird der Gedanke der Nachhaltigkeit dahingehend pervertiert, dass durch die weitere Globalisierung ein „nachhaltiges Wachstum“ erhofft wird.

Der Umweltraum etwa bei fossilen Brennstoffen wird durch zwei Faktoren begrenzt: einmal durch die Endlichkeit der Vorräte und zum zweiten durch die negativen externen Effekte, die bei der Nutzung dieser Brennstoffe entstehen, also vor allem durch Umweltbelastungen und hier wieder insbesondere durch den Treibhauseffekt. Um die Risiken der Klimaveränderung einzuschränken, ist die Verwendung fossiler Energieträger drastisch zu reduzieren. Die Verminderung des Energieverbrauchs muss darüber hinaus mit dem Bemühen einhergehen, eine gleichmäßigere Verteilung der Energienutzung auf die Weltbevölkerung zu erzielen. Für die Industrieländer müsste dieses Verteilungsprinzip eine besonders hohe Absenkung des Energieverbrauchs zur Folge haben.

Was aber würde die Verwirklichung eines derartigen Einsparzieles für den Weltmarkt mit fossilen Energieträgern oder mit anderen Rohstoffen, für die vergleichbare Überlegungen angestellt werden können, bedeuten? Die Reduktion der Verbrauchszahlen muss sich in einer Verringerung der Handelsmengen niederschlagen. Dies wird sich nur im Rahmen internationaler Wirtschafts- und Umweltabkommen realisieren lassen. Mit dem Kyoto-Protokoll und dem Handel mit CO<sub>2</sub>-Emissions-Zertifikation ist prinzipiell ein richtiger Weg eingeschlagen worden. Noch aber gehen die Industrieländer und auch die sich rapide entwickelnden Länder in Asien auf diesem Weg bei weitem nicht schnell genug voran.

---

28 *Milieu defensie Amsterdam (Hrsg.) (1994): Nachhaltige Entwicklung in den Niederlanden; Übersetzung des Instituts für sozialökologische Forschung, Frankfurt: ISOE, 19.*

29 *Leipert, Christian (1986): „Ist ‚humaner Wohlstand‘ möglich?“, in: Universitas, 41. Jg., Heft 11, 1109–1120, hier 1111.*

### 3.5 Ernährung und nachhaltige Landwirtschaft

Auch die gegenwärtige Erzeugung agrarischer Produkte ist nicht auf Nachhaltigkeit angelegt. Insbesondere in den Ländern des Südens ist der Druck auf die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen in den letzten Jahrzehnten stetig gewachsen. Zur Überbeanspruchung der Böden haben vor allem vier Ursachen beigetragen: die Einführung industrieller Agrartechnologien, die Produktion für Exportmärkte, die Überbevölkerung in einigen Regionen sowie der ungleiche Zugang zu natürlichen Ressourcen.<sup>30</sup>

Um den verhängnisvollen Kreislauf von Verschlechterung der landwirtschaftlich nutzbaren Böden, Nahrungsmangel und zu starker Beanspruchung dieser Böden zu durchbrechen, muss ebenfalls ein ganzes Bündel von Maßnahmen gleichzeitig verfolgt werden; dazu gehören Veränderungen der landwirtschaftlichen Produktionsweise sowie Veränderungen der Ernährungsgewohnheiten. Studien zeigen, dass der Mindestbedarf an gesunder Ernährung mit einer ökologisch orientierten, standortgerechten Landwirtschaft produziert werden kann.<sup>31</sup> Problematisch sind nach wie vor das hohe Volumen der Viehfutterexporte von Süd nach Nord. Im Rahmen einer standortgerechten Landwirtschaft wäre es nicht möglich, so viel Fleisch zu produzieren, dass die gesamte Weltbevölkerung so viel konsumieren könnte, wie dies die Menschen in den westlichen Industrieländer derzeit tun.<sup>32</sup>

Ein Schritt in Richtung einer derartigen Veränderung der Welthandelsordnung in Bezug auf Agrarprodukte könnte ein Exportverbot für Produkte zu Preisen unterhalb der Gestehungskosten sein. Ferner müsste die internationale Staatengemeinschaft Überlegungen anstellen, wie der Export von Landwirtschaftsprodukten aus Regionen zu verhindern ist, in denen die Produktion von Grundnahrungsmitteln für die Ernährung der Bevölkerung nicht ausreicht.

### 3.6 Ökologische und soziale Mindeststandards

In neuen oder neu verhandelten Wirtschaftsabkommen müssen jeweils regionale und internationale Mindeststandards im ökologischen und sozialen Bereich definiert und festgelegt werden, um zur Schaffung von Rahmenbedingungen beizutragen, die der Industrie schließlich eine ökologisch und sozial orientierte Produkt-

<sup>30</sup> Vgl. dazu *Milieu defensie* (1994), 68 ff.; für den folgenden Abschnitt außerdem Diefenbacher, Hans (2000): „Welternährung, die Entwicklung der Agrartechnik und internationale Agrarpolitik – ein gordischer Knoten?“, in: Ratsch, Ulrich/Mutz, Reinhard/Schoch, Bruno (Hrsg.): *Friedensgutachten 2000*. Münster: Lit-Verlag, 220–229.

<sup>31</sup> Vgl. *Milieudéfensie* (Hrsg.) (1994), 73 ff.; vgl. auch *Studien der International Federation of Organic Agricultural Movements*.

<sup>32</sup> *Ibid.*, 75; vgl. auch Pretty, Jules (1995): *Regenerating Agriculture*. London: Earthscan.

politik erst ermöglichen werden. Derartige Standards sollten als Basis dienen, von der aus eine schrittweise Angleichung der Umweltstandards „nach oben“ erfolgen kann.<sup>33</sup> Regelungen dieser Art müssen durch eine verbesserte Produktkennzeichnungspflicht ergänzt werden.

In den letzten Jahren ist hier aus einer anderen Perspektive Bewegung in eine festgefahrene Diskussion gekommen – und zwar durch den sogenannten „Global Compact“ und die darauf aufbauende Global-Reporting-Initiative, mit der sich Unternehmen freiwillig zu einem System von sozialen und ökologischen Mindeststandards und auf ein darauf abzielendes Berichtswesen verpflichten können. Es ist anzustreben, dass sich möglichst viele Unternehmen dieser oder anderen Initiativen dieser Art anschließen.

### 3.7 Reduzierung der internationalen Schuldenlast

Auch im Jahr 2004 ist die internationale Schuldenkrise bei weitem nicht „ausgestanden“.<sup>34</sup> Die Schuldendienstverpflichtungen sind für eine große Anzahl von Ländern im Süden, vor allem nach wie vor für solche mit niedrigem Brutto-sozialprodukt, eine extreme Belastung. Die Handlungsspielräume für die wirtschaftliche Entwicklung werden entscheidend beschränkt, die ärmsten Bevölkerungsschichten werden aufgrund einseitiger Strukturanpassungsprogramme überproportional belastet und die Produktionsstrukturen vieler Länder werden weiterhin auf das Erzielen von Deviseneinkommen und nicht auf die Bedürfnisse der Menschen in den betroffenen Ländern ausgerichtet.<sup>35</sup> Die Gemeinschaft der Gläubigerstaaten muss hier in den nächsten Jahren sich zu weiteren Maßnahmen der Schuldenreduzierung verpflichten.

### 3.8 Internationale Kontrolle transnationaler Unternehmen

Noch immer ist die Entwicklung zur Konzentration der Marktanteile auf eine geringer werdende Zahl von großen transnational agierenden Unternehmen nicht

33 Vgl. dazu *Evangelische Kirche in Deutschland, Kammer für Umwelt und Entwicklung (Hrsg.) (2000): Nachhaltige Entwicklung und Ernährungssicherung. Hannover: EKD-Texte, dort Kap. 10 zu den Problemen der Konfliktregelungsmechanismen der WTO; mit ähnlichen Forderungen vgl. allerdings auch schon Windfuhr, Michael (1993): „Handel, Umwelt, Entwicklung“, in: Engels, Benno (Hrsg.): Perspektiven einer neuen internationalen Handelspolitik, Hamburg: Junius, 88.*

34 Vgl. dazu die jährlichen Schuldenreports von *Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED)* e. V.; die Ausgabe von 1996 enthält ein „Plädoyer für deutsche Entschuldungsinitiativen“; Eberlei, Walter/Unmüßig, Barbara/Wahl, Peter (1996): *Schuldenreport*, 96. Bonn: WEED.

35 Vgl. u. a. Mistry, Percy (1994): *Multilateral Debt. Bruxelles: FONDAD; Uctum, Merih/Wickens, Michael (1996): Debt and deficit ceilings, and sustainability of fiscal policies: an intertemporal analysis. London: Centre for Economic Policy Research.*

beendet.<sup>36</sup> Nach wie vor existiert auf internationaler Ebene keine Institution, die mit den Rechten und dem Durchsetzungsvermögen eines gut funktionierenden Kartellamtes ausgestattet wäre. Eine solche Institution wäre jedoch dringend erforderlich.

Durch den bereits erwähnten „Global Compact“ sind in den letzten Jahren gewisse Fortschritte erreicht worden, transnationale Unternehmen in einen Dialog über die gesellschaftlichen und ökologischen Auswirkungen ihrer Aktivitäten einzubinden. Es ist jedoch notwendig, diesen Prozess intensiv fortzusetzen und auch im internationalen Kontext wirtschaftspolitische Instrumente zu diskutieren, die das Wachstum der Produktivität in ein angemessenes Verhältnis zur Steigerung der Lohneinkommen bringen könnten.

### 3.9 Reform der internationalen Institutionen

Fünf Jahrzehnte globaler Politik von Weltbank und Internationalem Währungsfonds, der OECD und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich haben überall auf der Welt tiefe Spuren hinterlassen. Gerade die Erfahrung des letzten Jahrzehnts hat gezeigt, dass jenseits einer bestimmten Schwelle der Einkommens- und Vermögensungleichheit jede Politik, die auf die Erzielung quantitativen Wachstums zielt, zu einer Stabilisierung von Reichtum und Armut führt.<sup>37</sup>

Eine andere Globalisierung müsste eine verbesserte Mitsprachemöglichkeit der armen Länder in den internationalen Finanzinstitutionen zur Grundlage der Entscheidungsprozeduren in diesen Institutionen machen. Das würde bedeuten, dass die reichen, industrialisierten Länder Macht und Einfluss abgeben müssten. Vielleicht ist dies derjenige meiner neun Punkte zur Veränderung der Rahmenbedingungen für eine andere Globalisierung, der am schwersten zu verwirklichen sein wird. Dennoch bin ich der Überzeugung, dass man nicht müde werden darf, dafür einzutreten und gerade in dieser Frage das Gespräch mit jenen deutschen Politikern zu suchen, die Deutschland in diesen Institutionen vertreten.

## 4. Regionale Wirtschaft

Ich komme zu meinem vierten Punkt und damit zum zweiten Teil der „Doppelstrategie“ für eine andere Globalisierung – nämlich der Frage, wie wir unsere jeweils eigene lokale und regionale Ökonomie verändern können, um den enormen Druck abzubauen, den die ungeheuren Bedürfnisse der Industrieländer nach Energie und

<sup>36</sup> Vgl. *World Bank (Hrsg.) (2000)*.

<sup>37</sup> Dazu auch *Williams, Marc (1994): International Economic Organizations and the Third World. New York/London u. a.: Harvester Wheatsheaf, hier Kap. 8.; Non-Aligned Movement Panel of Economists (Hrsg.) (1998): "Elements for an Agenda of the South", in: South Letter, No. 32, April 1998, 24–27.*

Ressourcen für die Weltmärkte, für die Umwelt und für die zukünftigen Generationen hervorrufen. Es gibt meines Erachtens keine Alternative, als bestimmten Teilen des alle Lebensbereiche berührenden globalen Wirtschaftssystems eine lokal tragfähige Alternative gegenüberzustellen – auf jeden Fall ist es sinnvoll, jene Sektoren des Weltwirtschaftssystems, die sich als besonders risikoreich erwiesen haben, mit lokalen Alternativen zu sichern. Eine derartige Förderung regionaler und lokaler Wirtschaftsstrukturen „jenseits der Globalisierung“ bedeutet, andere Fragen ins Zentrum zu stellen, nämlich:<sup>38</sup>

- Was sollte in einer bestimmten Region getan werden, um die Bedürfnisse der dort lebenden Menschen besser zu befriedigen?
- Wer von den Bewohnerinnen und Bewohnern dieser Region könnte dazu beitragen?
- Und erst als Drittes: Wie können die Ressourcen aufgebracht werden, die für diese Tätigkeit erforderlich sind?

Um einem Missverständnis vorzubeugen: Es geht weder um den Versuch einer Abschottung von Regionen noch handelt es sich um einen Rückzug aus der nationalen oder der internationalen Politik. Die Grenzen von Regionen sollten auch dann, wenn sie über entwickelte, auf die Region bezogene Wirtschaftsstrukturen verfügen, offen sein – nur orientiert sich der Wettbewerb hier nicht in erster Linie am Erfolg des Stärksten, sondern an der Struktur eines solidarischen Netzwerkes. Der internationale Handel käme keineswegs zum Erliegen.

Die nationalen und internationalen Rahmenbedingungen beeinflussen bis zu einem gewissen Ausmaß den Handlungsspielraum, der auf lokaler und regionaler Ebene besteht. Dies gilt, so paradox dies auf den ersten Blick auch scheinen mag, jedoch auch in umgekehrter Richtung: Würden sich die Strukturen auf lokaler Ebene in quantitativ bedeutsamer Weise ändern, vor allem: würden die Konsumenten sich in ihren täglichen Kaufentscheidungen anders orientieren, dann würden sich auch die Aufgaben der nationalen und internationalen Ordnungspolitik wandeln.

In diesem Kontext können fünf Prinzipien genannt werden, die als Leitlinien für die Gestaltung der Wirtschaft „im Nahbereich“ gelten können, an dem Ort, an dem wir leben:

1. Auch in unseren Regionen sollte jede ökonomische Aktivität so gestaltet werden müssen, dass sie durchgeführt werden kann, ohne ökologische Zerstörungen hervorzurufen, unter denen zukünftige Generationen leiden müssen. Die Verringerung der Artenvielfalt durch eine bestimmte Form der Landwirtschaft ist ein Beispiel für eine Wirtschaftsweise bei uns, die diesem Prinzip deutlich zuwiderläuft.

---

<sup>38</sup> Für die folgenden Abschnitte vgl. Douthwaite, Richard/Diefenbacher, Hans (1998), *of. cit.*, Kap. 2.

2. Die Erzielung von Wirtschaftswachstum darf keine Voraussetzung für Wohlstand oder Vollbeschäftigung sein, jedenfalls nicht auf dem hohen materiellen Niveau, das unsere Wirtschaft erreicht hat.
3. In einer Region sollte man sich darüber klar sein, wie groß der „ökologische Rucksack“ ist, den der heimische Konsum- und Lebensstil anderen Regionen dieser Erde aufbürdet. Wir haben keinen zweiten Globus zur Verfügung – daher sollte in einer Region alles getan werden, um diesen Rucksack zu verkleinern.
4. Vor allem sollte die Energie, die in einer Region verbraucht wird, so weit wie nur irgend möglich aus erneuerbaren Energieträgern dieser Region kommen.
5. Auch hier möchte ich mit einem besonders schwer umzusetzenden Prinzip enden: Es wird notwendig sein, dass eine Region eine Vielfalt alternativer Verrechnungssysteme hat, die den Menschen zur Verfügung stehen, um ihre unterschiedlichen Bedürfnisse abzuwickeln. Es wird notwendig sein, das „Weltgeld“ Euro zu ergänzen: durch Tauschringe, durch Zeitsparbanken, durch Kreditgenossenschaften, die ihre Aktivitäten auf eine bestimmte Region begrenzen, eventuell durch Regionalwährungen und anderes mehr.

Eine Wirtschaft, die sich an den Kriterien der lokalen nachhaltigen Entwicklung orientiert, wird weit weniger von Großunternehmen beherrscht sein, sich weit weniger an der internationalen Wettbewerbsfähigkeit orientieren müssen, allerdings auch kein schnelles Wachstum erzielen. Sie wird aus einem Netzwerk von Regionen und Gemeinden bestehen, die viele Bedürfnisse aus eigenen Ressourcen befriedigen können. Das materielle Konsumniveau mag dann im Durchschnitt vielleicht etwas niedriger liegen als heute.

Eine grundlegende Änderung in Richtung auf einen derartigen Wirtschaftsstil lässt sich nicht von heute auf morgen verwirklichen. Jedoch ist es durchaus möglich, in ganz unterschiedlichen Bereichen mit dem (Wieder-)Aufbau lokaler Strukturen zu beginnen. Es gibt sehr viele Projekte, manche auch im Bereich der Kirche, andere wiederum im Rahmen von Prozessen der Lokalen Agenda 21, die auf diesem Weg dauerhaft Fortschritte erzielt haben. Diese Projekte können, wenn auch nicht als „Blaupause“, so doch als Muster zur Übertragung in andere Gemeinwesen verwendet werden.

Der quantitative Netto-Effekt, was die Schaffung neuer Arbeitsplätze angeht, mag in einzelnen Projekten derzeit noch gering sein. Der Effekt insgesamt ist jedoch, vor allem, wenn man soziale Beschäftigungsinitiativen mit berücksichtigt, ganz beträchtlich. Es ist daher wichtig, diese Alternativen nicht als ungeliebte Notlösungen für die Zeit zu begreifen, die die „freie Marktwirtschaft“ angeblich braucht, um wieder auf den Wachstumspfad einzuschwenken und auf diese Weise alle Beschäftigungsprobleme zu lösen. Ein Erfolg dieser herkömmlichen neoliberalen Strategie ist nicht in Sicht. Eine Orientierung am Leitbild der regionalen Nachhaltigkeit

könnte dagegen neue Handlungsspielräume eröffnen, um der Wirtschaft zu einem menschengerechten und naturverträglichen Maß zu verhelfen.

## 5. Regionalisierung und Globalisierung: Die Umkehr der Beweislast

Ich komme zum Schluss meiner Ausführungen. Ich habe versucht zu zeigen, dass es sehr vieler unterschiedlicher Maßnahmen bedarf, um in einer globalisierten Wirtschaft Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung zu fördern. Der Versuch, auf die Gestaltung der internationalen Politik Einfluss zu nehmen, um die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft zu verändern, muss kombiniert werden mit dem Versuch, in kleinen praktischen Schritten die lokale und regionale Ökonomie vor Ort in einem „Prozess von unten“ zu verändern. Diese Veränderungen werden – gemessen an den heute vorfindlichen Strukturen – sehr weit reichend sein. Es ist aber durchaus möglich, sehr schnell Schritte auf diesem Weg der Veränderungen zu gehen. Ich hoffe, dass durch meine Thesen deutlich geworden ist, dass ich es für wenig sinnvoll erachte, Globalisierung als eine pauschale Kategorie zu verstehen und insgesamt zum Gegner zu erklären. Jedoch glaube ich, dass wir uns für die nächsten Jahre einer bereits zehn Jahre alten Forderung von Herman Daly, früher Mitarbeiter der Weltbank, anschließen können, der anstelle einer weiteren Deregulierung des internationalen Verkehrs von Waren und Dienstleistungen einen Wechsel der Perspektive, sozusagen eine Umkehr der Beweislast forderte:<sup>39</sup>

„Als Regel müsste die Förderung heimischer Produkte gelten. Falls zweckmäßig, könnte ein ausgeglichener Außenhandel genutzt werden; er dürfte aber die inneren Angelegenheiten nicht so beherrschen, dass dem Land ökologische und soziale Katastrophen drohen. ... Man sollte konsequenterweise jede Maßnahme zur weiteren Integration von Volkswirtschaften zunächst als schlechten Vorschlag betrachten und für jede einzelne Ausnahme von dieser Regel überzeugende Argumente verlangen.“

Die internationalen Organisationen haben meines Erachtens einen im Prinzip richtigen Weg eingeschlagen. Die auf Weltkonferenzen wie der UNCED gesetzten Leitbilder – nachhaltige Entwicklung – müssen durch einzelne Vertragswerke in zeitlich terminierte Handlungsziele übersetzt und in Überprüfungskonferenzen kontrolliert werden. Nicht-Regierungsorganisationen – gerade auch die Kirchen – dürfen nicht müde werden, sich in diesen Prozess einzumischen und sich als Anwalt der Menschen und der Natur zu äußern, die sich hier nicht selbst einbringen können. Vor allem aber können Kirchen die Menschen vor Ort, in ihrer Gemeinde und durch ihr eigenes Beispiel ermutigen, sich in ihren alltäglichen Entscheidungen als Pro-

<sup>39</sup> Vgl. Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung vom 14. 4. 1994, 6 f.

duzenten, als Konsumenten und als Geldanleger so zu verhalten, dass unser Wirtschaften zukunftsfähig wird.

Manche der von mir vorgestellten Punkte mögen zunächst utopisch klingen. Ich halte dem jedoch entgegen, dass Utopien auf mögliche Entwicklungen der Gesellschaft hinweisen<sup>40</sup> – Entwicklungen also, die realisiert werden können. Eine andere Globalisierung ist in dieser Perspektive keine bloße Fiktion des Bewusstseins, kein künstliches Konstrukt, sondern die Beschreibung einer möglichen Zukunft, einer möglichen Realität. Eine „aufgeklärte“ Utopie ist kein statisches Modell, sondern muss fortwährend modifiziert werden. Indem wir uns mit den Elementen einer anderen Globalisierung auseinandersetzen, den Möglichkeiten, die sie bietet, und den Widerständen, die ihr entgegenstehen, werden wir gezwungen, nicht nur unser Wissen zu überprüfen, sondern auch unsere Hoffnungen und Wünsche, unsere Ideologien und Zielvorstellungen. In diesem Sinne wünsche ich der Arbeit, die Sie in Ihrer Landeskirche zu Fragen der Globalisierung begonnen haben, eine konstruktive Fortsetzung.

---

<sup>40</sup> Vgl. Picht, Georg (1967): *Prognose – Utopie – Planung*. Stuttgart: Klett-Cotta.



# 5. Anhang

## 5.1 Brief der Weltbünde

Liebe Freunde, Schwestern und Brüder in Christus,

wir möchten Euch wichtige Ergebnisse der Konsultation zur „Ökonomie im Dienst des Lebens“, die im Juni 2002 in Soesterberg (Niederlande) stattfand, mitteilen. Diese Konsultation wurde gemeinsam vom Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK), dem Reformierten Weltbund (RWB), dem Lutherischen Weltbund (LWB), der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und dem europäischen Gebietsausschuss des RWB veranstaltet. Gastgeber war der Nationale Kirchenrat der Niederlande.

Die Soesterberg-Konsultation gehört zu einer Reihe von Konsultationen, in denen die Kirchen gemeinsam nach einer Antwort auf die ökonomische Globalisierung suchen. Zuvor fanden solche Zusammenkünfte bereits 1999 in Bangkok und 2001 in Budapest und Fiji statt.

Ergebnisse der Konsultation sind in den drei folgenden Dokumenten formuliert worden:

- In einem Brief an die Kirchen in Westeuropa
- In der Antwort der Soesterberg-Konsultation auf den Brief an die Kirchen im Norden des Bangkok Symposiums, der Botschaft der Fiji Konsultation und eines Aufrufs der argentinischen Kirchen
- In der Antwort der Soesterberg-Konsultation auf die Botschaft der Budapest-Konsultation der Kirchen in Zentral- und Osteuropa.

Wir bitten Euch darum, diese Dokumente Gemeinden, ökumenischen Gruppen, Synoden und anderen Entscheidungsgremien zugänglich zu machen.

Die beiden Hauptziele der westeuropäischen Konsultation waren:

- zu analysieren, wie die ökonomische Globalisierung und die Rolle des Geldes in diesem Prozess die Gesellschaften Westeuropas betreffen;
- eine Antwort der westeuropäischen Kirchen auf jene Fragen zu entwickeln, die von Kirchen in Zentral- und Osteuropa und im Süden aufgeworfen wurden.

Die ökonomische Globalisierung ist am stärksten im Bereich des internationalen Finanz- und Geldsystems vorangeschritten. Die Beziehung zwischen der Macht der Finanzmärkte und der Macht der Nationalstaaten hat sich auf dramatische Weise verschoben. Eine alles erfassende Hinwendung zu den auf Profit ausgerichteten

Interessen der Aktienbesitzer (“shareholder value”) hat Geldströme und finanzielle Transaktionen in zunehmendem Maße von der realen Ökonomie abgekoppelt. Das Kapital konnte dadurch zum Selbstzweck werden, anstatt ein Mittel zu sein, das den Bedürfnissen der Menschen dient. Neben anderen Entwicklungen hat dies bereits zu einer ganzen Reihe verheerender finanzieller Krisen geführt und in der Folge zu einer fortwährenden Umverteilung des Reichtums von den Armen zu den Wohlhabenden, sowohl innerhalb wie zwischen einzelnen Ländern. Das Ergebnis ist ein noch nie dagewesenes Ausmaß globaler Ungleichheit und Instabilität.

Eine Arbeitsgruppe der Soesterberg-Konsultation zu Fragen des globalen Finanzsystems rief die Kirchen dazu auf, ihre Regierungen zu drängen, einer grundlegenden Reform der internationalen finanziellen und monetären Rahmenordnung Priorität zu geben mit dem Ziel, den finanziellen und monetären Bereich den realen Bedürfnissen der Menschheit näher zu bringen und das Geld wieder in der realen Ökonomie zu verankern. Der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank (WB), die Welthandelsorganisation (WTO) und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) sind Schlüsselinstitutionen im Prozess der ökonomischen Globalisierung. Die Arbeitsgruppe unterstrich, dass sich Kirchen mit diesen Institutionen ebenso wie auch mit nationalen Regierungen und Institutionen der Europäischen Union engagiert auseinandersetzen müssen. Kirchen sollten mit zivilgesellschaftlichen Kräften, die in diesem Themenfeld aktiv sind, Bündnisse bilden und im Geist der Globalisierung von Solidarität zusammenarbeiten.

Wir hoffen, dass die drei Soesterberg-Dokumente dazu beitragen werden, den Dialog und die Debatte zur ökonomischen Globalisierung unter den Kirchen verschiedener Regionen zu stärken. Im Blick auf die anstehenden Vollversammlungen der KEK (Trondheim 2003), des LWB (Winnipeg 2003), des RWB (Accra 2004) und des ÖRK (Porto Alegre 2006) möchten wir die Mitgliedskirchen unserer Organisationen bitten, sich auf die Debatte in den Vollversammlungen vorzubereiten, indem sie auf die Herausforderungen der ökonomischen Globalisierung in verbindlicher Weise antworten – sowohl durch breite Diskussionsprozesse wie auch durch Entscheidungen in den zuständigen Gremien.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Konrad Raiser	Dr. Ishmael Noko	Dr. Setri Nyomi	Dr. Keith Clements
Ökumenischer Rat der Kirchen	Lutherischer Weltbund	Reformierter Weltbund	Konferenz Europäischer Kirchen

## 5.2 Brief an die Kirchen in Westeuropa – Soesterberg-Brief

Liebe Schwestern und Brüder in Christus,

wir schreiben diesen Brief von der ökumenischen Konsultation zur Wirtschaft im Dienst des Lebens, die vom 15. bis zum 19. Juni in Soesterberg (Niederlande) stattfand. Großzügiger Gastgeber dieser Konsultation war der Niederländische Kirchenrat. Mehr als 80 Vertreterinnen und Vertreter westeuropäischer Kirchen sowie Gäste von Kirchen Zentral- und Osteuropas, Nordamerikas, Afrikas und Asiens, vom Vatikan und von ökumenischen Organisationen versammelten sich unter der Trägerschaft des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), des Reformierten Weltbundes (RWB), des Lutherischen Weltbundes (LWB), der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und des Europäischen Gebietsausschusses des RWB.

### Der Prozess

Die Konsultation in Soesterberg war Teil eines fortlaufenden Prozesses, in dem Kirchen die durch die ökonomische Globalisierung gestellten Herausforderungen in ihren Auswirkungen auf das Leben von Menschen und Mitwelt begutachten und auf sie antworten.

Die RWB-Generalversammlung 1997 in Debrecen (Ungarn) rief die Kirchen „zu einem engagierten Prozess der Erkenntnis, der Aufklärung und des Bekennens (*processus confessionis*) im Hinblick auf wirtschaftliche Ungerechtigkeit und Umweltzerstörung“ auf. Die Vollversammlung des ÖRK bestätigte wenig später in Harare diese Stellungnahme und betonte, „dass alle Kirchen weltweit beginnen müssen, die Bedeutung und den Sinn des christlichen Bekenntnisses in dieser Zeit zunehmender Ungerechtigkeit und ununterbrochener Umweltzerstörung zu bedenken“. Der LWB hat einen auf diese Aufrufe bezogenen Prozess mit einem Arbeitspapier zum „Engagement einer Gemeinschaft von Kirchen angesichts der Globalisierung der Wirtschaft“ eingeleitet. Drei gemeinsame Konsultationen haben bereits stattgefunden: 1999 in Bangkok und 2001 in Budapest und Fiji.

In Antwort auf diesen fortlaufenden Prozess trafen wir uns in Soesterberg, um zu analysieren, wie ökonomische Globalisierung und die Rolle, die das Geld dabei spielt, die Gesellschaften Westeuropas betreffen und eine Antwort westeuropäischer Kirchen auf Fragen, die zuvor von Kirchen in Zentral- und Osteuropa und im Süden gestellt wurden, zu entwickeln. Als Anlage zu diesem Brief erhalten Sie einen Bericht der Tagung mit weiteren Informationen zu den Beratungen über das internationale Finanzsystem wie auch Kopien von Briefen zu Kirchen im Süden und in Zentral- und Osteuropa. Diese drei Briefe, die aus der Konsultation hervorgegangen sind, gehören zusammen.

## **Problembereiche, die angesprochen wurden**

Die Konsultation bot eine Gelegenheit, das globale Finanzsystem und die Auswirkungen des unregulierten Flusses riesiger Kapitalmengen auf nationale Wirtschaften zu analysieren. Die Zahl und der Umfang internationaler Finanztransaktionen sind so unglaublich stark angestiegen, dass zur Zeit nur etwa 2 % der Geldbewegungen durch Handelsaktivitäten begründet sind. Die finanziellen Krisen in Asien, Russland und kürzlich in Argentinien hatten und haben weiterhin verheerende Auswirkungen auf Menschen und ihre Lebensgrundlagen – in vielen Länder über die schon untragbare Schuldenlast hinaus. Andere Aspekte des beschleunigten Prozesses der ökonomischen Globalisierung und des sich verändernden Kontextes wurden ebenfalls diskutiert. Finanzmärkte und Handel in Waren und Dienstleistungen sind mehr und mehr integriert, die Freizügigkeit für Menschen jedoch wird weiter eingeschränkt. Wachsende Ungleichheit führt zugleich zu einer steigenden Zahl von Migranten, denen dieselben Rechte wie anderen Bürgern verweigert werden. Sie finden sich selbst und ihre Familien in sehr schwierigen Verhältnissen vor und sind konfrontiert mit neuen Formen des Rassismus.

Wir wurden auch daran erinnert, dass die Kriege im früheren Jugoslawien und insbesondere die NATO-Bombenangriffe im Kosovokrieg negative Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen den Kirchen in West-, Zentral- und Osteuropa hatten. Wir teilten miteinander tiefe Sorge über die Militarisierung globaler Politik, steigende Militärausgaben und den starken Unilateralismus der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika (USA) auf Kosten des multilateralen Systems der Vereinten Nationen. Die neue Konzentration auf Sicherheit untergräbt den Sinn für geteilte Verwundbarkeit menschlicher Gemeinschaften und der Solidarität mit denen, die im Prozess der ökonomischen Globalisierung zu den Verlierern gehören.

## **Leben in Fülle für alle Menschen und die ganze Schöpfung – neoliberale Globalisierung überwinden**

Wir fragten uns selbst, wie hilft uns das Versprechen des Evangeliums bei der ethischen Urteilsbildung im gegenwärtigen Kontext:

- Das Evangelium verspricht Leben in Fülle für alle Menschen und die ganze Schöpfung (Joh 10,10). Dieses Versprechen nahm Gestalt an und wurde Teil der Schöpfung in Jesus Christus. Niemand ist ausgeschlossen von Gottes Haushalt des Lebens. Die christliche Gemeinschaft spiegelt diese Vision wider um der ganzen Welt willen. Geleitet von dieser Vision, erstreben wir eine Wirtschaft im Dienst des Lebens. Märkte und Geld sollten den Austausch von Gütern ermöglichen, um menschliche Bedürfnisse zu befriedigen und zum Aufbau der menschlichen Gemeinschaft beizutragen.

- Heute jedoch sehen wir, wie zunehmend wirkliches Leben von privaten finanziellen und Geschäftsinteressen beherrscht wird. Die ökonomische Globalisierung ist von einer Logik geleitet, die der Anhäufung von Kapital, uneingeschränktem Wettbewerb und der Sicherstellung von Gewinn in enger werdenden Märkten Priorität gibt. Politische und militärische Macht werden als Instrumente benutzt, um ungefährdeten Zugang zu Ressourcen und zum Schutz von Investitionen und Handel sicherzustellen. Diese leitende Logik wird als Neoliberalismus bezeichnet. Die neoliberale Wirtschaftslehre entbindet die Kräfte der ökonomischen Globalisierung auf eine Weise, die Grenzen nicht anerkennt. Diese Form der Liberalisierung hat schnell zu tiefgreifenden politischen, sozialen, kulturellen und sogar religiösen Rückwirkungen geführt, die das Leben von Menschen in aller Welt durch wachsende Ungleichheit, Verarmung, Ungerechtigkeit und Umweltzerstörung betreffen.
- Kirchen, die an dem ökumenischen Prozess (z. B. bei der ÖRK-Vollversammlung in Harare) teilgenommen haben, bekräftigten, dass die Ideologie des Neoliberalismus unvereinbar ist mit der Vision der *oikoumene*, der Einheit der Kirche und der ganzen bewohnten Erde. Weitreichende und wachsende Ungerechtigkeit, Ausschluss und Zerstörung sind der Gegensatz zum Teilen und zur Solidarität, die unabdingbar dazugehören, wenn wir Leib Christi sein wollen. Was hier auf dem Spiel steht, ist die Qualität kirchlicher Gemeinschaft, die Zukunft des Gemeinwohls der Gesellschaft sowie die Glaubwürdigkeit des Bekenntnisses der Kirchen und ihrer Verkündigung Gottes, der mit den Armen und für die Armen da ist.
- Um der Integrität ihrer Gemeinschaft und ihres Zeugnisses willen sind Kirchen aufgerufen, gegen die neoliberale Wirtschaftslehre und -praxis aufzutreten und Gott zu folgen. Die Konsultationen, die bisher stattfanden, zeigen wachsende Übereinstimmung darin, dass es Götzendienst gleichkommt, den globalen Markt nach Maßgabe einer unhinterfragten neoliberalen Wirtschaftslehre auszugestalten, weil dies zu Ausschluss, Gewalt und Tod führt. Diese Wirklichkeit, aber auch die Möglichkeit zur Veränderung und von Alternativen wurden sichtbar, als wir von Geschichten derer, die unter den Auswirkungen der Umsetzung des Neoliberalismus leiden, berichteten und auf den Brief und die Botschaften von Schwestern und Brüdern aus dem Süden und aus Zentral- und Osteuropa hörten.

### Fragen zur Weiterarbeit

Wir bitten Gemeinden und Synoden unserer Kirchen, die folgenden Fragen im Blick auf Positionen und Praktiken der Kirchen selbst im fortlaufenden Prozess zu bedenken:

- Was bedeutet die Einheit der Kirchen als der eine Leib Christi, was bedeuten Taufe, Abendmahl und Amt im Kontext der ökonomischen Globalisierung? Wie sprechen in diesem Zusammenhang im Lauf des Kirchenjahres Bibellesungen und Liturgien zu uns?<sup>1</sup>
- Warum machen unsere Kirchen die Armut zum Thema, zögern jedoch, sich mit Reichtum und Wohlstand auseinanderzusetzen?
- Wie gehen unsere Kirchen mit ihrem eigenen Geld um, mit ihren Pensionskassen, Investitionen und Immobilienbesitz? Sind Banken, mit denen unsere Kirchen verbunden sind, verwickelt in Steuerflucht, in ethisch nicht verantwortbare Investitionen, spekulative Praktiken sowie andere Aktivitäten, die die Fähigkeit von Staaten untergraben, für das Gemeinwohl zu sorgen?
- Ist unsere Beobachtung korrekt, dass in vielen europäischen Ländern der Staat sich mehr und mehr dem Konzept des freien Marktes unterworfen hat, indem er seine historische Rolle als Wächter des Gemeinwohls und Verteidiger der Schwachen reduziert hat?
- Insoweit wir als Kirchen mit unseren Sozial- und Gesundheitsdiensten in vom Wettbewerb bestimmten Märkten eingebunden sind, realisieren wir unsere Fähigkeit, die Marktbedingungen im Interesse des öffentlichen Wohls wie im Interesse unserer Kirchen zu gestalten? Wie antworten wir auf die fortschreitende Privatisierung öffentlicher und sozialer Güter und Dienstleistungen, die für das Leben wesentlich sind, wie Wasser, Gesundheitsdienste, Bildung etc.?
- Welche Form des Konsums und welchen Lebensstil praktizieren und fördern wir? Wie können wir als Kirchen und individuelle Kirchenglieder das Bewusstsein für den Klimawandel verstärken und für Umweltschutz arbeiten, indem wir z.B. sorgfältiger mit dem Energieverbrauch umgehen in unseren Kirchen, in Wohnhäusern, im Transport etc.?
- Wie engagieren wir uns in der öffentlichen Debatte zur Wirtschaftspolitik und mit Institutionen, die neoliberale ökonomische Praktiken fördern und umsetzen? Wie bilden wir Bündnisse mit sozialen Bewegungen, die Regierungen aufrufen, für das Gemeinwohl und für die Wiederherstellung gerechter und nachhaltiger politischer und sozialer Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivitäten zu sorgen?

### Konkrete Initiativen und gemeinsame Aktivitäten

Wir sind uns völlig bewusst und begrüßen, dass Kirchen in unserer Region und auch die Konferenz Europäischer Kirchen bereits Maßnahmen ergreifen. Wir bekräftigen insbesondere die Aussagen des Dokumentes der Nord-Süd-Arbeitsgruppe der Konferenz Europäischer Kirchen „Europäische soziale Marktwirtschaft – ein alternati-

---

*1 Der RWB veranstaltete eine Konsultation zu Bibellesungen und Liturgien im Juli 2001 in Basel. Kairos Europa erstellte eine Publikation mit hilfreichen Material.*

ves Modell zur Globalisierung?“ und möchten die Ausrichtung auf die wichtigen fundamentalen menschlichen Werte hervorheben, die in Kapitel 5 dieses Dokumentes genannt werden.<sup>2</sup>

Wir sind dankbar für viele konkrete Initiativen, die bereits auf nationaler, regionaler und globaler Ebene existieren. Wir ermutigen unsere Kirchen zu beraten, wie die folgenden Beispiele diese Arbeit weiter voranbringen können:

mit Bezug zur **Schuldenfrage**

- Unterstützung der Kirchen für die Anerkennung der historischen und sich gegenseitig aufhäufenden sozialen und ökologischen Schulden, die tatsächlich Menschen und Ländern des Südens geschuldet werden – wie durch die Evangelische Kirche von Schweden (Svenska Missionsförbundet), Jubilee South, Freunde der Erde und Accion Ecologica (Ecuador);
- Fortsetzung der Anstrengungen zum Erlass von bi- und multilateralen Schulden der ärmsten Entwicklungsländer und die Einrichtung eines Mechanismus zur Schuldenschlichtung, um die Schuldenlast anderer Entwicklungsländer substantiell zu verringern; die Nichtanerkennung illegitimer und moralisch verwerflicher Schulden – so im Anschluss an die Strategie von Jubilee 2000 und Jubilee South;

mit Bezug zum **Finanzsystem**

- Reform der internationalen Finanzarchitektur, die eine angemessene Repräsentation aller Entwicklungsländer wie der Zivilgesellschaft in Entscheidungsprozessen sicherstellen sollte – wie durch die Begegnungen mit leitenden Repräsentanten des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank als Initiative des ÖRK;
- einen Mechanismus zur Abschreckung maßloser und destabilisierender Währungsspekulation (wie eine effektive Steuer auf Finanztransaktionen, die Tobin-Steuer) – wie durch die Arbeit von ATTAC<sup>3</sup> und ökumenischen Gruppen und Kirchen, die sie unterstützen;

---

<sup>2</sup> Werte der Würde, Gerechtigkeit, Freiheit, des Friedens, der Nachhaltigkeit, Verantwortung, Solidarität und Subsidiarität.

<sup>3</sup> Attac – die französische Abkürzung für „Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen“ (Association pour une Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyens) – wurde 1998 in Frankreich gegründet und hat nun über 80.000 Mitglieder weltweit. Es ist ein internationales Netzwerk von nationalen und lokalen Gruppen in 33 Ländern. Es tritt ein für die Idee einer internationalen Steuer auf Währungsspekulationen (Tobin-Steuer) und Kampagnen, Steueroasen illegal zu erklären, Pensionsfonds mit Staatspensionen zu ersetzen, die Schulden der 3. Welt zu erlassen, die Welthandelsorganisation zu reformieren oder aufzulösen und, genereller, den demokratischen Raum, der an die Finanzwelt verlorengegangen ist, wiederzuerobern.

- eine Untersuchung der Möglichkeit, Geld wie andere Waren zu behandeln und mit Steuern zu belegen, da ja Währungen nicht länger Instrumente im Dienst der Wirtschaft sind, sondern ihrerseits in Finanzmärkten gehandelt werden;
- mehr Kontrolle über die Geldpolitik und hinsichtlich der Märkte durch nationale und regionale Zentralbanken; Entwicklung eines multilateralen Ansatzes zur Definition gemeinsamer Standards für die Einschränkung der Möglichkeiten transnationaler Konzerne und Investmentfonds zur Steuerhinterziehung; z.B. Unterstützung der Ziele auf der Ebene mehrerer Einzelstaaten wie auch auf globaler Ebene ablaufenden politischen Prozesse zur Schließung von Off-Shore-Zentren, Eindämmung von Hedge Fonds und Kontrolle der Mikrosteuerung von Privatbanken.
- multilaterale Vereinbarungen, die es Staaten erlauben, transnationale Konzerne auf einer global-einheitlichen Basis zu besteuern, zusammen mit angemessenen Mechanismen, die Steuereinnahmen international zuzuweisen;
- eine internationale Konvention, die Auffindung und Rückführung von Vermögen ermöglicht, die illegal angeeignet wurden, aus nationalen Finanzministerien von Entwicklungsländern;
- Aufstockung offizieller Entwicklungshilfe und alternativer Fonds für Investitionen in öffentliche Güter (Gesundheit, Bildung, sanitäre Einrichtungen, Wasser) und grundlegende soziale Dienste – wie durch die Weiterarbeit am Folgeprozess des Gipfels der Vereinten Nationen zur Entwicklungsfinanzierung durch das ökumenische Team des ÖRK und kirchennahe Nichtregierungsorganisationen aus Süd und Nord (z. B. Social-Watch-Bericht, Montevideo);

#### mit Bezug zur Geschäftswelt

- rechtliche Rahmenbestimmungen, die soziale und umweltbezogene Rechenschaftspflicht für Unternehmen garantieren – wie durch eine Initiative der Evangelisch Lutherischen Kirche in Kanada;
- stärkere Unterstützung von Kirchen für andere Formen, Geschäfte zu betreiben, mit höheren sozialen Erträgen, die Idee einer ökologischen und sozialen Komponente im Geschäftsleben – wie verwirklicht im Fairen Handel, Oikokredit, der Gemeinschaftswirtschaft der Focolare-Bewegung etc.
- Beitritt zur Bewegung für sozial verantwortliche Investitionen, ethisches Investieren und ethisch-ökologische Fonds – wie den niederländischen Grünen Fonds;
- Förderung der Einführung von Steuergutschriften als Instrument, Investitionen in grüne Fonds und ethisch-soziale Fonds zu steigern, z. B. in der jüngeren Gesetzgebung in den Niederlanden;
- wachsende Verantwortung der einzelnen Konsumenten hinsichtlich Gütern, Finanztransaktionen, Dienstleistungen – wie dokumentiert in „Einkaufen für eine bessere Welt“;

### mit Bezug zur Europäischen Union

- Förderung ökumenischer Einrichtungen, die europäische Politik und europäische politische Institutionen beobachten – so durch Unterstützung für die Initiativen der Kommission für Kirche und Gesellschaft der KEK, die Kommission der Kirchen für Migranten in Europa, der dem ÖRK verbundenen Entwicklungsdienste (APRODEV) und Eurodiakonia;
- Stärkung der Politik für soziale Kohäsion und Inklusion in Europa, sowohl in der Europäischen Union wie in anderen europäischen Ländern, und engagierte Auseinandersetzung mit der Debatte zur Globalisierung, z. B. mit dem Dokument der Europäischen Kommission „Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung“;
- aufgeschlossenerer und stärker unterstützende politische Maßnahmen für Migranten, Flüchtlinge und Asylsuchende und gegen Frauenhandel;
- Begleitung der EU-Entwicklungspolitik; die EU und ihre einzelnen Mitgliedsstaaten sollten ihre Verantwortung für die Beseitigung der Armut weltweit durch entschlossenes Handeln zum Ausdruck bringen;
- Unterstützung der vielen Initiativen von Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen, die die Position der EU in Verhandlungen zum internationalen Handel und in den internationalen Finanzinstitutionen (Weltbank und Internationaler Währungsfonds) beobachten und kritisieren;
- faire, gerechte und schnelle Verhandlungen zur Aufnahme in die EU;
- mehr öffentliche Rechenschaftspflicht der Europäischen Investment Bank (EIB) und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), besonders hinsichtlich ihrer Rolle in Zentral- und Osteuropa;

### mit Bezug zu internationalen Organisationen und dem System der Vereinten Nationen

- öffentliche Rechenschaftspflicht internationaler Institutionen im Allgemeinen sowie eine stärkere Aufsichtsfunktion von Regierungen für das Gemeinwohl;
- größere Gleichheit des Zuganges und mehr demokratische Beteiligung in der Welthandelsorganisation (WTO), Förderung des fairen Handels, Priorität der Beseitigung der Armut im Süden und Schutz der Rechte Einzelner und von Gemeinschaften – wie durch das Third World Network (Malaysia) und das Globale Ökumenische Aktionsbündnis (Ecumenical Advocacy Alliance, EAA);
- Stopp der Verhandlungen zur Vereinbarung zu Handel und Dienstleistungen der WTO, die Druck auf Stadtverwaltungen und Regierungen ausüben, sogar noch stärker grundlegende öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren (z. B. Wasser, Energie, Gesundheit);
- Übereinstimmung der Entscheidungen und Aktionen von Regierungen und internationalen Institutionen, insbesondere des IWF, der Weltbank und der WTO, mit den Menschenrechtsinstrumenten der Vereinten Nationen, einschließlich der

ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte – wie gefordert von LWB, ÖRK, Brot für die Welt, FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk (FIAN) und dem Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED);

- Absage, sich einzulassen auf die Rechtfertigung von Kriegen, Militarisierung globaler Politik und steigender Militärausgaben im Namen des „Krieges gegen den Terrorismus“ anstatt die vorhandenen Mittel zu benutzen, die Grundursachen des Terrorismus durch soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit und durch bessere internationale Zusammenarbeit im System der Vereinten Nationen zu beseitigen;
- Beschränkung des Waffenhandels – wie durch die Kleinwaffenkampagne;

mit Bezug auf die Zivilgesellschaft

- Unterstützung der Kirchen für zivilgesellschaftliche Gruppen und Bewegungen, die von Regierungen gehört und ernst genommen werden müssen, sodass wirklicher Dialog möglich wird – so durch Beitritt zu Bewegungen wie ATTAC, wie gerade geschehen durch den Reformierten Bund in Deutschland;
- einen auf mehreren Ebenen zugleich aktiven Ansatz der Kirchen mit Basisbewegungen in Lobbyarbeit und Netzwerkbildung auf lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene – so durch die Stärkung der Zusammenarbeit mit und zwischen kirchennahen Entwicklungsdiensten, Missionsgesellschaften, ÖRK, weltweiten Kirchengemeinschaften und ihren Mitgliedskirchen und Partnern;
- die Einrichtung eines Wahrheitsforums – wie vorgeschlagen vom Argentinischen Bund der Evangelischen Kirchen<sup>4</sup>.

Diese Initiativen sind konkrete Schritte für eine Gezeitenwende und die Überwindung neoliberaler Globalisierung. Sie sind Beispiele für die Auseinandersetzung und die Kommunikation zwischen ökonomischen, ethischen und theologischen Perspektiven mit sich häufig antagonistisch gegenüberstehenden zugrundeliegenden Werten, Sprachen und institutionellen Logiken. Oft erfordern sie hohe Sensitivität, um eine konstruktive Begegnung zu ermöglichen. Kirchen können möglicherweise eine herausragende Rolle dabei spielen, die Kommunikation zwischen oft einander entfremdeten Weltanschauungen zu entwickeln.

---

<sup>4</sup> Vgl. *In Memory of an encounter. Final document on the Ecumenical Round Table on the situation in Argentina. In diesem Schlussdokument des ökumenischen runden Tisches zur Situation in Argentinien schlagen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor: „1.1.1.3 Fördert die Schaffung eines permanenten Wahrheitsforums unter signifikanter sozialer, ökumenischer und interreligiöser Beteiligung zusammen mit für Menschenrechte und Gerechtigkeit arbeitenden Organisationen von und mit den Kirchen des Nordens. Ziel ist es, das Verständnis zur Frage der Auslandsschulden und der Bedingungen, die unseren Gesellschaften auferlegt werden, in Gesellschaft und Regierung zu beeinflussen.“*

## Wir ermutigen uns selbst und einander

Zum Schluss unseres Briefes an die Leitungen und Mitglieder unserer eigenen Kirchen möchten wir wiederholen, was wir ebenfalls unseren Schwestern und Brüdern im Süden und in Zentral- und Osteuropa schreiben.

Während wir an dem ökumenischen Prozess teilnehmen, möchten wir uns selbst und einander ermutigen:

- in ökumenischen Prozessen zusammenzukommen, um uns selbst auf Grund unserer Glaubensüberzeugungen ernsthafter zu verpflichten, uns tatkräftiger für Gerechtigkeit in der Wirtschaft und auf der Erde einzusetzen;
- die zerstörende Gewalt des gegenwärtigen ökonomischen Systems zu analysieren und uns frei heraus gegen die Ungerechtigkeiten der ökonomischen Globalisierung auszusprechen;
- nach Alternativen zu suchen, indem wir dafür finanzielle und spirituelle Unterstützung gewähren, und bereits existierende und neu entstehende ökonomische und soziale Alternativen zu fördern wie Oikocredit, die Gemeinschaftswirtschaft der Focolare-Bewegung und freien Handel;
- mit Bürgerbewegungen und sozialen Bewegungen Hand in Hand zusammenzuarbeiten, um gemeinsame Ziele weiter voranzutreiben;
- die Bildung von Netzwerken zu ermöglichen, um Solidarität zwischen den Kirchen des Südens und den Kirchen Zentral- und Osteuropas zu fördern;
- faire, gerechte und schnelle Verhandlungen zur EU-Integration und die Anerkennung der berechtigten Forderungen derer, die noch nicht in diesen Prozess aufgenommen sind, zu fordern;
- für soziale Inklusion aller zu arbeiten, die von den negativen Auswirkungen von Wirtschafts- und Sozialpolitik betroffen sind;
- Selbstbegrenzung und Einfachheit als Merkmale des Lebensstiles anzunehmen im Widerstand gegen die herrschenden kulturellen Verhaltensmuster der Konsumideologie;
- die Einrichtung eines Wahrheitsforums zu fordern wie vom Argentinischen Bund der Evangelischen Kirchen vorgeschlagen<sup>5</sup>;
- Wiedergutmachung zu verlangen für Ungerechtigkeiten wie die illegitimen Schulden und unfaire Handelsbedingungen.

Um gemeinsam vorwärts zu gehen in Richtung auf eine Wirtschaft im Dienst des Lebens müssen wir voneinander lernen und uns wechselseitig an die Hoffnung erinnern, die uns eint: Christus und sein Leben schenkendes Evangelium.

---

<sup>5</sup>Vgl. Anmerkung 4

## 5.3 Mitglieder Arbeitskreis Soesterberg

<i>Büscher, Dr. Martin</i> Referent im Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen	Sozialausschuss
<i>Höcker, Rüdiger</i> Pfarrer in Minden	Ständiger Ausschuss für Weltmission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung
<i>Jähnichen, Dr. Traugott</i> Professor an der Ruhr-Universität Bochum	Sozialausschuss
<i>Koblenzer, Friedrich-Wilhelm</i> Prokurist i.R.	Ständiger Ausschuss für Weltmission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung
<i>Koch, Heike</i> Pfarrerin in Bielefeld	Ständiger Ausschuss für Weltmission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung
<i>Kronshage, Christa</i> Mitglied der Kirchenleitung Vorsitzende	Ständiger Ausschuss für Weltmission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung
<i>Möller, Dr. Ulrich</i> Mitglied der Kirchenleitung Ökumenedeuzernent	Ständiger Ausschuss für Weltmission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung
<i>Ohligschläger, Peter</i> Leiter des Amtes für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung	Ständiger Ausschuss für Weltmission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung
<i>Pöppel, Dr. Irmgard</i> Ärztin	Ständiger Ausschuss für Weltmission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung
<i>Reihs, Sigrid</i> Pfarrerin im Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen	Sozialausschuss
<i>Welz, Reiner</i> Referat für Kirche u. Gesellschaft im Kirchenkreis Herford	Sozialausschuss
<i>Wichert, Udo</i> Geschäftsführer Mitglied der Kirchenleitung	Sozialausschuss

## 5.4 Pressemitteilungen

### Wirtschaft im Dienst des Lebens

#### Westfälische Kirche positioniert sich zur Globalisierung

Bielefeld. Eine Wirtschaftsauffassung, die ausschließlich auf die „freien Kräfte des Marktes“ setzt, steht im Widerspruch zum christlichen Menschenbild: Von selbst sorgt der Markt weder für Gerechtigkeit noch für den Schutz der Umwelt. Ausgehend von dieser Überzeugung hat die Westfälische Landessynode am Freitag (19.11.2004) unter dem Titel „Wirtschaft im Dienst des Lebens“ eine differenzierte Stellungnahme zur Analyse und Gestaltung der wirtschaftlichen Globalisierung beschlossen.

Damit positioniert sich die Evangelische Kirche von Westfalen (EKvW) in der gegenwärtigen Diskussion der Kirchen in Europa und weltweit im Vorfeld der Vollversammlung des Weltkirchenrates 2006.

Das weltweite Netzwerk, Folge der Liberalisierung des globalen Handels und der globalen Finanzmärkte, beruhe auf Ungleichgewichten. Es sei von wirtschaftlichen Mächten geprägt, die sich demokratischer Kontrolle entziehen. Dies gehe zu Lasten der Armen und Ärmsten in den Ländern des Südens, aber auch der abhängig Beschäftigten in westlichen Ländern. So werde die Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern der Globalisierung immer tiefer.

Die EKvW ist sich mit ihren Partnerkirchen in der weltweiten Ökumene einig, dass dies eine gemeinsame Herausforderung für Christen auf der ganzen Welt ist.

Einer ungezügelten globalen Wirtschaft setzt die EKvW das Prinzip der Nachhaltigkeit gegenüber. Das bedeutet: menschenwürdiges Leben für alle, ohne die natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören. Die liberalisierte globale Wirtschaft nehme prinzipiell keine Rücksicht auf die Ökologie. Schon jetzt zeigten sich irreparable Schäden, etwa in den Anzeichen für einen globalen Klimawandel. Künftige Generationen würden darunter zu leiden haben.

Die EKvW widerspricht der Behauptung, die Globalisierung der Märkte lasse keine Alternative. Ökonomische Strategien seien nichts Absolutes. Das Marktprinzip dürfe über wirtschaftliche Aktivitäten hinaus nicht auch die sozialen, politischen und gesellschaftlichen Lebensbereiche beherrschen.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürften nicht nur als Kostenfaktor betrachtet werden. Zum wirtschaftlichen Erfolg gehöre auch der soziale Ausgleich. Marktwirtschaft könne nur dann dem Leben dienen, wenn sie sozial sei. In Deutschland ist dies eine Errungenschaft, die nicht verspielt werden darf.

Deshalb setzt sich die westfälische Landeskirche für folgende Ziele ein:

- Die Unteilbarkeit der Menschenrechte muss für die Gestaltung der Globalisierung verbindlich werden. Dazu gehören: Gleichstellung von Männern und Frauen, Recht auf menschenwürdige Arbeit sowie auf Gesundheitsvorsorge und Bildung, elementare politische Beteiligungsrechte und die Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen.
- Soziale und ökologische Maßstäbe gehören in alle internationalen Wirtschaftsabkommen. Entsprechend müssen sie zum Beispiel in die GATS-Verhandlungen zur Liberalisierung von Handel und Dienstleistungen im Bereich der Daseinsvorsorge integriert werden.
- Millionen Aidskranke brauchen Zugang zu bezahlbaren Medikamenten. Um ihn zu ermöglichen, sind die entsprechenden Patentrechte für betroffene Länder einzuschränken.
- Patente auf lebende Organismen sind abzulehnen, denn sie würden die Abhängigkeit der Landwirtschaft von wenigen multinationalen Unternehmen fördern.
- Grundnahrungsmittel sind aus den Verhandlungen des Welthandelsabkommens auszunehmen, damit sich die kleinbäuerliche Landwirtschaft in armen Ländern vor Importen schützen kann.
- Eine Steuer auf den Handel an Devisen (Tobin-Steuer) ist einzuführen.

Die Synode ermutigt Kirchenkreise und Gemeinden, bei ihren Geldanlagen gleichermaßen auf Wirtschaftlichkeit, soziale und ökologische Maßstäbe zu achten (nachhaltiges Investment).

Im Jahr 2000 hatte sich die UNO verpflichtet, die weltweite Armut bis 2015 zu halbieren. Ohne ein radikales Umsteuern bleibt dies nach Überzeugung der Synode unerreichbar. Die EKvW will in Kirche und Gesellschaft darauf hinwirken, dass diese Ziele erreicht werden.

Auch Kirche und Diakonie, so heißt es in dem Grundlagenpapier, sind von wirtschaftlichen Zwängen betroffen, auf die sie keinen Einfluss haben. „Wo Arbeitsfelder eingeschränkt und tarifliche Ansprüche reduziert werden, wo betriebsbedingte Kündigungen unvermeidlich sind, widerspricht dies unserem Gerechtigkeitsempfinden.“ Deshalb verpflichtet sich die Landeskirche, auch weiterhin Projekte zu fördern, die sowohl das christliche Profil als auch die Wettbewerbsfähigkeit diakonischer Einrichtungen stärken. Auch weiterhin will sie sich für die Schwächsten in unserer Gesellschaft stark machen und sie in der politischen und gesellschaftlichen Lobbyarbeit vertreten.

## Für eine „andere“ Globalisierung

Volkswirt: Weniger Konsum, mehr Gerechtigkeit

Wirtschaft weltweit und lokal verändern: Dr. Hans Diefenbacher Bielefeld. Wenn ihre politischen Rahmenbedingungen nicht verändert werden, hat die wirtschaftliche Globalisierung für immer mehr Menschen und für die Umwelt überall auf der Erde immer katastrophalere Folgen. Davor hat der Volkswirt Dr. Hans Diefenbacher (Heidelberg) vor der Synode der Evangelischen Kirche von Westfalen (EKvW) gewarnt und gleichzeitig Möglichkeiten einer Veränderung aufgezeigt.

Die 15. Westfälische Landessynode, die noch bis Freitag in Bielefeld-Bethel tagt, befasst sich am Mittwoch (17.11.), dem Buß- und Bettag, mit der Globalisierung. Diefenbacher sprach sich für eine Doppelstrategie aus: Der Versuch, auf die internationale Politik Einfluss zu nehmen, müsse kombiniert werden mit dem Versuch, „in kleinen praktischen Schritten die lokale und regionale Ökonomie vor Ort in einem Prozess von unten zu verändern.“ Der Gastreferent zeichnete das Bild einer nachhaltigen Wirtschaft, die nicht von Großunternehmen beherrscht ist. Sie werde allerdings kein schnelles Wachstum erzielen. Die Regionen und Gemeinden könnten in ihr viele Bedürfnisse aus eigenen Ressourcen befriedigen, wobei das Konsumniveau „vielleicht etwas niedriger sei“ als heute.

Der Wirtschaftswissenschaftler von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft beschrieb Gestaltungselemente einer „anderen“, nämlich einer sozial und ökologisch verträglichen Globalisierung. Derzeit würden im Zuge weltweiter Wirtschaftsverflechtungen laufend die Menschenrechte verletzt. Diefenbacher: „Es wäre durchaus denkbar, den Import von Gütern, die zu menschenunwürdigen Lohnsätzen produziert werden, mit Strafzöllen zu belegen.“ Die extreme Ungleichheit in den Löhnen müsse beispielsweise durch strukturelle Veränderungen der Steuer- und Abgabepolitik und durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer ausgeglichen werden. Während noch in den siebziger Jahren ein Spitzenmanager etwa 20 Mal so viel verdient habe wie ein Facharbeiter, seien es heute 400 Mal so viel. Ein weiterer Punkt: Internationale Wirtschafts- und Umweltabkommen, um die ökologische Zerstörung aufzuhalten. Denn „nach wie vor gilt: Wir verbrauchen von der Erde zu viel und zu schnell, und wir produzieren zu viele Abfälle.“ Der Volkswirt warnte außerdem vor dem „verhängnisvollen Kreislauf“ von Verschlechterung der landwirtschaftlich nutzbaren Böden, Nahrungsmangel und zu starker Beanspruchung dieser Böden. Es sei sehr wohl möglich, den Mindestbedarf an gesunder Ernährung mit einer ökologisch orientierten, standortgerechten Landwirtschaft zu decken. Hier schlug Diefenbacher ein Exportverbot für Produkte zu Preisen unterhalb der Herstellungskosten vor.

Am Freitag wird die Synode, das „Parlament“ der EKvW, Beschlüsse zum Thema Globalisierung fassen.